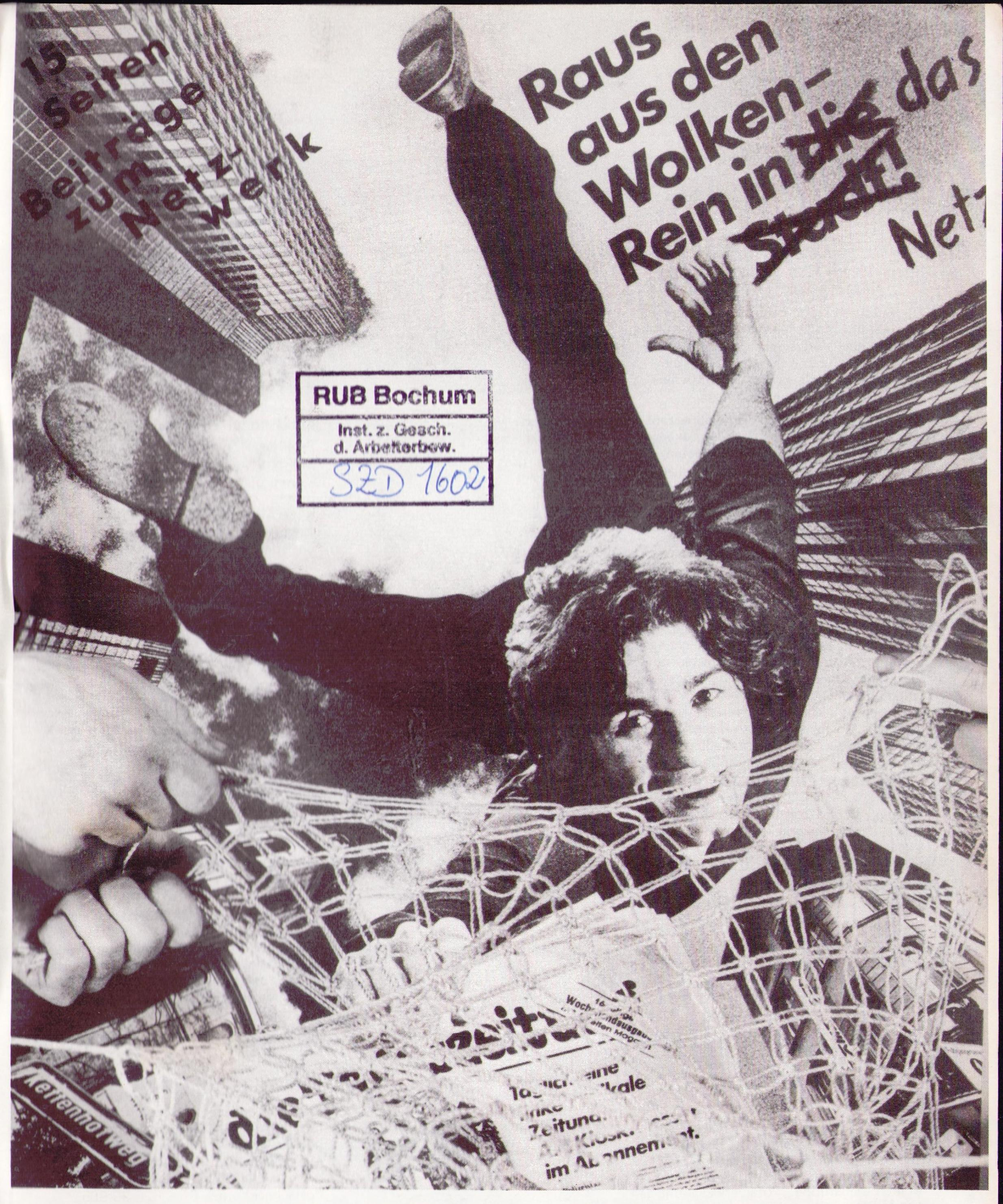


Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ID

ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 31o 29. November 1979 2,50 DM incl. 6,5 % MWSt. D 1870 CX

Im letzten ID (309) veröffentlichten wir im Artikel über die Weihnachtspakete in den Knast eine Knastgruppenliste. Die Darmstädter beschweren sich mit Recht, daß sie nicht drin sind; hier ihre Kontaktadresse: Schwarze Hilfe Darmstadt c/o Peter Hetzler, Rhönring 95, 6100 Darmstadt

Essen - Broschüre zu „Problemen in Ballungsräumen"

Die Katalyse-Technikergruppe in Essen hat an mehreren Volkshochschulen des Ruhrgebietes eine Vortragsreihe über Probleme in Ballungsräumen veranstaltet und die Texte dieser Vorträge jetzt als Broschüre herausgegeben. Sie schreibt dazu:

Seit Jahrzehnten geht die Einwohnerzahl von Großstädten zurück. Ihre Bevölkerung konzentriert sich in den Randgebieten, dorthin ziehen in den letzten Jahren auch wieder Bewohner der umliegenden Gemeinden. Anspannung, Krankheit und Kriminalität sind breiten Kreisen als Auswirkungen des gedrängten Zusammenlebens bewußt. Der wirtschaftliche Schaden eines immer größeren Transportaufkommens hat zum Bankrott mehrerer ausländischer Großstädte geführt.

In letzter Zeit erst werden Anstrengungen gemacht, die Städte wieder wohnlicher zu gestalten. Alte Häuser werden restauriert, Untergrundbahnen und Fernheizungen angelegt, Gesamtschulen und Hochschulen eingerichtet, Nachbarschaftshilfe organisiert. Die Vorteile geschlossen gebauter Werks- und Genossenschaftssiedlungen werden neu entdeckt und von ihren Bewohnern gegen mutwillige Veränderung verteidigt. Aus dem Ausland werden Lösungen von Großstädten mit Landwirtschaft und Kleinverkehr bekannt, die sozial und ökologisch weit geringere Probleme bieten als unsere Stadt- und Landsiedlungen."

Das Heft kostet 4 DM incl. Porto und ist zu beziehen über

Katalyse-Technikergruppe
c/o Bildungswerk der Humanistischen Union
Kronprinzenstr. 15, 4300 Essen

TOTALVERWEIGERER IN HANNOVER

Die Bewegung der Totalverweigerer hat einen neuen Stützpunkt. In Hannover gibt es jetzt die Gruppe „Totalverweigerung gegen Militär- und Ersatzdienste".

Kontaktadresse: Thomas Mischo, Bödekerstr. 75, 3000 Hannover 1



Mainz - BBU-Tagung und Diskussionsforum

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e.V. führt seine diesjährige Jahreshauptversammlung vom 30.11. bis zum 2.12.79 in Mainz durch.
Die Organisation der Veranstaltung wird von der Bürgerinitiative Umweltschutz Mainz-Wiesbaden e.V. übernommen.
Anläßlich der Jahreshauptversammlung wird am Freitag, 30.11.79 im Konzerthaus Elzer Hof, Bauhofstraße Mainz, um 19.30 h ein Diskussionsforum zum Thema

Energiekrise, Arbeitslosigkeit, Rohstoffknappheit, Umweltzerstörung.
Die Zukunft der Industriegesellschaft.

durchgeführt.

Folgende Teilnehmer sind zu diesem Gesprächsforum eingeladen:

Prof. Dr. Robert Jungk, Salzburg
Freimut Duve, Rowohlt Verlag, Hamburg
Menke-Glückert, Bundesinnenministerium, Bonn
Klaus Mehrens, IG-Metall, Frankfurt (angefragt)
Christian Schütze, Süddeutsche Zeitung, München (Diskussionsleitung)

Kontakt: Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e.V.
Bürgerinituative Umweltschutz Mainz-Wiesbaden e.V. Dr. Werner Rammensee
Kupferbergterrasse 14
65 Mainz

Frankfurt – Fotokalender der Gruppe Neues Reisen

Die überregionale Gruppe NEUES REISEN hat für 1980 einen Foto-Wandkalender im Format DIN A3 herausgegeben.

Auf 12 Kalenderseiten werden Fotografien zum Thema Reisen vorgestellt. Die Bildrückseiten enthalten Artikel, Karrikaturen, Berichte, Dokumente und ein Gedicht. Die Autoren äußern sich damit zu verschiedenen Aspekten des Reisens: Reisewünsche, Tourismuswerbung, Reisen in die Dritte Welt, Bemühungen um Alternativen zum Massentourismus, Umweltschäden durch Tourismus u.v.a. Ein zusätzliches Blatt enthält Informationen Literaturangaben und Adressen, die zur weiteren Beschäftigung mit den Themen des Kalenders einladen.

REISEN 1980 ist in wenigen Buchhandlungen oder gegen Vorauszahlung (Postüberweisung gilt zugleich als Bestellung) bei der GRUPPE NEUES REISEN, Hallgartenstr. 5, 600 Frankfurt/M 60 erhältlich. Der Einzelpreis beträgt 8 Mark. Postscheckkonto: Ffm. 826 99-605, HC Eisenhardt/Neues Reisen, Hallgartenstr. 5, 6000 Frankfurt/M 60. Wiederverkäufer erhalten den Kalender ab 5 Exemplaren auch gegen Rechnung mit 25 % Rabatt. Über die Herstellungskosten hinausgehende Einnahmen aus dem Kalenderverkauf kommen ausschließlich der weiteren Arbeit der GRUPPE NEUES REISEN zugute.

HÄFTLINGSBETREUUNG: LANDAUER INITIATIVE GEPLANT

19.11.79

In Landau hat sich eine Gruppe gebildet, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, Strafgefangene, vornehmlich Jugendliche, zu betreuen.

Sie gehen davon aus, daß die Gefangenen einer feststehenden, gesellschaftlich moralischen Wertordnung gegenüberstehen, in der die Schuld nur auf der Seite der „Kriminellen" liegt. Das, was an ihnen verübt wird, zählt nicht. Auszugsweise drucken wir kurz die Ziele der Gruppe ab:

Die meisten Eingesperrten gehören zu jener Art von Minderheiten, die sich nicht selbst vertreten können. Sie haben keine öffentliche Stimme, sie können sich nicht frei organisieren. Sie sind angewiesen auf eine Öffentlichekit, die abwägt, ob die verhängte Strafe ein gerechter Lohn für ihre Taten sei, oder ob nicht der Hilfe das größere Gewicht zukommen sollte.

Eine Art der Hilfe können wir jetzt und heute geben. Wir können durch eine Kontaktgruppe zur Jugendvollzugsanstalt in Frankenthal vollkommene Isolierung der Gefangenen aufheben, indem die einzelnen Mitglieder den Kontakt zur Außenwelt herstellen. Wir könnten auf diese Weise eigene Vorurteile abbauen, eigene Erkenntnisse an die Öffentlichkeit bringen und die Zustände in den Gefängnissen in Zusammenarbeit mit den Häftlingen ändern. Weitere Aufgaben ergeben sich, wenn die Entlassung eines Häftlings bevorsteht. Um die Resozialisierung zu vereinfachen, könnten Informationen von den zuständigen Behörden eingeholt werden. Um diese Ziele weiter auszuarbeiten und vor allem um sie zu realisieren, würde ich mich gerne mit all denjenigen zusammensetzen, die Interesse haben, daran mitzuarbeiten.

Kontaktadresse: Brigitte Weyers, Jakob-Beckerstr. 3, 6740 Landau-Mörzheim.

STROBO IM MITTLEREN NECKARRAUM

20. November

Im mittleren Neckarraum (Esslingen, Ludwigsburg, Leonberg, Fellbach usw.) hat sich eine Stromteilzahlungsinitiative gebildet.

Der STROBO gegen die Neckarwerke beginnt am Dienstag, 4. Dez. 1979, mit dem gemeinsamen Einzahlen des ersten teilboykottierten Stromrechnungsbetrages um 14.30 Uhr in der Hauptverwaltung der Neckarwerke, Küferstr. 2, 7300 Esslingen. Danach Demo durch die Stadt – alle sind eingeladen!

Kontakte: Michel Metzger, Sulzgrieser Str. 97, 7300 Esslingen, Tel. (0711) 37 95 68:; Brigitte Schwarz, Hohenstaufenstr. 10, 714 Ludwigsburg, Tel. (07141) 2 86 89; Jochen Stang, Salierstr. 2, 7012 Fellbach-Schmieden, Tel. (0711) 51 43 05



Wie wärs mit nem zünftigen Strobo?

Arbeitsplätze in alternativen Projekten gesucht

Wuppertal, 27.November 79

Der internationale Christliche Jugendaustausch sucht Arbeitsplätze für Jugendliche aus 20 Ländern. Gesucht werden Plätze in: „Landkommunen, Dritte-Welt-Läden, Kinderläden, Jugendwohnkollektiven, oder Büros von alternativen Organisationen." Die Jugendlichen „wollen auch über ihre Heimatländer in Lateinamerika, Asien, Afrika oder Europa und USA berichten, vergleichen, neue Ideen und Ansichten einbringen."

Die Jugendaustausch-Organisatoren erwarten von den Projekten "ein offenes Klima" und "kritische Auseinandersetzung"; Quartier, Kost und Taschengeld (100 Mark oder mehr im Monat) und möglichst einen Mitarbeiter (eine Mitarbeiterin) als Mentor(in) zur Betreuung des (der) Jugendlichen.

Die Zeit der Mitarbeit soll vom 15.Oktober 1980 bis zum 15.April 1981 gehen.

Kontakt: Internationaler Christlicher Jugendaustausch e.V., Kiefernstr. 45, 5600 Wuppertal 2, 0202/50 10 81.

„IM JAHR DES KINDES, WELCHER SCHRECK MAN NIMMT DAS KINDERGELD UNS WEG"

Frankfurt, 27.November

Gleiches Kindergeld für Ausländer und Deutsche ist mehr als eine Geldforderung. In den Kindergeld-Demonstrationen, 1974 ebenso wie jetzt nach der erneuten Verschlechterung, am 17.November 1979 (s. ID Nr. 309), drückt sich die Forderung der Ausländer aus, überhaupt als Menschen mit gleichen Rechten und gleicher Zukunft in dem Land, das sie notgedrungen aufgesucht haben, anerkannt zu werden. Die Verweigerung des gleichen Kindergelds ausgerechnet für die Ausländer(innen) aus Ländern außerhalb der Europäischen Gemeinschaft, die fünfzehn Jahre oder länger hier sind, paßt zu den Reden der Bundesregierung über „Integration" der „Gast"arbeiter wie die Faust aufs Auge. – Hier der Bericht eines deutschen Teilnehmers von der Demonstration:

„Es waren fast zweitausend Leute da, und zwar haben sich Leute von allen Nationalitätsgruppen beteiligt: Türken, Griechen, Jugoslawen, Spanier, Portugiesen, also die von der neuen Rechtslage Betroffenen. Dann die Marokaner, die gar kein Kindergeld kriegen, und aus Solidarität auch die Italiener, die das volle Kindergeld bekommen. Auf der Schlußkundgebung sprachen Leute von allen diesen Nationalitäten und außerdem jemand für die Deutschen. Es war eine Solidarität zu spüren, die größer war als die betroffenen Gruppen, und größer als das Kindergeld-Problem.

Was für dramatische Folgen die neue Regelung hat, kann man sich am Beispiel eines Arbeiters im Öffentlichen Dienst (z.B. Straßenreiniger) klarmachen. Wenn der fünfzehn Jahre hier ist (das gibt es durchaus) und vier Kinder im Heimatland hat, so verliert er auf einen Schlag 850 Mark. Außer 550 Mark weniger Kindergeld gehen nämlich auch 300 Mark Lohnbestandteile verloren, die ans Kindergeld gebunden sind.

Was die Demonstration betrifft: die hat Spaß gemacht, war lebendig, ein paar Sprüche haben mir gut gefallen – ‚Vater Staat ist voll Entzücken/ Er spart viel Geld auf unserem Rükken' oder ‚Im Jahr des Kindes, welcher Schreck/ Man nimmt das Kindergeld uns weg' – aber die vielen ausländischen Parolen konnte ich natürlich nicht lesen.

Kontakt: Kindergeld-Komitee, c/o Detlef Lüderwaldt, Odenwaldring 38, 6072 Dreieich.

ZUM STAMMHEIMER STERBEN UND MEHR

Zur sorglosen Schlamperei beim ID und anderswo

Der Tod Ulrike Meinhofs:

Im ID vom 16.November 1979 schrieb eine kritische Leserin – Barbara – u.a.:

„. . . und daß dieses Problem (sorglose Schlamperei im ID) nicht mit dem Hinweis auf die ursprüngliche ID-Konzeption (Verzicht auf redaktionelle Überarbeitung der zugesandten Beiträge) aus der Welt zu schaffen ist, wurde mir schon sehr früh klar, anhand eines Artikels von Max Watts über die Widersprüche der offiziellen Meinhof-Selbstmord-These. Die Argumentation war mir in dieser Ausführlichkeit neu und erschien mir, gerade auch zu diesem Zeitpunkt, als so wichtig, daß ich sie liebend gern in allen Einzelheiten weiterverbreitet hätte. Trotzdem habe ich dann nach langem Zögern und mit sehr großem Bedauern davon Abstand genommen – weil der Hauptargumentationsstrang (betraf die Länge der Schlaufe) so schlampig zusammengeschrieben war, daß die diversen Zahlenangaben vorne und hinten nicht zusammenpaßten. Es handelte sich nicht um ein, zwei Druckfehler, sondern es blieb rechnerisch falsch, als Argument, so jedenfalls – wertlos und damit eine verschenkte Informationschance."

Dazu Max Watts:

„Liebe Barbara: Ich wurde wegen Deinem Brief äußerst betroffen und habe mich schleunigst auf die Suche nach diesem Artikel gemacht, ihn im ID vom 23.12.1977 gefunden („Starb Ulrike Meinhof vor dem Selbstmord?").

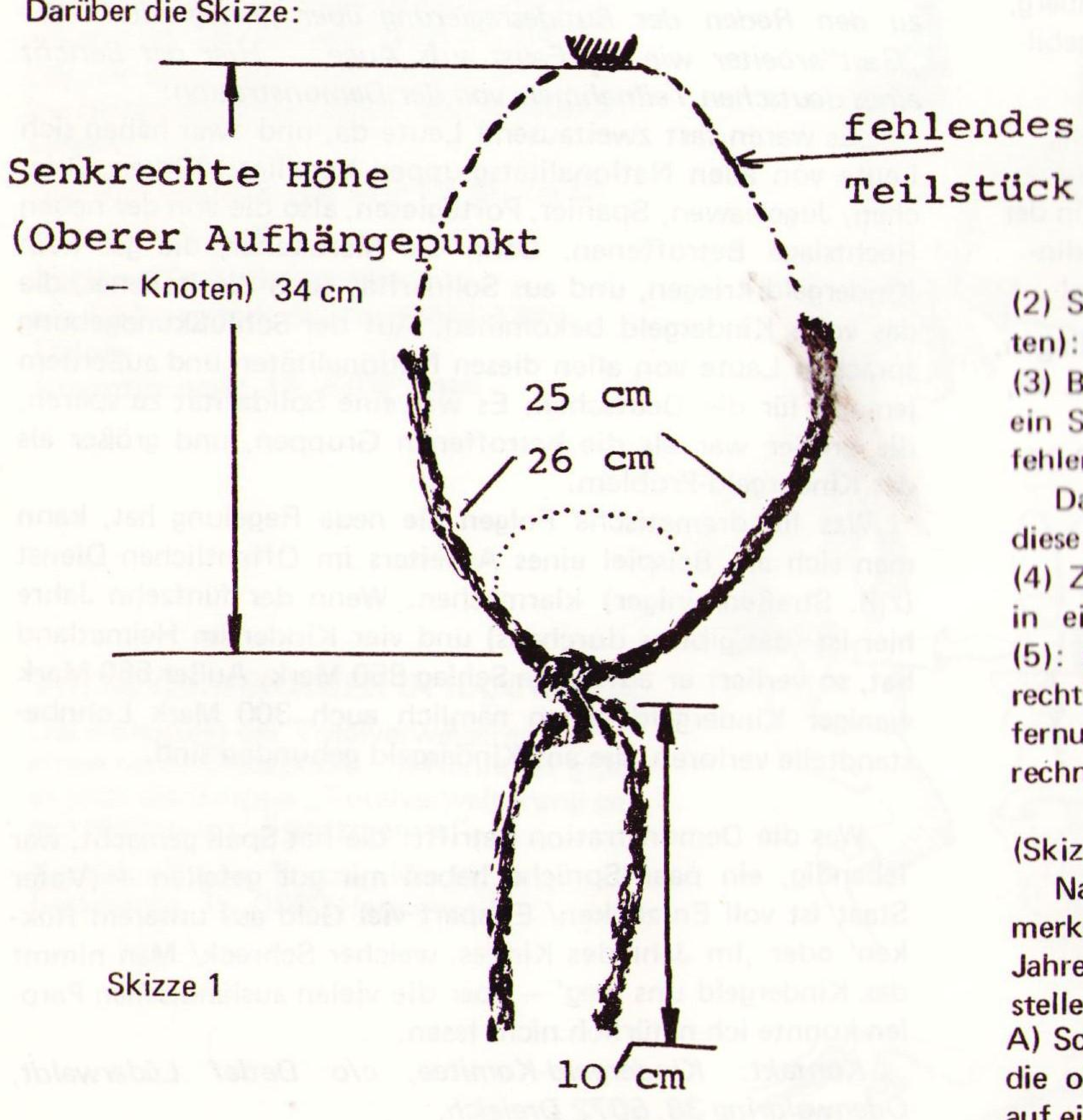
Auf Anhieb mußte in dir in diesem Punkt halb recht geben: schlampig (glaub mir, bitte, nicht sorglos!).

Ich schrieb damals – wiederhole für die Leser, die ihre 1977-Id-Sammlung nicht dabei haben:

„. . . Nach offiziellen Angaben erhängte sich Ulrike Meinhof mit einem herausgerissenen Streifen eines Anstaltshandtuchs. Dieses Handtuch lag wohl unmittelbar links vor der Leiche. Leider – für diese These – ist das Handtuch nur 75 cm lang; es wurde nirgendwo erwähnt, daß mehrere Streifen zusammengenäht bzw. geknotet worden wären.

Nur ist die Minimallänge der Schlaufe plus Knoten plus freihängenden Enden schon 92 cm, wenn aber das fehlende Stück von mindestens 29 cm auch dazugerechnet wirde, wird die Länge des „Erhängungswerkzeugs" schon 126 cm , etwas viel für ein 75 cm langes Anstaltshandtuch."

Darüber die Skizze:



Skizze 1

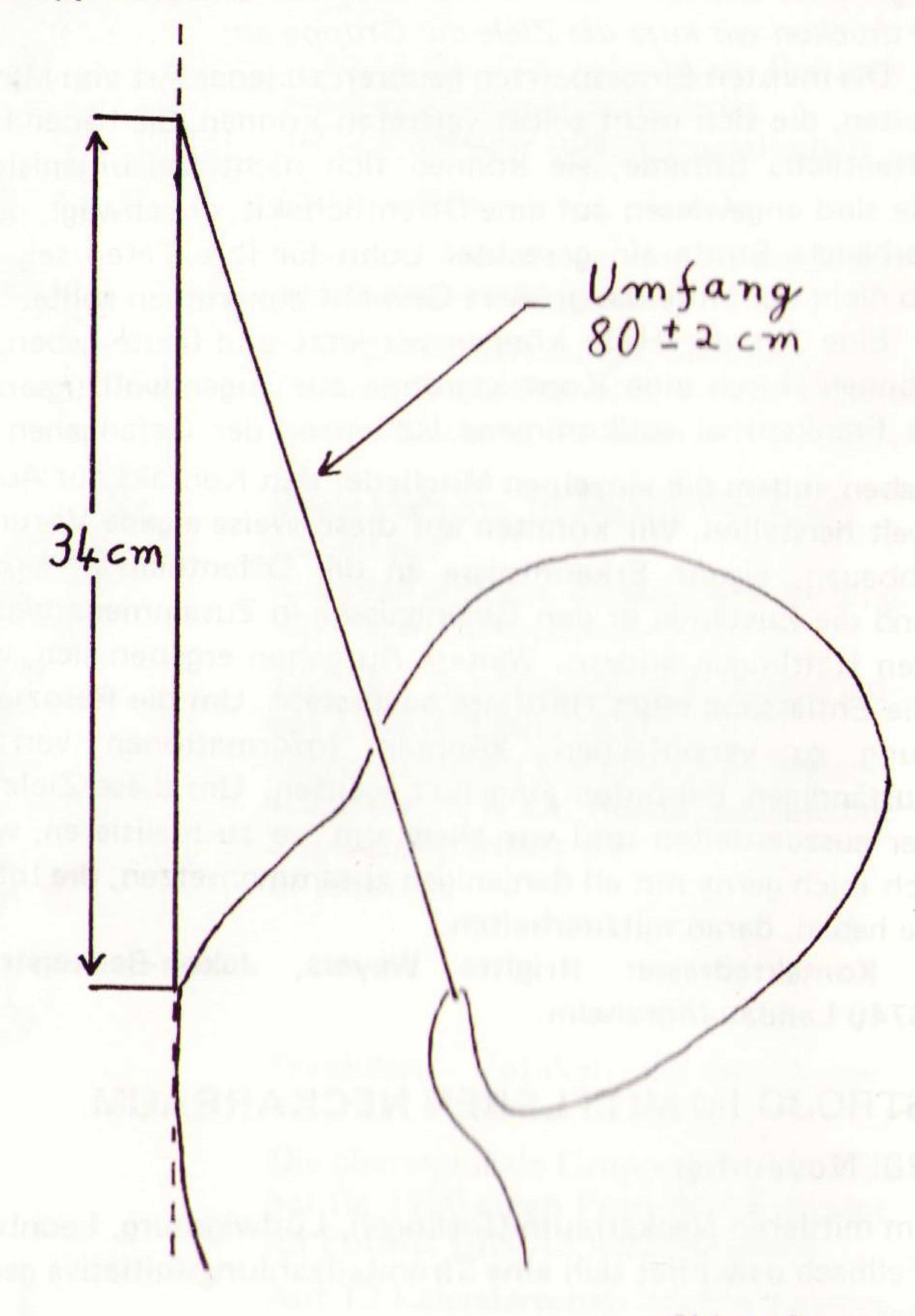
Ich rechnete jetzt nach – und mußte dir – auf Anhieb recht-geben. Sogar beim schlampigsten Journalisten sollten zumindest 92 plus 29 nicht 126 sein. . .

Grübelnd, suchte ich meine Originalnotizen, und, oh wunder (einmal ist keinmal?), fand sie wieder. Wie habe ich's denn ausgerechnet?

Ich hatte damals die folgenden Daten:

Offizielle Version:

(1) Aufgeschnittene, 4 cm breite Schlaufe mit zwei Seiten, je 26 und 25 cm, zwei freihängende Enden von (1a): 11 und 12 cm oder (zweite Variante (1b)): 10 und 11 cm. Dazwischen ein **Doppelknoten.**



Skizze 2

(2) Senkrechte Höhe (vom oberen Aufhangepunkt zum Knoten): **34 cm.**

(3) Bemerkung der offiziellen Gutachter, daß „irgendjemand" ein Stück der Schlaufe herausgeschnitten hatte. Länge dieses fehlenden Stücks: unerwähnt.

Dazu verschiedene, unabhängige Untersuchungen, zuerst diese:

(4) Zwischen 20 und 23 cm werden für einen Doppelknoten in einem 4 cm breiten Handtuchstreifen gebraucht, und (5): wenn man – ausgehend von der („offiziellen"!) Senkrechthöhe von 34 cm den Halsumfang und die Diagonalentfernung (die Schleife fällt ja nicht senkrecht herunter) dazurechnet, kommt man auf: 78 bis 82 cm Schleifenumfang.

(Skizze 2!!)

Nachdem Du, Barbara, mich auf meine Schlamperei aufmerksam gemacht hast (aber warum, warum erst nach zwei Jahren?), würde ich heute diese Resultate wie folgt darstellen:

A) Schon die „alleroffiziellsten" Analysen (1 plus 1b), die für die offizielle Selbstmordthese am günstigsten sind, kommen auf eine „Erhängungswerkzeuglänge" von:

26 plus 25 plus 10 plus 11 = 72 cm **plus Doppelknoten.**

Um das Ganze aus einem 75 cm langen Handtuch zu schneiden, dürfte der Doppelknoten von 4 cm breitem Stoff nur 3 cm Länge benötigen (unwahrscheinlich, sogar in Stammheim).

Rechnen wir aber (nach Feststellung 4) 20 cm für den Doppelknoten, kommt der Streifen auf:
72 plus 20 = 92 cm Länge.

B) Nachdem der höchstoffizielle Obduzent Professor Dr. Mallach die 34 cm Senkrechthöhe (2) selbst gemessen hat (und wenn wir DEM nicht für so etwas vertrauen können, wo bleibt dann irgendein Glauben an das deutsche Beamtentum?) und nachdem einfache Trigonometrie uns die Schlaufenlänge von 80 cm (Mittelwert, plus oder minus 2 cm gibt, kann man die folgende Gesamtlänge ausrechnen:

80 cm (Schlaufe) plus 23 (Doppelknoten) plus 11 (- 1a - Freiende) plus 12 (anderes Freiende) = **126 cm.**

An diesem Punkt, liebe Barbara, war ich, schlampig. Ich hätte schon damals schreiben müssen, daß ich in dieser Rechnung die erste Variante - 2 cm länger - für die freihängenden Enden und den größeren Wert für den Doppelknoten (3 cm länger) benutzt hatte. Aus Schlamperei, aus — ich erinnere mich an die damalige Hektik — Übermüdung. Und vielleicht auch, aus einer (irgendwo unbewußten) Ablehnung, mich so intensiv mit — Erhängungswerkzeugen zu befassen. . .

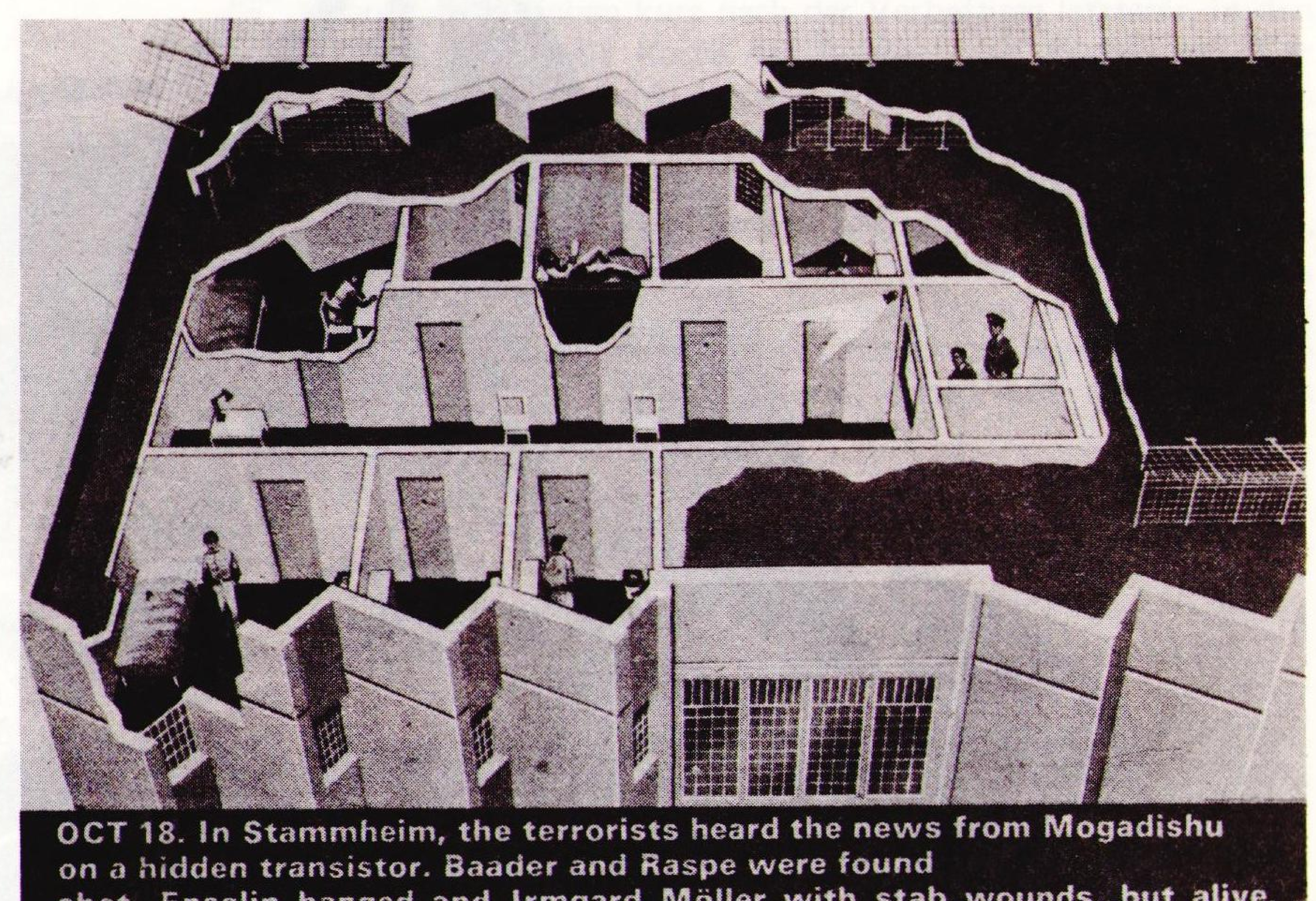
Mit den Mindestwerten wäre ich auf:
78 plus 20 plus 10 plus 11 = 119 cm gekommen. Jedenfalls ein Haufen mehr als 75 cm. . .

Max Watts/ID

Oktober 1977

Die englische Zeitung "THE OBSERVER" formulierte folgenden Text:

" 18. Oktober. In Stammheim erfuhren die Terroristen die Nachrichten aus Mogadishu von einem versteckten Transistor- Radio. Baader und Raspe wurden erschossen aufgefunden, Ensslin erhängt und Irmgard Möller mit Stichwunden, aber lebend."



OCT 18. In Stammheim, the terrorists heard the news from Mogadishu on a hidden transistor. Baader and Raspe were found shot, Ensslin hanged and Irmgard Möller with stab wounds, but alive.

DIE ORDENTLICHE SORGFALT

2. Zu den Erschiessungstoden von Baader und Raspe sowie zu der ORDENTLICHEN SORGFALT, mit der die DEUTSCHEN GERICHTE — insbesondere der 2. Strafsenat des Oberlandesgerichtes Stammheim-Stuttgarts — das Hineinkommen (Eindringen) von Feuerwaffen in den Hochsicherheitstrakt im 7ten Stock von Stammheim untersucht.

Stammheim, November 1979

Wie jeder Redakteur einer STZ = Staatstragenden Zeitung dir auf Anhieb sagen wird, die Sache mit den Waffen in Stammheim, mit denen die 'Terroristen Selbstmord' begangen haben, diese Sache, die ist längst geklärt. Die 'Terroranwälte' Müller und Newerla haben die Waffen in ihren Handakten oder Unterwäsche hineingeschmuggelt. Das hat schon der GBA (General BundesAnwalt) Rebmann (nur im 'STERN' darf man ihn Reblaus nennen, wir riskieren es) am 12. Januar 1978 erklärt.

Wo hatte der das her?

Ja, vom Superzeugen Volker Speitel. Gott, was hätten die ohne den gemacht? Was für ein Glück, das es ihn gibt, oder - jedenfalls — gab. Gab, weil, mit dem Zeugen Speitel gibt es plötzlich zwei Hicks, zwei Probleme:

Hick 1: Die Lampe-Papiere:
Speitel wurde Anfang Oktober 1977 verhaftet. Während der Schleyer-Kontakt-Sperre. Aber irgendwann, kurz nach seiner Verhaftung, hatte Speitel doch Kontakte, nämlich zum OberStaatsAnwalt (OSA) Lampe beim Bundesgerichtshof. Und da sagte Speitel dem OSA was, und der OSA Lampe schrieb's auf. Sogar Speitel schrieb selbst etwas auf, schon damals, 1977. Über 'Terroristen', Kumpel, Kollegen — vom Anwaltsbüro Croissant-Müller-Newerla, wo er auch als Schreib- und Hilfskraft tätig war. Das Rechtsanwaltsbüro Croissant-Müller-Newerla war schon zu diesem Zeitpunkt zerschlagen, die 3 Anwälte im Gefängnis. Es war ja nützlich, daß man nun auch dafür so treffende Gründe fand.

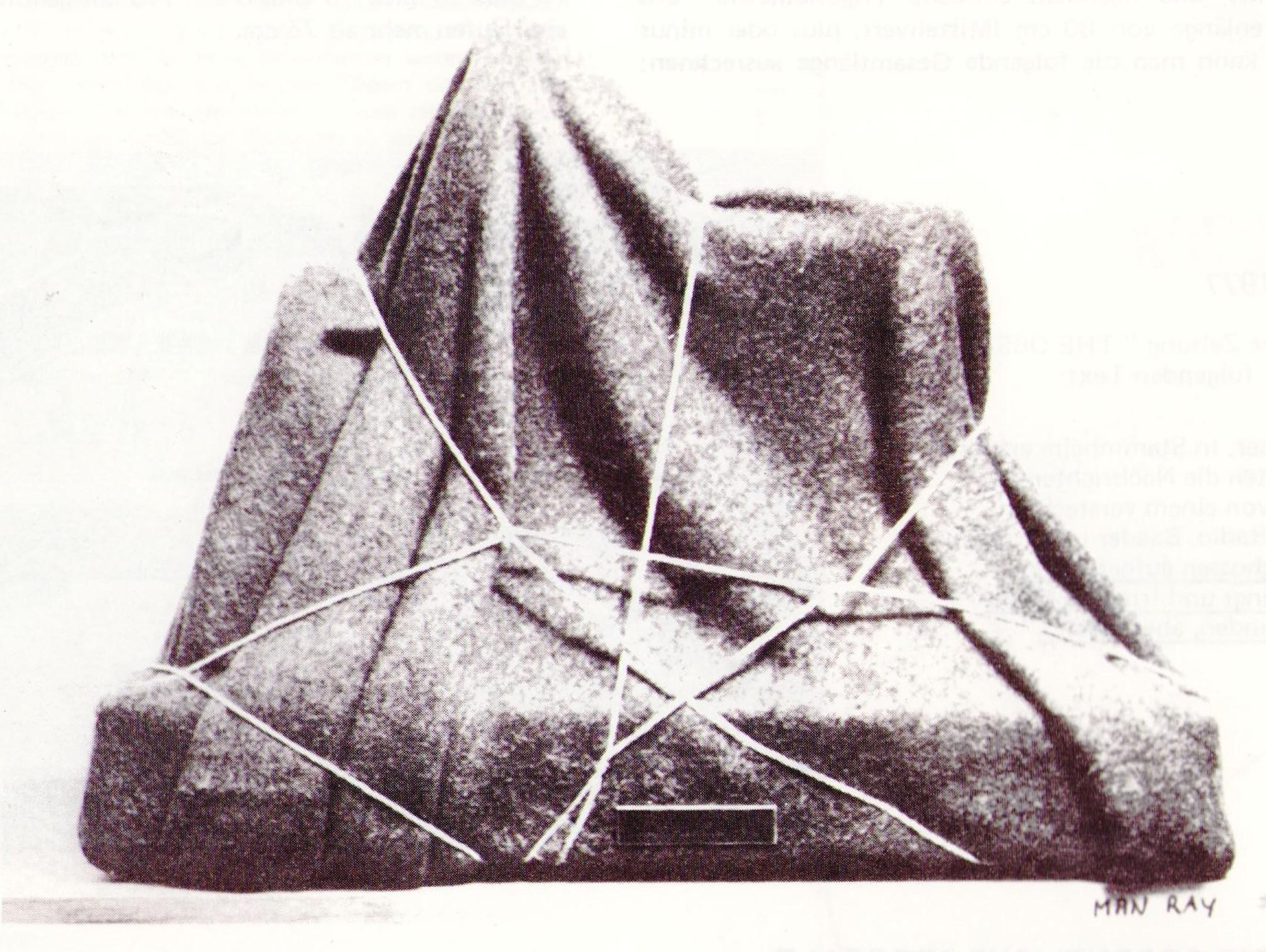
Nun wäre es möglich, daß diese Notizen, die Lampe, und nachdem er eine Schreibmaschine bekommen hat, auch Volker Speitel, damals zuallererst aufgeschrieben, von äußersten Interesse wären, zuerst für die Verteidigung von RA Müller und Newerla, und dann auch für diejenigen, die wirklich daran (noch) interessiert sind, wie das "Wunder von Stammheim" stattfand. Ob wirklich, wie Speitel in Prozessen aussagte, RA Arndt Müller zumindest 3 Pistolen, Sprengstoff, Zünder, Kameras, Radios usw., usw. (mit nicht ganz klarer — gelegentlicher Hilfe RA Armin Newerlas —) nach Stammheim hineinschmuggelte. In seinen Handakten.
Die Verteidiger verlangten Einsicht in die Lampe-Akten. Einmal, zweimal, zehnmal. GeneralBundesAnwalt Rebl... äh, Rebmann: "Kommt nicht in Frage". Und jetzt passiert was ganz Unerwartetes: Obwohl bei früheren "Kronzeugen" a la Gerd Müller die Deutsche Justiz solche 'delikate Notizen' ganz geheim halten ließ, verweigert — einmal ist keinmal? — dieses Mal

(Bundes-)JustizMinister Vogel dem Reblau... äh, Rebmann, dem Deutschen General Bundes Anwalt, den – normalen (?) – Sperrvermerk. Die Verteidiger bekommen die Lampe-Papiere, 23 Seiten, und – etliche 8 (oder 11?) Seiten mehr – von Speitel selbst getippt. Und – sehe und staune – : Im November 1977 sagte Speitel nichts, aber garnichts von Revolverschmuggeln, Pistolen, Munition, Sprengstoff oder Zündern! Nichts! Müller und Newerla hätten POST geschmuggelt – das ist nicht schön, und nicht erlaubt, aber mit Briefen kann man sich nicht erschiessen. Selbst, wenn man Baader heißt.

Klartext: Ich, Oberstaatsanwalt Lampe, bin ein armer Trottel, kann eine Zeugenaussage (und was für einen Zeugen!) nicht richtig aufschreiben..., obwohl ich nach meinen Vernehmungsprotokollen Anklage für "Lebenslänglich" erhebe...).

Und – was war mit dem Waffenschmuggel?

Noch nach der Abfassung der Lampe-Papiere sagte Lampe's Boss Rebmann vor dem Untersuchungsausschuß des Baden-Württembergischen Landtages über das "Wunder von Stammheim": "Wir wissen nicht, wie die Waffen hineinkamen".



Natürlich könnte man vermuten, Speitel – damals – noch nicht ganz "umgedreht", versuchte – noch – die Rechtsanwälte zu verschonen. Kaum der Fall: In den Lampe-Papieren haut Speitel Leute kräftig in die Pfanne, z.B. den ehemaligen Rechtsanwalt Siegfried Haag, der wäre, so Speitel an Lampe, Rädelsführer der "Stockholmer Gruppe" (Kommando Holger Meins) gewesen; Haag hätte die Botschaftsbesetzung geplant, die Gruppe gesammelt. Auf Grund Speitel's Angaben wurde sogar die Anklage gegen Siegfried Haag zur "Mittäterschaft zum Mord" (Lebenslänglich) erhöht. Soweit die Lampe-Papiere. Aber dann, im Prozess gegen Haag sagte dann Speitel, – am 17. und 19. Juli 1979 – aus, sowohl er als auch die Stockholmer Gruppe hätten gar keinen Kontakt mehr zu Haag gehabt; er (Speitel) hielt es sogar für ausgeschlossen, daß Haag überhaupt von der geplanten Stockholm-Aktion etwas wußte.

Hick 2: Der verschwundene Zeuge:

Natürlich wollen Haag's Verteidiger (1) etwas mehr über diese – seien wir höflich – Widersprüche zwischen den Lampe-Papieren und Speitel's Zeugenaussage wissen. Speitel wird zur "ergänzenden Vernehmung" vor den 5. Strafsenat geladen, aber oh, oh, wo ist Speitel? (Der hat nur 3 Jahre und 3 Monate bekommen und wurde nach weniger als 2 abgesessenen vor kurzem entlassen.) "Im Ausland", "Ich darf nicht sagen, wo", "jedenfalls, er wird nicht kommen", so Speitel's Anwalt Bossaert.

An Stelle Speitel's kommt OSA Lampe: Ich hab's schlecht aufgeschrieben, "unglückliche Formulierungen" gemacht. (Im Lampe, selbst gefragt, warum in seinen "Papieren" nix darüber steht: "An diesem Punkt – (als Speitel anfing, den Waffentransport zu erwähnen) habe ich aufgehört, schriftliche Notizen zu machen ... (no comment, oder: spucke bleibt weg).

UNGEEIGNETE BEWEISMITTEL WERDEN NICHT GEBRAUCHT – UND NICHT GELADEN

Speitel ist weg. Aber noch ganz in Reichweite sind andere Zeugen, die eigentlich viel mehr darüber wissen müßten, ob, wann und wie welche Waffen in den Stammheimer 7ten Stock hineingeschmuggelt wurde, nämlich die (zum Teil noch überlebenden) Gefangenen, die damals zusammen mit Baader, Ensslin und Raspe dort "wohnten". Zum Beispiel Verena Becker, Wolfgang Beer, Werner Hoppe, Helmut Pohl, Sabine Schmitz. Auch Irmgard Möller. Haben sie selbst Waffen von Rechtsanwälten Müller, Newerla – erhalten? Gemerkt, daß Waffen fast ein Jahr lang im siebten Stock versteckt wurden? Wenn nicht, wieso?

Aber hier hört die Geduld des Gerichts auf. Diese Zeugen würden nicht das Richtige sagen. Sie sind "Ungeeignete Beweismittel" und als solche – unnotwendig – und werden nicht geladen. Ordnung mit ordentlicher Sorgfalt – so mühsam nach dem Deutschen Herbst wieder hergestellt ("Stammheim ist gelaufen"), würde nur gestört werden durch "widersprüchliche

Zeugen", solange diese nicht, wie Speitel, im Sinne der offiziellen Version luegen ...äh ... liegen.

Max Watts/ID

Mehr Details über:
(1) RA Hans-Joachim Weider, Berger Str. 200, 6 Frankfurt 60
Tel.: 0611/45 20 83 – Verteidiger von Siegfried Haag
(2) RA Gernot Werschak, Kreuzstr. 8, 67 Ludwigshafen/Rhein
Tel.: 0621/69 47 99 – Verteidiger von Armin Newerla

Prozeß gegen Brigitte Heinrich

WIE PRODUZIERT MAN EIN EXPLOSIVES GEMISCH

Frankfurt/Karlsruhe, 28. November

Der einzige „Tat"zeuge, der Schweizer Peter Egloff, trotz Zusage „freien" Geleits im Gerichtssaal festgenommen (siehe ID Nr. 309), seither in Haft, das war das Ergebnis des letzten Verhandlungstages im Prozeß gegen Brigitte Heinrich.

Heute, mit Beginn der Verhandlung, stellten die Verteidiger einen Befangenheitsantrag gegen die beteiligten Richter. Denn die Richter hatten sich an der Festnahme beteiligt, dafür führten sie einige Beweise an, die wir hier nicht wiederholen wollen. Die Begründung der Befangenheit durch die Anwälte weckte bei vielen der diesmal sehr zahlreich erschienenen Zuhörer die Erinnerung an das unfaßliche Spektakel der Festnahme und setzt sich in nur mühsam unterdrückten Unmutsäußerungen der anwesenden Öffentlichkeit um. Dem Vorsitzenden Richter wird die Erinnerung an diese Schandtat immer unangenehmer. Unsicherheit, Nervosität und Gereiztheit macht sich im Gerichtssaal breit.

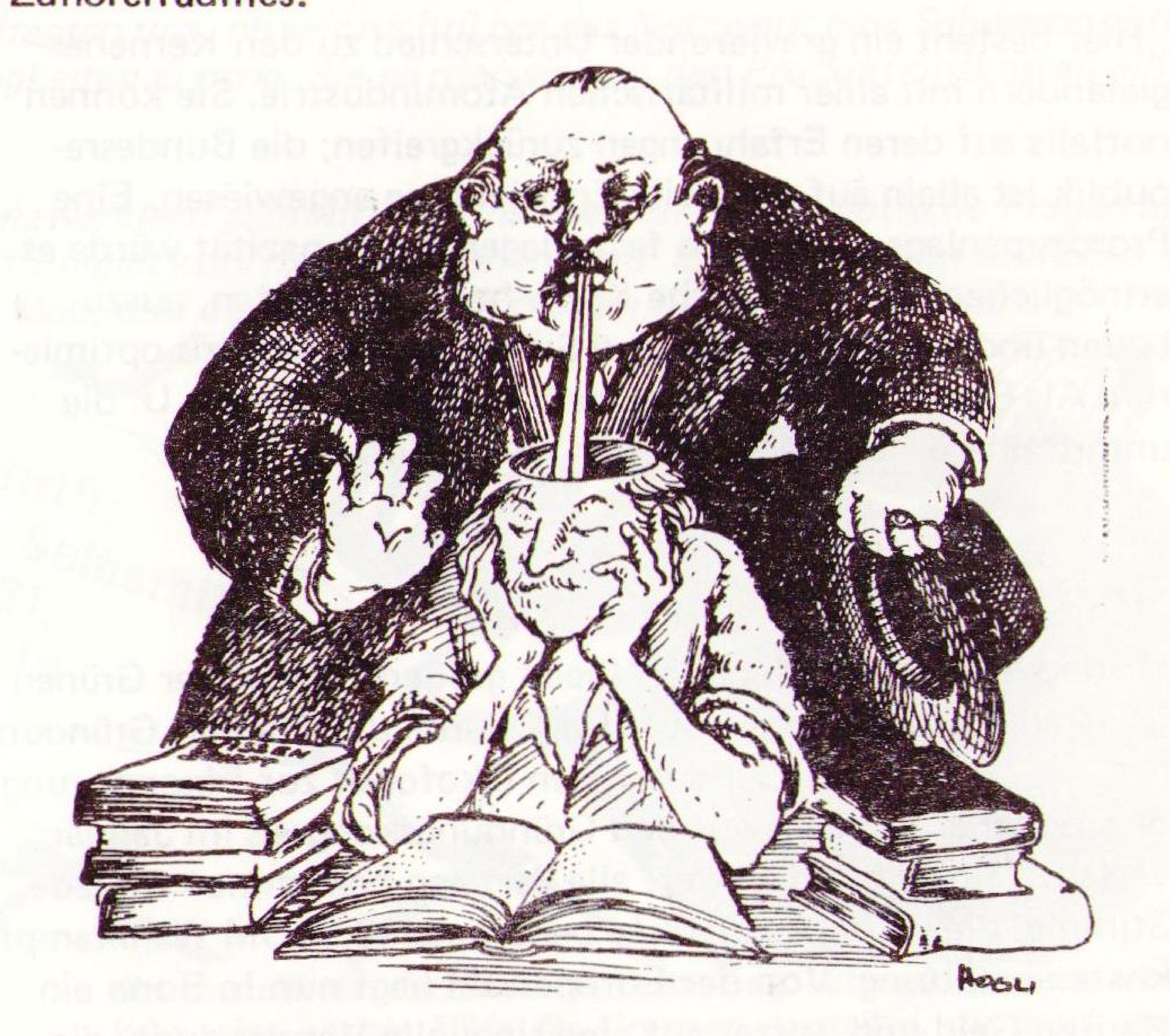
Mit dem Abschluß der Begründung für die Befangenheit beginnt das Gericht, bei der Durchsuchung der Wohnung Brigitte Heinrichs gefundene Schriftstücke und -stückchen zu verlesen. Die Zuhörer sind platt: Was hat eine auf einem Werbeprospekt notierte Adresse eines Elektrikers, ein persönlicher Brief, in dem ein Urlaub abgesprochen wird oder im „Info-BUG" dokumentierte Auseinandersetzungen über Vorgänge weit vor der „Tat"zeit mit dem Gegenstand der Verhandlung zu tun? Weiß das Gericht nicht mehr, wie es weitermachen soll, nachdem es die Festnahme von Peter Egloff betrieben hatte? Es schien so, als ob der Prozeß ziellos weitergetrieben wurde, beliebig, was da alles verlesen wird. Man hatte den Eindruck, es sei nur noch wichtig, irgendwas zu ihrer eigenen Existenzberechtigung vorzutragen, daß da ein Staatsanwalt sitzt, auch wenn er schweigt, ja und halt auch eine Verteidigung, deren Einwände geschluckt werden, und Zuhörer, die zuhören und „Amen" denken, aber sich hüten, noch nicht mal das auszusprechen. Wie wärs mit einer Maiandacht oder Salve-Maria (ausgestandene Katholiken wissen, was ich meine), Herr Richter?

Und das Gericht scheint das bis zum St. Nimmerleinstag weiterleiern zu wollen: Irgendwann will es nochmal die Eidgenossen besuchen, um ihnen erneut die Beichte abzunehmen, deswegen könnten wir uns am 7.12. wieder treffen, oder was wahrscheinlicher ist, am 10.12., aber das ist alles höchst ungewiß, aber alles nicht so wichtig, da es ja eigentlich nur darum geht, irgendwie, egal wie, die Zeit bis zur Pensionierung totzuschlagen.

Und das geht ja auch. Es gibt keine empörten Steuerzahler, die den Luxus, einen abstrakten Strafverfolgungsanspruch durchzuspielen, auf seinen Nutzen hinterfragen, es gibt keine bürgerliche Presse, die darüber wacht, daß über die Torheiten verrücktspielender Bürger kein allzu großer gesellschaftlicher Schaden entsteht, es gibt keine Regierungsinstanzen, die über die Energieverschwendung lamentieren, die die Prozeßbeteiligten in ihren Autos bisher einmal um die halbe Erde zu diesem Prozeß fahren ließ, und es gibt keinen Humanisten, der mahnt, daß bei diesen häufigen Autobahnfahren gen Süden mehr passieren könnte, als je der Angeklagten berechtigt oder unberechtigt vorgeworfen werden kann.

Aber es gibt Zuhörer, die bisher Geduld hatten, die zwar mehr gezwungen als freiwillig sich darauf einließen, dem Rechtsstaat sein Recht zu lassen, Recht recht richtig vorzutragen, die jedoch irgendwann nicht mehr rechten wollen, sondern zum Rechen greifen, nicht wegen dem Heu, sondern wegen der Spreu – naja, die Bauern habens auch schon 'n paarmal gemacht, den Rechen nicht immer nur nach unten zu halten. Okay, lassen wir diese Wortspielereien.

Es wird vorgelesen und vorgelesen. Wirklich wörtlich. Es wird vorgelesen, ein Brief von Brigitte Heinrich an Ilse Jandt, geschrieben kurz nach der Verhaftung letzterer, in den Knast, zuerst die Kopie des Briefes, zwei Seiten lang. Der Zuhörer erfährt einiges über die Situation Brigitte Heinrichs im Herbst 1974, aber nichts zur Klärung der Vorwürfe der Anklage. Daß Brigitte Heinrich staatlich schikaniert aus der Wohnung geschmissen werden soll, ihre Arbeit verloren hat, und das bekannte Spiel läuft, ohne Wohnung keine Arbeit, ohne Arbeit keine Wohnung, wie dann eben geschweige Überleben. Und da halt einer's Maul. Der Richter zeigt einigen Zuhörern die gelbe Karte, droht mit Räumung des Zuhörerraumes.



Und vorgelesen wird derselbe Brief, diesmal das Original, zwei Seiten wörtlich identisch, mit wenigen sprachlichen Korrekturen versehen.

Als zum zweitenmal Brigitte Heinrich mit denselben Worten im Brief die Lektüre des Buches „Was tun" von dem russischen Autor G. Tschernyschewsky empfiehlt, ist das für eine Zuhörerin keine Frage mehr: „Was soll die Beschäftigungstherapie?" fragt sie in Richtung Richter. Das ist der Auslöser: „Es ergeht zunächst die Verfügung, daß der Saal geräumt wird", platzt der Richter. Das ging nicht ohne Kommentare der Zuhörer ab. „Du bist ne Drecksau", will der Richter von einem bestimmten Zuhörer auf sich bezogen gehört haben, und läßt ihn festnehmen: Drei Tage Ordnungshaft! Pfiffe und Sprechchöre: „Der Richter ist eine Drecksau" von draußen begleiteten, die Verlesung des Endes des Briefes, nachdem nach der Räumung und unter Ausschluß der Öffentlichkeit die Verhandlung fortgesetzt wurde. Nach der Verlesung eines weiteren Asservatenstückchens war dann die Verhandlung zuende.

Der Prozeß ist mittlerweile 'ne Bombe. Die Räumung und Ordnungshaft war nur das Knattern beim Anzünden der Lunte. Wielang ist sie? Noch kann man sich einbringen.

Karl ma/ID

WIEDERAUFBEREITUNG IN KARLSRUHE

Die Bürgeraktion Umweltschutz im Oberrheingebiet hat einen Brief an den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg geschrieben, in dem es um Pläne für die Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage auf dem Gelände des Kernforschungszentrums Karlsruhe geht:

Sehr geehrter Herr Späth,

Wie wir dem Amtsblatt der Stadt Karlsruhe vom 5. Oktober 1979 entnehmen konnten, haben Sie sich im Verlauf eines Bürgergesprächs auch zu Gerüchten geäußert, die sich auf eine geplante Erweiterung der Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe (WAK) und auf die Errichtung eines Zwischenlagers für Atommüll zur Entsorgung von Kernkraftwerken bzw. eine Produktionsanlage für die Wiederaufbereitung beziehen.
Damals verneinten Sie, daß im Raum Karlsruhe ein solches Projekt geplant sei.

Inzwischen liegt uns ein Brief der Forstdirektion K'he vor, in dem diese bestätigt, daß nach einer interministeriellen Besprechung vom 18.1.79 dem Kernforschungszentrum Karlsruhe weitere 3,5 ha Land für Bau- und Sicherheitsmaßnahmen freigegeben werden.
Weiterhin ist in der Oktoberausgabe der Zeitschrift a t w (Atomwirtschaft - Atomtechnik) unter der Überschrift „Keine Entsorgung ohne Wiederaufbereitung" zu lesen:

„Hier besteht ein gravierender Unterschied zu den Kernenergieländern mit einer militärischen Atomindustrie. Sie können notfalls auf deren Erfahrungen zurückgreifen; die Bundesrepublik ist allein auf die zivile Entwicklung angewiesen. Eine Prototypanlage einer noch festzulegenden Kapazität würde es ermöglichen, das technische Know-how zu erhalten, auszubauen und die Verfahrens- und Sicherheitstechnik zu optimieren. Als Standort für eine solche Einrichtung käme u.U. die unmittelbare Nachbarschaft der WAK in Frage."

Wir sehen zwischen diesen beiden Aussagen und Ihrer Äußerung auf dem obengenannten Bürgergespräch eine deutliche Diskrepanz. Als Karlsruher Bürger sind wir an einer verbindlichen Klärung des Sachverhalts interessiert und bitten Sie nochmal zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen.

Kontakt: Bürgeraktion Umweltschutz, Zentrales Oberrhein gebiet e.V., Kronenstr. 9, 7500 Karlsruhe 1, Umweltzentrum, Tel. 0721/699675



ÖKO–FONDS

Hannover 24. November In Offenbach (beim großen Palaver der Grünen Anfang November) wurde das Thema: Gründung eines bundesweiten Ökofonds zur Finanzierung ökologischer Projekte auf den Gründungskongreß im Januar vertagt. Hintergrund ist der: alle Parteien bekommen für jede Stimme, die sie bei einer Wahl bekommen 3,50DM Wahlkampfkostenerstattung. Von der Europawahl liegt nun in Bonn ein Haufen Geld und wartet auf eine sinnvolle Verwendung, die nicht nur in den nächsten Wahlkampf gebuttert werden sollte.

Und nun geht im Nachrichtenstil weiter:

Anteilmäßiger Rückfluß der Gelder der Europa-Grünen an die Öko-Basis gefordert!

Modell könnte nun sein, was die GLU-Niedersachsen nach der letzten Landtagswahl beschlossen hat. Sie bildete einen Öko-Fonds, in den jeweils mindestens 10% der Wahlgelder fließen. Er wurde erstmalig mit 100.000 DM bestückt und hat die Aufgabe

- Gerichtsverfahren in Umweltsachen abzusichern,
- von Kriminalisierung bedrohten AKW-Gegnern zu helfen,
- Ökoprojekte (Ausstellungen, Tagungen, Modelle...) zu fördern.

Die Vergabe ist in der Regel auf Niedersachsen beschränkt. Bei Ökoprojekten sollen einzelne spezielle Vorhaben finanziert werden, die modellhaft sind bzw. irgendwie eine Initialzündung zur Selbsthilfe geben. Gefördert wurde bisher beispielsweise durch Zuschüsse der Aufbau des Rondels in Lüchow-Dannenberg als Tagungszentrum oder die Finanzierung einer Alternativ-Energie-Ausstellung. Auch werden Darlehen beispielsweise zur Vorfinanzierung von Broschüren gegeben.

Die Entscheidung über die Vergabe trifft ein unabhängiges 5-Personen-Gremium, von denen drei von der GLU-Delegiertenversammlung gewählt sind, die dann zwei weitere Nicht-GLU-Mitglieder aus der Bürgerinitiativen-Bewegung hinzuwählen.
Zurück zur auf dem Gründungskongreß anstehenden Problematik. Im Raum steht die Gründung eines Bundes-Öko-Fonds. Dieses eventuell nach dem Vorbild von Niedersachsen, doch in einige Köpfen schwirren auch Vorstellungen herum, sowas wie eine wissenschaftliche Einrichtung daraus zu machen, anstatt einfach einen Geldvergabetopf.
Der Niedersachsen-Fonds--Ausschuß hat dazu einstimmig beschlossen:
1. Die Einrichtung eines bundesweiten Fonds wird abgelehnt, da er allen von uns immer beschworenen Kriterien widerspricht: Dezentralisation, regional bestehende Kontakte zu den "Antragstellern". Stattdessen erfordert er ständig weite Reisen zu Sitzungen.
2. Vorgeschlagen wird die Einrichtung von Öko-Fonds in jedem Bundesland, nach dem Beispiel von Niedersachsen, wobei die einzelnen Fonds sich eigene Vergaberichtlinien und eventuell Schwerpunkte setzen können.
3. Das Geld aus der Europa-Wahl wird je nach Stimmenanteil auf die Fonds aufgeteilt.(Natürlich nicht nur 10% der Wahlgelder, sondern ein weit größerer Brocken; das ist aber meine private Meinung, Hans aus dem 5er-Gremium.
Der Fonds der GLU Niedersachsen wurde bisher noch wenig beansprucht. Also keine Hemmungen: Anträge stellen!

Kontakt: Öko-Fonds, c/o GLU Niedersachsen, Kramerstr.10, 3 000 Hannover 1



... Und hier, auf diesen Seiten, treffen gerade zwei Entwicklungen aufeinander...
Die eine ist die Entwicklung des Netzwerks, die Entstehung des Regional-Netzwerks für das Rhein-Main-Gebiet, sie wollen Öffentlichkeit und Kontakt zu Projekten
Die andere ist die Entwicklung in der Alternativpresse-Landschaft Die Suche nach neuen (oder für den ID neuen) Ausdrucksformen von Erfahrungen hat uns auf die Gedanken der "Schwerpunktnummer" gebracht Wir können es (und müssen auch) uns endlich leisten —wegen einer gewissen Arbeitsteilung mit der TAZ— zu Ereignissen mehr als eine kurze Meldung oder einen Betroffenenbericht zu veröffentlichen Zumal sich das Spektrum der Betroffenen erweitert hat (Zum Beispiel eine Hausbesetzung kann auch wichtige neue Erfahrungen für den in derselben Straße liegenden Bio-Laden bedeuten) Wir könnten Tendenzen, Hoffnungen, Hintergründe, kontroverse Meinungen bei Ereignissen aufzeichnen, — das bedeutet Schwerpunktnummer; mit der Absicht, den in einem Ereignis verschiedenartig Betroffenen die Möglichkeit zu geben, sich zu äußern —
Also, das haben wir überlegt, und vor Monaten auch darüber geschrieben
Und dann... siehe oben Die Initiatoren des Rhein-Main-Netzwerks fragten uns, ob wir nicht über das Netzwerk eine Schwerpunktnummer machen könnten, es wäre auch wegen unserer finanziellen Schwierigkeiten günstig Sie würden sich an den Produktionskosten ein bißchen beteiligen
Ja, wir haben es gemacht
Nach der Zusammenstellung des Materials, das hauptsächlich von Netzwerklern stammt, fiel uns aber auf, daß skeptische Fragen an das Netzwerk zu kurz gekommen sind. Wir hätten die Netzwerkler mit Fragen konfrontieren sollen, und eine Diskussion initiieren sollen Gut, jetzt wissen wir, wie Schwerpunktnummern besser zu machen sind, und die Netzwerkdiskussion holen wir bald nach



WAS IST NETZWERK SELBSTHILFE?

Das Netzwerk wird unterstützt von Leuten aus den verschiedensten Kreisen — aus der traditionellen Linken, den Gewerkschaften, der Öko- und Alternativbewegung, den Bürgerinitiativen, der Frauenbewegung, aus Kunst, Wissenschaft und Kirchen. Diese breite Unterstützung beruht auf einer strikten partei- und gruppenpolitischen Unabhängigkeit.

Das Netzwerk hat eine gemeinsame wirtschaftliche Selbsthilfe zum Ziel. Es geht darum, Personen, die in selbstorganisierten Projekten arbeiten, insbesondere von Arbeitslosigkeit und Berufsverboten Betroffenen, eine finanzielle Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Erster Schritt war die Bildung eines Unterstützungsfonds.

Bis Mai 79 sind dem Netzwerk ca. 3.400 Mitglieder aus dem gesamten Bundesgebiet und Westberlin beigetreten. Für die Unterstützung von Projekten stehen bislang monatlich ca. 35.000 DM zur Verfügung, unabhängig von Verwaltungs- und Werbungskosten.

Ein weiteres wichtiges Ziel ist, Kontaktnahme und Informationen zu vermitteln, sowie Patenschaften herzustellen zwischen Leuten, die Geld übrig haben und Projekten, die es gebrauchen können. Deshalb wird Netzwerk zusammen mit anderen Gruppen ein Vermittlungs-und Informationsbüro einrichten.

WOHIN FLIESSEN DIE GELDER DES FONDS?

Die Gelder des NETZWERK-Fonds sollen nicht nur den Mitgliedern und den von ihnen angemeldeten Projekten/Initiativen zugute kommen, auch wenn diese Vorrang haben. Vielmehr können sie für Sachkosten an alle Projekte und zum Lebensunterhalt an Personen vergeben werden, die die NETZWERK-Idee der sozialen, beruflichen und pädagogischen Selbsthilfe praktizieren. Als unterstützungswert gelten danach Projekte,

- die eine demokratische Selbstverwaltung organisieren,
- die modellhaft alternative Arbeits- und Lebensformen entwikkeln, eine soziale Hilfe für Gruppen darstellen, die durch das Raster des Sozialstaates fallen bzw. einen aufklärerischen, emanzipatorischen Charakter haben,
- die nicht auf individuellen Profit gerichtet sind,
- die bereit sind, mit gleichgerichteten Projekten zu kooperieren,
- die personell Kontinuität und organisatorisch Funktionsfähigkeit versprechen,
- die in der Regel längerfristig die Chance bieten, sich wirtschaftlich selbst zu tragen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß viele sinnvolle pädagogische, sozialtherapeutische und künstlerische Projekte dieses Ziel nicht erreichen können.

WER ENTSCHEIDET?

Jedes Netzwerk-Mitglied kann in einer Beitrittserklärung angeben, für welche Projekt-Art (Handwerk, Frauen, Sozialtherapie, Ökologie, Rechtshilfe u.a.) sein Geld verwendet werden soll. Die Voten der Mitglieder binden den Beirat des NETZWERKES, der über die Geldvergabe im einzelnen entscheidet. Der Beirat soll so zusammengesetzt sein, daß Einzelinteressen nicht die Oberhand gewinnen können. Er wird von der Mitgliederversammlung auf 1 Jahr gewählt und setzt sich aus gewählten, gelosten und aus von Projekten delegierten Mitgliedern zusammen.

Von den Mitgliedern auf 1 Jahr gewählt wird der NETZWERK-Vorstand, der sich zur Zeit aus 7 Personen zusammensetzt. Er ist hauptsächlich für die technische Organisation, Verwaltung und Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich. Die Mitglieder informiert er in regelmäßigen Rundschreiben über die NETZWERK-Entwicklung, über Einnahmen und Ausgaben und alle anderen Aktivitäten.

NETZWERK–KONTAKTADRESSEN (Stand 3.11.79)

HAMBURG	Schwarzmarkt, Bundesstr. 9, 2 HH 13 049/4104228
BREMEN	Wall-Commune, Rutenstr. 24, 28 B 1 0421/701165
HANNOVER	Druckerei Offizin, Stiftstr. 11, 3 H 0551/17622
KASSEL	Ev. Studentengemeinde, Gothestr. 96 35 K 0561/36015
MÜNSTERLAND	Knipperdolling, Hammerstr. 35-37 44 Münster 0251/47320
OSNABRÜCK	Georg Patzer, Am Riedenbach 17 45 Osnabrück
RUHRGEBIET	Rosemarie Brasche, Altstadtring 149, 4630 Bochum, 0234/7o2285
BONN	Barbara Senft, Hauptstr. 40, 5307 Pech 02221/365185
KÖLN	Dieter Göbel, Brühler Str. 5 (Schiffhof) 5 K 50, 0221/3857 8
ARNSBERG/SAUERLAND	Jochen Draeger, Gut Bönkhausen, 5760 Arnsberg 2, 02935/743
FRANKFURT/RHEIN-MAIN	Wilfried Weger, Eppsteinerstr. 33, 6 F 1 Pierre Van Kerckvoorde, Holbeinstr. 19 6 Ffm 70
HEIDELBERG/NORDBADEN	Landfriedstr. 16, 69 Heidelberg, 06221/ 13561
STUTTGART	Peter Grohmann, Heusteigstr. 49, 7 S 1, 0711/600551
BODENSEE/OBERSCHWABEN	„scene"-Büro, Neugasse 15, 775 Konstanz 07531/21975
NÜRNBERG	Michael Beck, Prinzregentenstr. 5 85 Nürnberg, 0911/551889

Ich beginne mit der Papillone oder der Flatterlust. Sie ist das Bedürfnis nach periodischer Abwechslung, kontrastierenden Situationen, Szenenveränderungen, pikanten Zwischenfällen, Neuheiten, die geeignet sind, die Illusionen zu wecken, Sinne und Seele anzuregen.
Dieses Bedürfnis macht sich in gemäßigter Form stündlich, in lebhafter Form alle zwei Stunden bemerkbar. Wird es nicht befriedigt, so verfällt der Mensch in Lauheit und Langeweile. .. Da in der genossenschaftlichen Ordnung alle Arbeiten in sehr kurzen Sitzungen von eineinhalb oder höchstens zwei Stunden verrichtet werden, kann jeder im Laufe des Tages sieben bis acht verschiedenen anziehenden Tätigkeiten nachgehen, sie am nächsten Tag wechseln und sich anderen Gruppen anschließen. Dieses Verfahren entspricht dem Wunsch der elften Leidenschaft, der sogenannten Flatterlust, die gerne von Vergnügen zu Vergnügen eilt und jene Exzesse der Zivilisierten zu vermeiden trachtet, die sich viele Stunden lang derselben Arbeit, einem Fest sechs Stunden, einem Ball gar die ganze Nacht widmen, auf Kosten ihres Schlafs und ihrer Gesundheit.
Dieses Vergnügungen der Zivilisierten sind immer unproduktiv...
Aus: Charles Fourier, Aus der Neuen Liebeswelt

EIN JAHR NETZWERK

Seit einiger Zeit ist es stillgeworden um das Netzwerk. Seit der ersten Mitgliederversammlung, mit der die Gründungsphase abgeschlossen wurde, tauchten nur noch manchmal Randnotizen über das eine oder das andere geförderte Projekt auf. Beiträge zu der anfangs heftig geführten Diskussion über den Sinn und die Gefahren des Projekts, seine demokratischen oder Macherstrukturen usw. sind ausgeblieben... seit das Netzwerk praktisch arbeitet.

Das Schweigen ums Netzwerk hat — um mit der Kritik zu beginnen — sicher etwas mit dem Politikverständnis vieler Alternativer und Linker zu tun: Sie erinnern mich an kleine Kinder, die vor einer großen Kiste sitzen und daraus ein Spielzeug nach dem anderen hervorziehen, um es schon nach kurzer Zeit wieder wegzulegen und ein neues Spiel anzufangen. (Zum Schluß kommt dann die Mamma und räumt alles wieder auf.) Das hat aber auch damit zu tun, daß das Netzwerk genau das nicht wurde, was viele in der damaligen Situation forderten bzw. befürchteten: eine Vernetzungsinstitution unter verschiedenen alternativen und politischen Projekten und Initiativen. Worum es sich beim Netzwerk dreht, ist das GELD. Alles andere spielt eine ausgesprochene zweite Geige.

Und über Geld spricht mensch ja bekanntlich nicht, bzw. nur dann, wenn mal wieder dringend welches gebraucht wird. (Sprechen wir mit Netzwerk!)

Lassen wir also erst mal die Zahlen sprechen. Mitglieder sind es derzeit ca. 3600, davon Berliner 2100. Sie zahlen monatlich ca. 50.000 DM. Davon können vergeben werden ca. 40.000 DM. Der Rest geht für Verwaltungskosten, Werbung etc. drauf bzw. wird von den Mitgliedern nicht bezahlt.

Kurzgeschichte April — November 79:
Nach der ersten Mitgliedsversammlung im April, auf der die unterschiedlichen Vorstellungen über ein Netzwerk der Projekte bzw. ein Netzwerk der zahlenden Mitglieder noch einmal aufeinanderprallten, und ihren Niederschlag auch in den Wahlen zu einem neuen Vorstand und Beirat (in dem nun acht Projektevertreter statt sechs sitzen) fanden, herrschte innerhalb der Netzwerkgruppe der große Abschlaff: Einige aus dem alten Trägerkreis zogen sich enttäuscht zurück, andere blieben einfach so weg. Alle schalteten erst mal auf Sparflamme. Es dauerte einen geschlagenen Monat, bis wir die Ergebnisse der Mitgliederversammlung in einem Rundbrief dokumentierten. Die Post und auch die Anträge stapelten sich. Selbst die Buchhaltung drohte alternativ zu werden. Einer der ersten wichtigsten Beschlüsse bestand deshalb auch darin, zwei bezahlte Halbtagsstellen für Buchhaltung und Mitgliederkartei einzurichten. Später, als das Sommerloch auch im Herbst noch gähnte, wurden zwei weitere Halbtagsstellen für Info-Dienst und Materialversand eingerichter. Die einzelnen Arbeitsgruppen, in denen die Netzwerkarbeit erledigt wird (Info-AG, Öffentlichkeits-AG, Antragsbearbeitungs-AG) konstituierten sich mühsam. Als regelmäßig tagende Gruppe ist davon mittlerweile nur die Antragsbearbeitungs-AG übrig geblieben, in der alle Projektanträge, bevor sie im Beirat besprochen werden, bearbeitet werden. Das heißt, alle noch notwendigen Informationen werden zusammengetragen. Es wird abgecheckt, ob nicht andere Geldquellen dafür aufzutun sind, ob gezielte Beratung sinnvoll ist etc. Die Info-AG, die leider aus viel zu wenigen besteht, arbeitet nach wie vor verbissen an der Aufstellung von Karteien: über anderweitige Finanzquellen, Experten für Steuer- und Betriebswirtschaftsfragen (deren Mangel bei vielen Projekten zu vermeidbaren Miseren führt), Alternativprojekte (nach Branchen geordnet). Wer ihr dabei behilflich sein kann, melde sich bei Michael oder Benny, Tel 030 / 6123037.

Regionalisierung

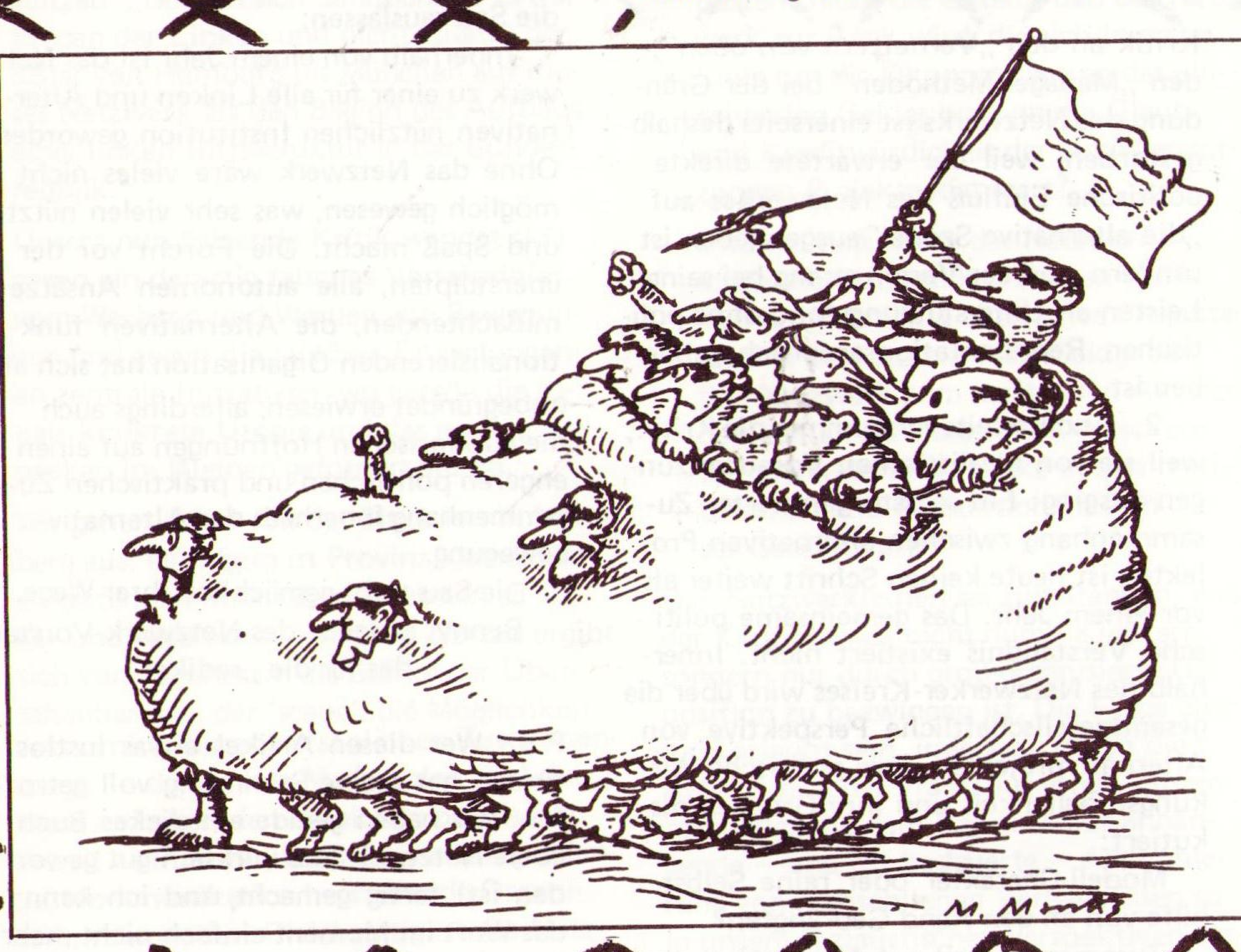
Seit einigen Monaten sprießen überall in Westdeutschland Netzwerk-Initiativen. Mittlerweile gibt es schon 15 Gruppen, die in ihrer Region ein eigenständiges dezentrales Netzwerk aufbauen wollen. In Frankfurt und Heidelberg wurden schon eigene Vereine gegründet, die sich demnächst, wenn sie 500 Mitglieder in ihrer Region gesammelt haben, ganz von der Muttersau abnabeln werden. Im September fand in Köln ein erstes Treffen aller regionalen Initiativen statt, auf dem die Modalitäten der Regionalisierung besprochen wurden und über ein gemeinsames Selbstverständnis diskutiert wurde. Teilweise gehen diese Initiativen ganz anders an die Sache ran, als es in Berlin getan wurde: In Hannover beispielsweise sind es vor allem etwa 30 Projekte, die das Netzwerk tragen und denen es in erster Linie um Vernetzung untereinander geht. In Arnsberg im Sauerland besteht das Netzwerk aus ca. 20 Leuten, die in der Provinz erstmal sowas wie eine linke Infrastruktur auf die Beine bringen wollen. In Hamburg wiederum haben sich die Netzwerker ganz nach dem Berliner Modell schon gründlich zerstritten. In Köln gibt es gar zwei konkurrierende Netzwerk-Initiativen. In fast allen Initiativen spielt das Sozialistische Büro (SB) eine wichtige Rolle. In Heidelberg und Frankfurt besteht zum Beispiel der harte Kern der Initiativen aus den ehemaligen Russell-Initiativen. Dort zeichnet sich eine ähnliche Konstellation wie hier in Berlin ab. Viele Projekte sind mißtrauisch gegen diese „szene-fremden" Vernetzer.

Bleibt zu hoffen, daß aus unseren Erfahrungen hier soviel gelernt wird, daß der Prozeß der Annäherung nicht ganz so mühsam ist.

Netzwerk-Fete bei der „Fabrik":

Die Fete zur nächsten Mitgliederversammlung wird auf dem UFA-Gelände stattfinden. Gefeiert wird gemeinsam ein Jahr Netzwerk und die erfolgreiche Eroberung des Geländes. Wer auf der ersten öffentlichen Veranstaltung oder der letzten Mitgliederversammlung war, weiß, was das bedeutet. Die Fabrik war damals der schärfste Kritiker des Netzwerks gewesen, hatte mehr oder weniger zu dessen Boykott aufgerufen. Die plötzliche Gemeinsamkeit wurde allerdings nicht in harten Diskussionen über strittige Punkte erreicht, sondern scheint sich mehr unter der Hand ergeben zu haben. Immerhin wurden bisher von Netzwerk direkt 30.000, indirekt weitere 10.000 DM für das UFA-Gelände locker gemacht und außerdem ein Aufruf zur Direktförderung an alle Berliner Mitglieder verschickt. Die Verhandlungen über dieses Geld wurden, ich kann mir nicht helfen, mit dem gleichen Geschick und irgendwie auch auf der gleichen Ebene geführt wie die mit dem Senat. Bei aller Freude darüber, daß hier ein Graben zwischen Linken zugeschüttet wurde, habe ich dabei ein ungutes Gefühl: Mit was wurde er gefüllt?

Die Öffentlichkeitsarbeits-Gruppe hatte vor allem damit zu tun, die bürgerliche Presse mit Material zu versorgen (Alternativen sind ja der Hit der Saison). Außerdem wurde ein Werbefilm gedreht, der in manchen Kinos läuft und das allseitig bekannte Netzwerk-Faltblatt hat mittlerweile eine Auflage von über 100.000 Stück. Alles andere lief im Vorstand, der sich mittlerweile wöchentlich trifft, um die wichtigsten Probleme zu lösen und Aufgaben zu verteilen. Während der erste dreiköpfige Vorstand ein eingespieltes Macher-Team war, hat der jetzige siebenköpfige Vorstand (übrigens das einzige derartige Gremium, das ich kenne, in dem mehr Frauen sitzen als Männer) eher repräsentativen Charakter. Alle seine Mitglieder stecken bis über die Ohren in anderer Arbeit, und so haben wir uns im wesentlichen darauf beschränkt, auf das zu reagieren, was auf uns zukam. Bis heute herrscht in der Gruppe eine eher frostige Atmosphäre. Das Mißtrauen zwischen Alternativen und „alt-linken Machern" sitzt tief. Aber Widersprüche sind nicht die schlechteste Bewegungsform, und ein nicht allzu starker Vorstand schadet der Selbstorganisation auch nicht. Der Beirat mußte sich in der neuen Zusammensetzung auch erst einmal zusammenraufen. Die allgemeinen Kriterien, wie sie in dem Faltblatt angegeben sind, stellten sich als nichtausreichend für die Beurteilung von Projekten heraus, vor allem als klar wurde, daß das Netzwerk zwar viel, aber dennoch viel zu wenig Geld zu vergeben hat und deshalb Prioritäten setzen muß. Anfangs hatte der Beirat sich nämlich um klare Stellungnahmen und harte Diskussionen auf dem Wege des geringsten Widerstandes vorbeigemogelt: Es wurden einfach



Netzwerk-Selbsthilfe, zweite Mitgliederversammlung, Samstag, 1.Dezember, 11 bis 19 Uhr.

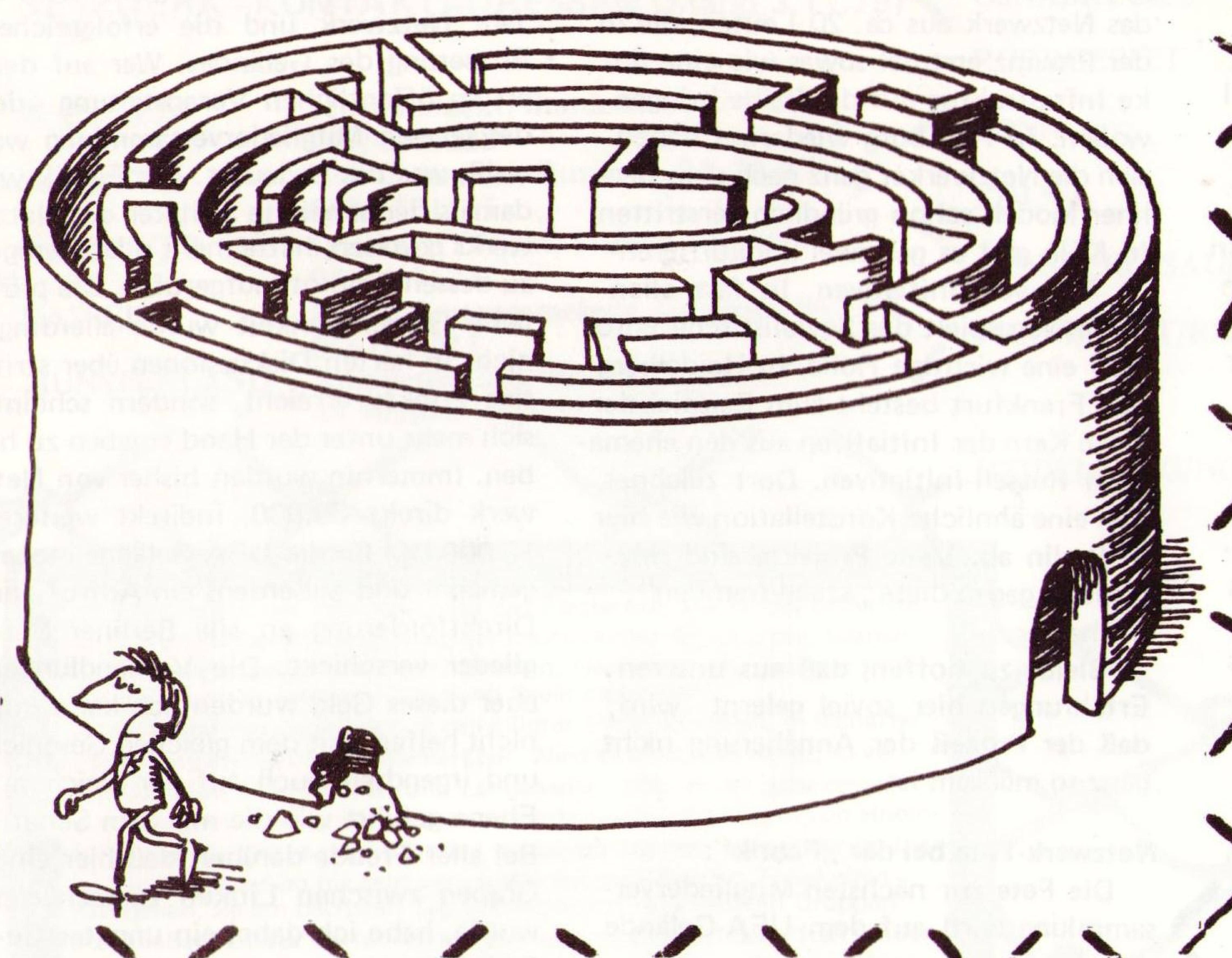
11 bis 13 Uhr: erstes Plenum: Berichte von Vorstand, Beirat und Arbeitsgruppen, Diskussion;

14 bis 14 Uhr: Projekte informieren – Essen.

14 bis 17 Uhr: Arbeitsgruppen zu folgenden Themen: Regionalisierung, Probleme der Antragsbearbeitung, Öffentlichkeitsarbeit, Informations- und Vermittlungsdienst. . . , „welche politische Wirkung kann das Netzwerk haben?" (Die Arbeitsgemeinschaften können am Sonntag fortgesetzt werden).

17.30 Uhr: 2. Plenum: Berichte der AGs, Beschlüsse.

Und anschließend: Fete auf dem UFA-Gelände.



alle Projekte gefördert, die einen Antrag stellten, nur manchmal ein bißchen weniger Geld als beantragt. Die Diskussion um einzelne Projekte waren oft peinlich inkompetent und arrogant. Es dauerte eine ganze Weile, bis ein praktikabler Mittelweg zwischen Weihnachtsmannspielen und alternativer Inquisition gefunden wurde. Mittlerweile ist er nach einigen grundsätzlichen Diskussionen und einem Brand brief des Vorstandes („Bald sind wir pleite!") auf dem besten Weg dazu. Dennoch habe ich manchmal den Eindruck, daß die Tragweite der Beschlüsse, die da gefällt werden, nicht allen Beiratsmitgliedern wirklich plastisch vor Augen steht. Die Situation über die weitere Zukunft eines Kollektivs, das bei allen Informationen einem doch fremd ist, entscheidend mitzubestimmen, ist einfach problematisch. Dort, wo solche Zusammenschlüsse existieren, hat der Beirat in letzter Zeit des öfteren die Empfehlung ausgesprochen, sich doch gemeinsam ans Netzwerk zu wenden und in fachkundigerem Kreise über die erforderlichen Geldmengen zu sprechen. Übrigens unterscheiden sich Projektevertreter, gewählte und gezogene Beiräte, nicht wesentlich in ihrer Argumentation und ihrem Verhalten. Dies liegt natürlich auch daran, daß keines der gewählten Projekte die einzelnen Anträge vorher gemeinsam bespricht und dann seinem Vertreter ein Mandat erteilt. Auch bei der „radikal" hat sich der basisdemokratische Anspruch im wesentlichen als Spruch erwiesen.

Aber die Kritik von damals kam nicht allein von den Fabriklern und wurde nicht nur von ihnen mehr oder minder stillschweigend eingestellt. Für mich drückte sich damals folgendes aus: 1. Die Kritik an den „Vernetzern von oben", den „Manager-Methoden" bei der Gründung des Netzwerks ist einerseits deshalb gestorben, weil der erwartete direkte politische Einfluß des Netzwerkes auf „die alternative Szene" ausgeblieben ist sondern und der Verein streng bei seinen Leisten als Unterstützungsfond ohne politischen Repräsentationsanspruch geblieben ist.

2. Andererseits verstummte die Kritik, weil sie von idealistischen Voraussetzungen ausging: Ein selbstorganisierter Zusammenhang zwischen alternativen Projekten ist heute keinen Schritt weiter als vor einem Jahr. Das gemeinsame politische Verständnis existiert nicht. Innerhalb des Netzwerker-Kreises wird über die gesamtgesellschaftliche Perspektive von Alternativprojekten, ihre politische Wirkungsmöglichkeit und ihre Grenzen diskutiert:

Modell-Charakter oder reine Selbsthilfe von an den Rand Gedrängten?

Zusammenarbeit mit Alternativen und Grüner Liste einerseits/Gewerkschaftern andererseits?

Lückenbüßer in nicht mehr rentablen Bereichen oder Ansätze einer neuen Wirtschaftsform?

Eine Neuauflage der Genossenschaftsbewegung mit notwendig gleichem Ausgang (à la Neue Heimat und Bank für Gemeinwirtschaft?

Das Manko dieser Diskussionsansätze ist allerdings, daß man sich über eine gemeinsame politische Zielsetzung in dem breiten politischen Spektrum der Beteiligten nicht einig ist und sie von daher auch keine direkten praktischen Konsequenzen haben. Dies ist aber auch ein Vorzug. Unter denkbar breitester Beteiligung wird auch hier nach einem tatsächlich neuen gemeinsamen Konzept gesucht, das sich derzeit innerhalb der alternativen linken Bewegung und um sie herum allenthalben anzudeuten beginnt.

Ich habe versucht, keinen glatten Jubel-Artikel zum ersten Geburtstag des Netzwerkes zu fabrizieren. Aber am Schluß möchte ich doch mal ein bißchen die Sau rauslassen:

Innerhalb von einem Jahr ist das Netzwerk zu einer für alle Linken und Alternativen nützlichen Institution geworden. Ohne das Netzwerk wäre vieles nicht möglich gewesen, was sehr vielen nützt und Spaß macht. Die Furcht vor der überstülpten, alle autonomen Ansätze mißachtenden, die Alternativen funktionalisierenden Organisation hat sich als unbegründet erwiesen; allerdings auch die euphorischen Hoffnungen auf einen engeren politischen und praktischen Zusammenhang innerhalb der Alternativbewegung.

Die Sau trabt gemächlich ihrer Wege.

Benny, Mitglied des Netzwerk-Vorstandes für die „radikal"

P.S.: Wer diesen Artikel etwas lustlos findet, hat meine Stimmung voll getroffen. Wir haben gerade ein dickes Buch übers Netzwerk (das wirklich gut geworden ist) fertig gemacht, und ich kann das Wort im Moment einfach nicht mehr hören.

NETZWERK ODER NETZZWERG

Nürnberger denken darüber nach, warum sie kein Netzwerk wollen

In der Tat: Es klingt faszinierend, was das Netzwerk Selbsthilfe seit seiner Gründung im November vergangenen Jahres an Erfolg und Begeisterung (allein zahlenmäßig) aufweisen kann: Fast 4000 Mitglieder, macht im Monat über 50.000 Mark, wenn alle zahlen. Und das alles zur Beförderung von selbstorganisierten Projekten, einer Bewegung, die in letzter Zeit zunehmend zu einem Schwerpunkt linker Politik durch ihre konkret-sinnliche Erfahrbarkeit als Alternative zu den herrschenden Produktions-, Handels- und Verkehrsformen geworden ist.

Doch wie zurecht bescheiden die Netzwerk-Initiatoren sich auch äußern und nicht mehr wollen als „solche Projekte .. durch Vermittlung von Geld, Personen, Kontakten und Informationen zu unterstützen", richten sich dennoch die Erwartungen der Linken und nicht zuletzt der SBler von Hamburg bis München auf dieses Netzwerk als den Beginn des Aufbaus einer linken Infrastruktur in der Bundesrepblik.

Unsere nun folgende Kritik wendet sich gegen ein derartig falsches Verständnis vom Wachsen und Werden von Bewegungen und gegen die falschen Erwartungen an zentrale Initiativen, wo gerade die lokale konkrete Utopie und das mutige Anpacken im Kleinen gefordert wären.

Wir gehen dabei von der Situation in Nürnberg aus. Nürnberg ist Provinz, gemessen an geltenden Maßstäben machtvoller linker und Alternativbewegung. Daraus ergibt sich von vornherein die Stärke der Überschaubarkeit, der 'scene', die Möglichkeit des unmittelbaren persönlichen Zusammenhangs. In den linken Metropolen sind die Risse zwischen den Bereichen politischer Arbeit viel breiter, ist also eine übergreifende, Kommunikation herstellende Organisation sinnvoller. Gleichzeitig ist das Netzwerk dort weniger gefährlich, weil die linke Öffentlichkeit und die Möglichkeiten zur Gegenwehr stärker entwickelt sind. Dennoch: unsere Kritik an den falschen Hoffnungen gilt auch für Städte wie Berlin, Köln und Frankfurt.

Netzwerk-Mitglieder und Netzwerk-Projekte

Das Netzwerk bemüht sich, einen engen Kontakt zwischen Geldgebern und Projekten herzustellen. Andererseits muß das Netzwerk gemäß seiner Konzeption natürlich bemüht sein, die Zahl der Spender und der unterstützten Projekte auszuweiten. Hier tun sich die ersten, entscheidenden Fragen auf, die die Problematik einer derartigen Konzeption grundsätzlich berühren:



Rechts: Herbert und Thomas, die Verfasser des Artikels

— Wenn von Anfang an organisierte Vermittlungsarbeit nötig ist, wann schlägt diese Organisation ungewollt in abgehobene Bürokratie um?

— Besteht nicht die Gefahr, daß das Netzwerk zur Bank wird, die sich in erster Linie um die Ökonomisierung des eingehenden Geldes und um die Glaub- und Kreditwürdigkeit der zu unterstützenden Projekte kümmert?

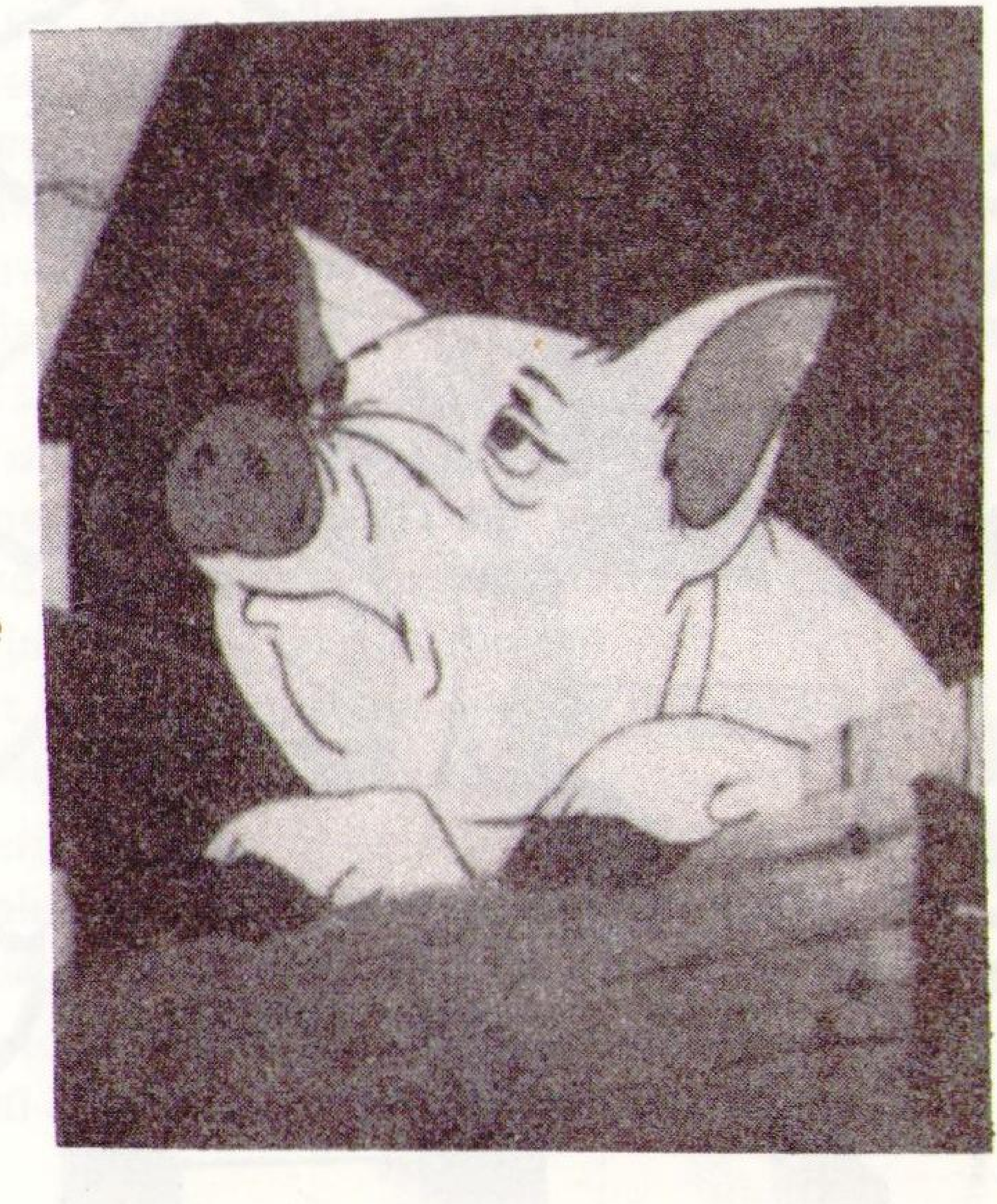
— Und wo verkommt das Netzwerk schließlich zur willkommenen Melkkuh für geschickte alternative Projekte-Macher und wo wird das Geldgeben fürs Netzwerk zum karitativen Akt des Schlechten-Gewissen-Weiß-Waschens für gutverdienende Linke in den Institutionen und Produktionsstätten dieser Gesellschaft?

Den Netzwerkleuten sei zugestanden, daß der Kapitalismus nicht durch Kleckern, sondern nur durch groß-organisierte Opposition zu bezwingen ist. Die Frage aber muß erlaubt sein, inwiefern durch die Ausrichtung der Praxis auf große Zusammenhänge die dem Kapitalismus anhängende — und oft bedauerte — Abstrahierung von menschlichen Verhältnissen so in unsere sozialistischen Perspektiven verlängert wird.

Die Vorkehrungen, die die Netzwerk-Leute, sich der Problematik wohl bewußt, zur Gegensteuerung getroffen haben, wirken in diesem Zusammenhang eher hilflos. Die Hilfskonstruktion etwa des Votums für den Geldgeber, „für welche Art von Projekten sein Geld verwendet werden soll" oder die Möglichkeit der Kontrolle durch die Netzwerk-Mitgliederversammlung (wie sie eine Aktionärsversammlung auch hat), zeigen eher den großen Mangel, der der Netzwerk-Konzeption anhaftet: Ein Zusammenhang (hier zwischen Geldgebern und Projekten) muß dort organisiert hergestellt werden, wo er nicht ursprünglich und unmittelbar vorhanden oder gewachsen ist. Die Frage ist also nicht, ob die Netzwerkmitglieder noch wissen, wo ihr Geld hinfließt oder ob sie ausreichende Kontrollmöglichkeiten haben. Wenn es uns um den Aufbau einer linken Infrastruktur geht, dann haben wir vielmehr zu fragen, wie die Beteiligten — Projekte-Macher und Geldgeber — selbst in den Projekten mit drinstecken, wie die sinnlichen, produktiven, weil unmittelbaren Beziehungen gestaltet werden können.

Beteiligt sein heißt mehr

Für uns geht es bei alternativen Projekten weniger um die Produkte, Vergegenständlichungen, Waren, die als Ergebnis rauskommen, als vielmehr darum, neue Bedürfnisse, Lebens- und Arbeitsstrukturen zu entwickeln, neue Individualität und Kollektivität zu schaffen. Das ist die Sprengkraft der Alternativbewegung, ihre gesellschaftliche Bedeutung. Der Versuch, über die vorhandenen gesellschaftlichen Beschränkungen und Möglichkeiten hinaus schon eine neue Daseinsqualität konkret vorzuleben, macht sie zu einem unumgänglichen Schwerpunkt linker Politik heute und in der Zukunft. In diesem Prozeß aber können wir, die wir unseren Lebensunterhalt 'normal' verdienen, nicht außen stehen, wohlwollend und vielleicht



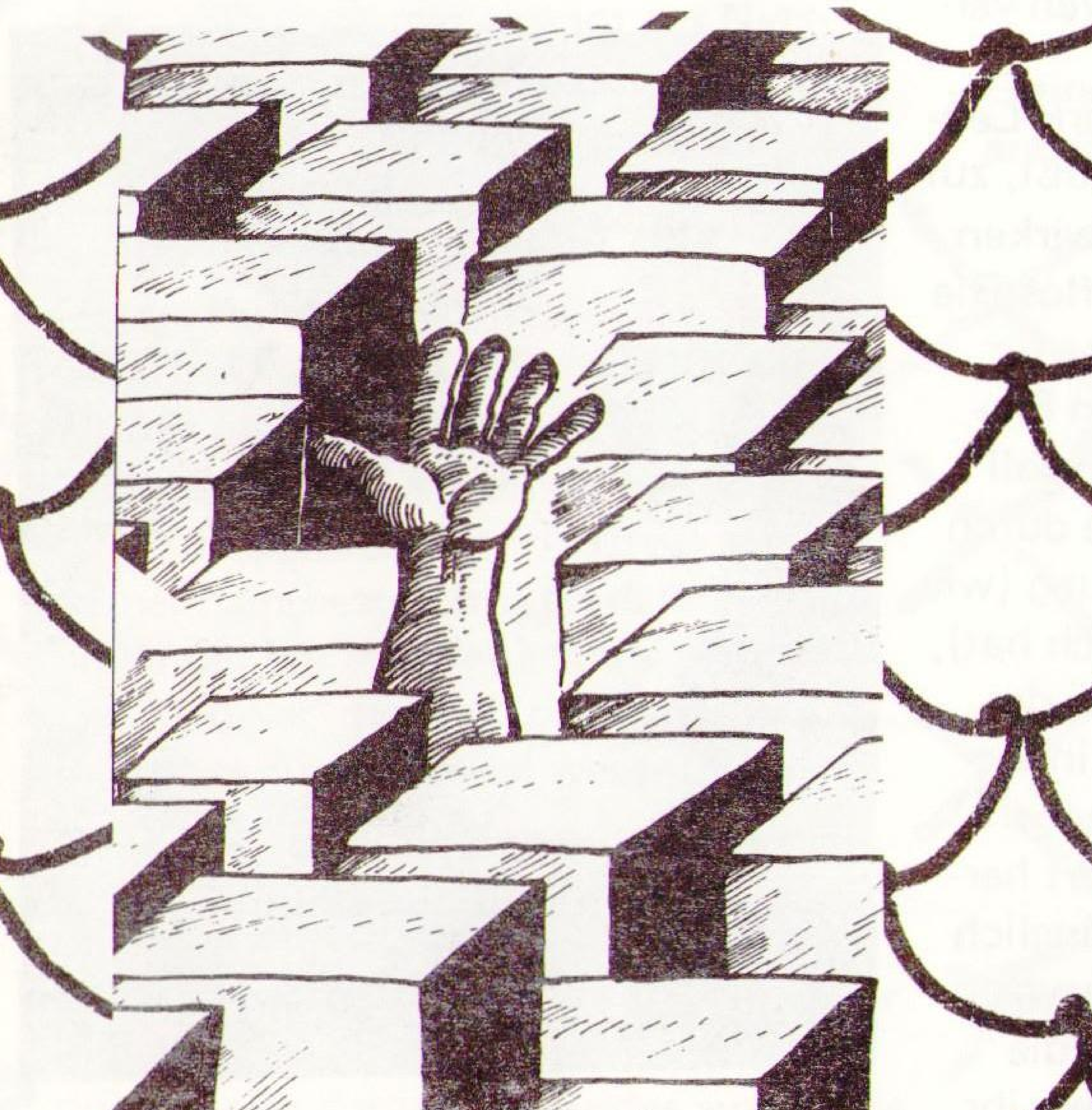
ein bißchen neidisch beobachtend. Wir müssen uns beteiligen. Und eine Art der Beteiligung ist die der finanziellen Unterstützung, um solche Projektversuche überhaupt möglich zu machen und um sie zu entlasten, den Druck zu lindern, dem sie aufgrund des geltenden Wertgesetzes ausgeliefert sind, sie von der totalen Herrschaft der Warenbeziehungen entbinden.

Doch genau an diesem Punkt müssen wir aufpassen: Hier besteht die Gefahr, daß 'unser' Geld die Rolle des alleinigen Vermittlers annimmt, daß wir uns seinem Diktum unterwerfen. Hier kann das Geld seine Rolle als Vermittler menschlicher Beziehungen unter dem Siegel der sozialistischen Solidarität ungehindert spielen, besonders dann, wenn uns keine andere Beteiligung an der Alternativbewegung einfällt, als das bloße Zur-Verfügung-Stellen unserer überschüssigen Einkünfte und Ersparnisse.

Beteiligt sein heißt mehr. Es heißt, sich mit mit seinen Bedürfnissen und Sehnsüchten in Projekte mit einzubringen. Ansprüche zu stellen aber auch mitzumachen. Projekte dürfen kein Vor-leben oder Vor-machen sein, sondern wir müssen uns beteiligen mit unserer Arbeitskraft, mit Kopf und Händen, mit unserem Gefühl und mit unseren Wünschen und unserer Vorstellungskraft und mit unserem Geldbeutel. Dann erst wird das Geld die untergeordnete Rolle spielen, die ihm dabei zusteht.

So wollen wir Zusammenhänge stiften, die beiden Seiten etwas bringen denjenigen, die sich (wenigstens eine Zeit lang) existenziell auf ein Projekt einlassen und uns, die wir in diesem Sinn doch außen stehen. Das meinen wir, wenn wir vom Aufbau einer linken Infrastruktur reden: Wir müssen auf die Herstellung kleiner Zusammenhänge gehen, nicht auf die Herstellung großer Zusammenhanglosigkeit.
Der Netzzwerg ist gefragt, nicht das Netzwerk!

Herbert Meixner und Thomas Röbke vom SB Nürnberg
(alle Zitate aus links 4/79, S. 29ff.)



Selbsthilfe Netzwerk — Initiative Hannover

DER VERSUCH, ES ETWAS ANDERS ZU MACHEN..

Die Netzwerk-Initiative Hannover zieht eine Zwischenbilanz. Anlaß dafür ist das Treffen der verschiedenen Netzwerk-Initiativen im gesamten Bundesgebiet am 14.9.79 in Köln.

ES BEGANN....

Anfang März dieses Jahres. Die Initiative ging vom ‚Umbruch', einer hannoverschen Zeitung, aus. 30 Initiativen und Projekte wurden angeschrieben. In der ‚Stadtpost' erschien eine Einladung. Ungefähr 30 Menschen kamen zusammen.
Es bestanden von Anfang an in etwa 3 verschiedenen Positionen:

1. Ein wirksamer Selbsthilfefond könne nur zentral, möglichst bundeseinheitlich aufgebaut werden, weil erst dann die nötigen Gelder in der nötigen Größenordnung gesammelt und verteilt werden könnten...
2. Ein zentral verwalteter Selbsthilfefond bedeute zwangsläufig eine Loslösung von der Basis, die Reduzierung der Hilfe auf eine rein ökonomische Unterstützung, mit der fortwährenden Gefahr, daß die Geldverteilung permanenten Hick-Hack erzeugt, weil der Informationsfluß und der gegenseitige, inhaltliche Erfahrungsaustausch zwangsläufig zu kurz käme...
3. Zentraler oder dezentraler Selbsthilfefond: es entstünde so oder so ein organisatorischer „Wasserkopf". Die Alternative wäre, Patenschaften zu vermitteln zwischen unterstützenden und unterstützten Projekten bzw. Individuen...

BETEILIGT SIND...

überwiegend Projekte (ca. 30) und ein paar ‚Alleinstehende' aus der Region Hannover. Die meisten Teilnehmer brauchen im Augenblick keine geldliche Unterstützung.

Es gibt zweierlei Arten von Projekten: die einen können von ihrer gemeinsamen Arbeit leben (Planungsbüros, Buchläden, Druckereien...), die anderen sind für ihre Arbeit auf (öffentliche) Unterstützung angewiesen (Frauenhaus, UJZ, Sozialarbeit ...) bzw. betreiben ihre Projektarbeit nebenberuflich (Stadtzeitung). Daraus folgen unterschiedliche Ansprüche an einen Fond: die einen können vielleicht tendenziell Geld abgeben, die anderen brauchen welches.

Dennoch war das Interesse, sich erstmal gegenseitig kennenzulernen und eventuell Gemeinsamkeiten herauszufinden, überall groß. Auch unter den ‚Alleinstehenden', von denen einige im Kopf hatten, selbst mal ein Projekt ins Leben zu rufen.

INHALTLICH ...

hat sich das „sich Vorstellen" und die Selbstdarstellung der Projekte in Richtung auf einen Erfahrungsaustausch entwickelt. Den Anfang machte das UJZ Kornstraße. Die dort engagierten Freunde nahmen das 7-jährige Bestehen der „KORN" zum Anlaß, sich einmal für ein Wochenende mit ihren Erfahrungen in den Mittelpunkt des Interesses der Netzwerker und weiterer Besucher zu stellen. Man versuchte Bilanz zu ziehen, Fragen in einer größeren Öffentlichkeit zu besprechen und Perspektiven heraus zu finden.
In diesem Rahmen schälte sich das Selbstverständnis der hannoverschen Netzwerkinitiative deutlicher heraus:
Sich über inhaltliche Zusammenarbeit kennenlernen, praktische Zusammenarbeit organisieren, um dann mit Geld (soweit vorhanden) wirklich alternativ umgehen zu können, nämlich solidarisch. Man trifft sich seitdem abwechselnd in den Räumen derjenigen Gruppe, die sich und ihre Arbeit vorstellt.

Die Solidarität, die man untereinander mit dem Netzwerk anstrebt, erfolgt nicht nur, um Angriffe auf erkämpfte Positionen abzuwehren, sondern sie ist auch Ausdruck eines Gefühls füreinander.

Allein über das Einsammeln, Verwalten und Verteilen von Geld entsteht sie noch nicht. Solidarität setzt vielmehr gegenseitiges Vertrauen voraus. Dazu gehört, daß man sich zunächst einmal gegenseitig dort akzeptiert, wo jedes Projekt, wo jeder Einzelne heute mit seinem Versuch, sich mit den politischen Zuständen in unserem Land auseinanderzusetzen, steht. Dadurch, daß man sich gegenseitig in den jeweiligen Positionen ernst zu nehmen versucht, entsteht ein Klima, in dem man sich zutrauen kann, den Hick-Hack wegen der Geldverteilung zu vermeiden. Die bisherige Entwicklung der hannoverschen Initiative gibt z.B. Anlaß, Hoffnungen zu haben: da entwickelt sich was, ein Zusammenhang und Zusammenhalt. In Ruhe. Ohne Hick-Hack.

ORGANISATORISCH...

sieht das so aus, daß regelmäßig (alle 14 Tage) Treffen verabredet werden. Das Anfertigen von Protokollen wird jeweils vereinbart, sie werden allen Beteiligten zugeschickt. Interessierte können jederzeit dazu kommen, für sie gibt's eine Anlaufstelle, ein Büro, in dem Material aus der bisherigen Arbeit gesammelt ist. (Selbsthilfe Netzwerk Hannover c/o Offizin, Stiftstr. 11, 3000 Hannover)

CHRONIK DER INITIATIVE IM RHEIN/MAIN-GEBIET

Liebe Berliner!

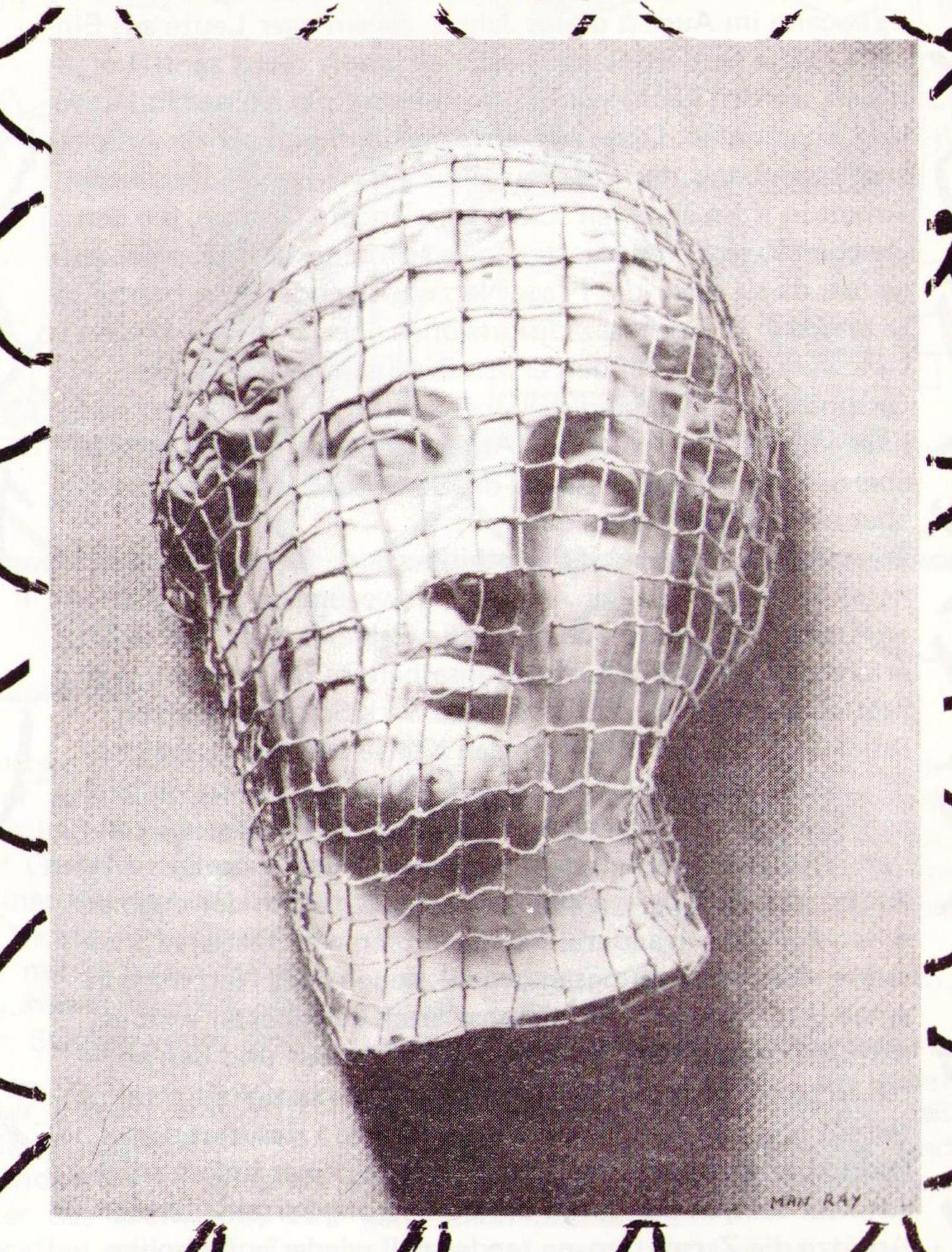
Jan./Feb. 79: Den Anfang macht ein Teil der Frankfurter Russell-Gruppe, sie sehen im Netzwerk eine Möglichkeit, nach der zweiten Sitzungsperiode des Russell-Tribunals sinnvoll weiterzuarbeiten und von der Anti-Repressionsarbeit überzugehen zu einer Arbeit, die positiv Veränderungsmöglichkeiten angeht. Wegen der geringen Mitarbeit von Projekten und der Konflikte in Berlin wollen wir sehr öffentlich vorgehen, um von Anfang an allen Interessierten und den Projekten die Möglichkeit zu geben, sich zu informieren und die Entwicklung zu beeinflussen. Wir wollen dadurch auch vermeiden, daß wir Regelungen schaffen, die von der Realität der Projekte völlig abgehoben sind. Wir informieren uns über die Situation im Berliner Netzwerk und machen erste Überlegungen.

10.6.79: Zu diesem Termin laden wir alle Netzwerkmitglieder und die uns bekannten Projekte zu einem Kontaktgespräch ein, 60 Personen kommen, darunter viele Projekte der Region um Frankfurt. Damit ist klar, daß es das Interesse an einem regionalen Netzwerk wirklich gibt.

Juni/Juli: Arbeitsgruppen entwerfen unsere Satzung und eine Selbstdarstellung für die Öffentlichkeitsarbeit, die genauer ist und mehr auf die Probleme und Konflikte eingeht, als das Faltblatt, mit dem das Berliner Netzwerk wirbt. Die dritte Arbeitsgruppe, die an der Vernetzung von Projekten untereinander arbeiten wollte, scheiterte mangels Beteiligung, womit endgültig entschieden war, daß die Verbindung der Projekte nicht die wichtigste Aufgabe unseres Netzwerks sein kann.

September: Bei 2 Treffen werden die Öffentlichkeitsarbeit koordiniert und die Gründung vorbereitet. Bei dieser Arbeit beteiligen sich nur wenige Interessierte aus den Städten und Gebieten außerhalb Frankfurts, und auch die nicht kontinuierlich. Damit wird die Gefahr immer größer, daß Frankfurt auch im später gegründeten Netzwerk ein erdrückendes Übergewicht bekommen würde, obwohl es im Umland und den anderen großen Städten der Region das Interesse an einer Intensivierung der Beziehungen zu Frankfurt über das Netzwerk gibt. Wir gehen das Problem an, indem wir gezielt zentrale Gruppen und Projekte dieser Region ansprechen, damit auch dort die Diskussion über das Netzwerk in Gang kommt.

20. Oktober: Die Gründung. Es sind etwa 70 Menschen anwesend, davon 10 Vertreter von Projekten und 40, die schon in Berlin Mitglieder sind oder in's regionale Netzwerk eintreten wollen. Wir haben zu Anfang Berichte vom Berliner Netzwerk und der Regionalinitiative diskutieren darüber und beantworten Fragen. Dann wird die Satzung diskutiert und beschlossen — so langwierig, wie Satzungsdiskussionen nun mal sind — (eine Regelung ist, daß Vorstands- und Beiratssitzungen für Mitglieder öffentlich sein müssen, aber sonst weicht die Satzung kaum von der Berliner ab) ein 7-köpfiger Vorstand gewählt.



Jetzt: Es folgt eine massive Werbekampagne. Der Höhepunkt wird ein Großveranstaltung mit Theater, Musik, Ständen von regionalen Projekten und Informationen. Wir machen auch einen eigenen Aufruf, dem Netzwerk beizutreten, der von Prominenten und Projekten aus unserem Gebiet unterzeichnet wird. Dabei merken wir, daß das Interesse am Netzwerk bei Projekten inzwischen erheblich größer geworden ist, besonders bei den Projekten aus der Region um Frankfurt. Auch deren Mitarbeit nimmt zu.

Wir werden erst auf der ersten Mitgliederversammlung Anfang '80 einen Beirat wählen und danach voll über unser eigenes Geld verfügen. Solange werden die Gelder der neu eintretenden Mitglieder eingefroren.

Unsere Vorstellungen, was nach der Gründung geschehen soll, sind noch sehr unkonkret. Zwar wollen wir ein Netzwerk aufbauen, das nicht nur Geld verteilt, sondern auch auf andere Weise die Projekte unterstützt, Informationen vermittelt und Kontakte, den Zusammenhang („praktisch tätige Zusammenarbeit") zwischen Alternativprojekten und berufstätigen Linken fördert und das Wissen über die Alternativbewegung verbreitert. Und dies alles soll den gleichen Rang haben wie die finanzielle Hilfe. Aber unsere Überlegungen, wie wir das tun können, sind noch lange nicht ausgereift. Um die Mitglieder stark zu beteiligen, wird die Mitgliederversammlung früh gemacht, und das bringt ja auch viel Diskussion mit sich. Aber gerade für den Kontakt zu den Projekten und die Info-Stelle fehlt es an Ideen und Mitarbeitern.

Unsere Kontaktadressen:
Wilfried Weber, Eppsteinerstr. 33, 6000 Frankfurt 1
Pierre Van Xerckvoorde, Holbeinstr. 19, 6000 Frankfurt 70
Und unser eigenes Konto:
Konto-Nummer 95 100-601 beim Postscheckamt Frankfurt

KÖLNER NETZWERK–SELBSTHILFE–INITIATIVE

Geschichte und fragmentarische Selbstdarstellung

Es begann im August dieses Jahres, als ein paar Leute aus Einsicht in die Notwendigkeit, daß Selbsthilfe nicht zentral organisiert werden kann, sich hinsetzten und die Kölner Initiative ins Leben riefen. Diese Initiative verstand sich als ein Arbeitszusammenhang, der Vorschläge für eine regionale Netzwerk-Arbeit in Köln erstellen sollte. Eine andere Gruppe, die den gleichen Zweck intendierte, hatte sich sang- und klanglos aufgelöst, da sie mehr die Frage Netzwerk ja oder nein bearbeitete und sich in Grundsatzdiskussionen über Sinn und Unsinn vo Netzwerk erging. Bei den ersten Diskussionen in unserer Gruppe stellte sich bald die Übereinkunft ein, sich am "Berliner Modell" der Netzwerk Arbeit zu orientieren. Deshalb übernahmen wir weitgehenst die Berliner Satzung, fügten aber einige Modalitäten ein...

Wir sehen die Netzwerk-Selbsthilfe weder als eine ausschließliche Angelegenheit der Alternativbewegung an noch richten wir unser Hauptaugenmerk auf die Geldeinzahler, die sich erfahrungsgemäß aus Institutionsarbeitern rekrutieren. Wir intendieren vielmehr mit der Netzwerk-Selbsthilfe einen Brückenschlag, der all diejenigen Kräfte umspannt, welche mit dieser Gesellschaft in Dissenz leben und deren vielfältigen Ausdrucksformen sich in der Alternativbewegung und den "Institutionsarbeitern" polarisieren. Jene oben genannten Kräfte, deren Politikverständnis sich oftmals in der dogmatischen Ablehnung anderer Politikformen manifestiert (Stichwort: Alleinvertretungsanspruch), sollen über Netzwerk in einen gemeinsamen Diskussionsprozeß eingebettet werden, der die Intention hat, von einander zu lernen und den anderen in seiner historisch gewordenen Andersartigkeit zu akzeptieren. (Das fällt mir schwer bei dir – d.Comp.) Resultat dieses Diskussionsprozesses muß die Schaffung einer linken Infrastruktur sein, in der durch die Vernetzung verschiedenster Ansätze die Zersplitterung tendenziell wieder aufgehoben wird. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die alternative Ökonomie mittels Netzwerk aus der Ebene der Zufälligkeit herausgehoben wird und sich mit ihren modellhaften Formen langfristig in der Zeit hält.



Aus den bisherigen Ausführungen ergibt sich, daß wir Netzwerk weder auf die Funktion einer linken Bank noch auf die eines monitären SB–Ladens(soll wohl Selbstbedienungsladens bedeuten, oder? ?) reduzieren. Wir wenden uns aber gegen ein "anales Verhältnis" zum Geld, indem die finanzielle Ausrichtung von Netzwerk in die zweite oder dritte Prioritätsebene gedrückt wird. Wir verstehen daher die Finanzierung voı alternativen Prljekten, die Hilfe zur Selbsthilfe darstellen, als die entscheidende Funktion der Netzwerk Arbeit. Um die auch von uns antizipierte Gefahr einer "linken Bank" oder eines SB-Ladens zu verhindern, ist die Vergabe der finanziellen Mittel gekoppelt an die Offenlegung der Bücher und die Zweckgebundenheit der Kredite. Desweiteren muß nachgewiesen sein, daß bei Antragsstellung alle Möglichkeiten andersartiger Finanzierung ausgeschöpft sind...

Kontakt: Kölner Netzwerkinitiative , c/o Dieter Göbel, Brühlerstr.5(Schiffhof), 5 000 Köln 50

WIR FINANZIEREN ABM-STELLEN

Die Leute vom Jugenddorf „Märkisches Viertel" in Berlin sind vom Netzwerk gefördert worden. Sie schreiben dazu:

Liebe Freunde vom Netzwerk!
Liebe Netzwerker!

Zunächst mal vielen Dank für eure finanzielle Hilfe. Das Darlehen von 24.000 DM benötigen und verwenden wir zur Finanzierung von ABM-Stellen bis zur Endabrechnung (ABM=Arbeits-Beschaffungs-Maßnahmen. Das Arbeitsamt weist die Mitarbeiter zu, zahlt 80% der entstandenen Lohnkosten, allerdings nachträglich, die letzten 20% erst nach der Endabrechnung). Eigentlich wollen wir uns mit den Mitarbeitern und den Jugend lichen ein Haus bauen (Senftenberger Ring 25), das tun wir auch seit einem knappen Jahr, aber die tägliche Praxis sieht dennoch anders aus:

Heute (Sonntag, ca. 30 Grad) war kein Jugendlicher auf dem „schwarzen Platz". Nebenan auf dem Abenteuerspielplatz sassen 8 bis 10 Jugendliche neben der Werkzeugausgabe im Schatten. Der jüngste dürfte Harry mit seinen 8 Jahren gewesen sein Als ich kam , wollte er gerade mit zwei anderen ins Zentrum, einen 6-er Pack kaufen.

Er schein ein richtiger Alkoholiker zu sein. Als er zurückkam, hat ihn der Hund sehr erschreckt, Harry zitterte am ganzen Körper, aber offensichtlich nicht nur wegen dem Hund; er schien zu frieren (bei 30 Grad C).Wie sich herausstellte, hatte er das Bier bezahlt — wo das Geld herkommt bleibt meistens im Dunkeln — und verteilte das Bier auch. Ich wollte keine Flasche; jeder bot mir aus seiner Flasche an. Als die ersten Flaschen leer waren, flogen sie aufs Dach. Wir sprachen darüber, auch im Zusammenhang mit dem Hund, mit dem sie die ganze Zeit spielten. Die nächsten Flaschen flogen in den Mülleinmer und als Harry seine Flasche leer hatte, turnte er aufs Dach und sammelte die leeren Flaschen ein. So unsicher wie er zuvor auf den Beinen war, hätte ich ihm das nie zugetraut. Als er vom Dach runterkam, meint er : „Oh, das ist erfrischend tut das gut!" — „Was? (das auf dem Dach Turnen?)" — „Das Bier!"

Die Erfolge , die man erzielt, kann man nicht nur am Weiterbau des Hauses messen, oft muß man es als Erfolg betrachten, daß bzw. wenn nichts zerstört wird. Wenn statt geilen aggressiven Sprüchen Blumen oder Herzen an die Wand gemalt werden, ist das auch ein Erfolg! Auch wenn der Hausbau nicht sichtbar weitergeht.

Ein Teil der bei der Arbeit entstehenden bzw. entstandenen Sachkosten (z.B. Material, Transport, Werkzeug für das Haus, Bürokosten usw.) können wir durch die 2.500 Spende von euch abdecken.

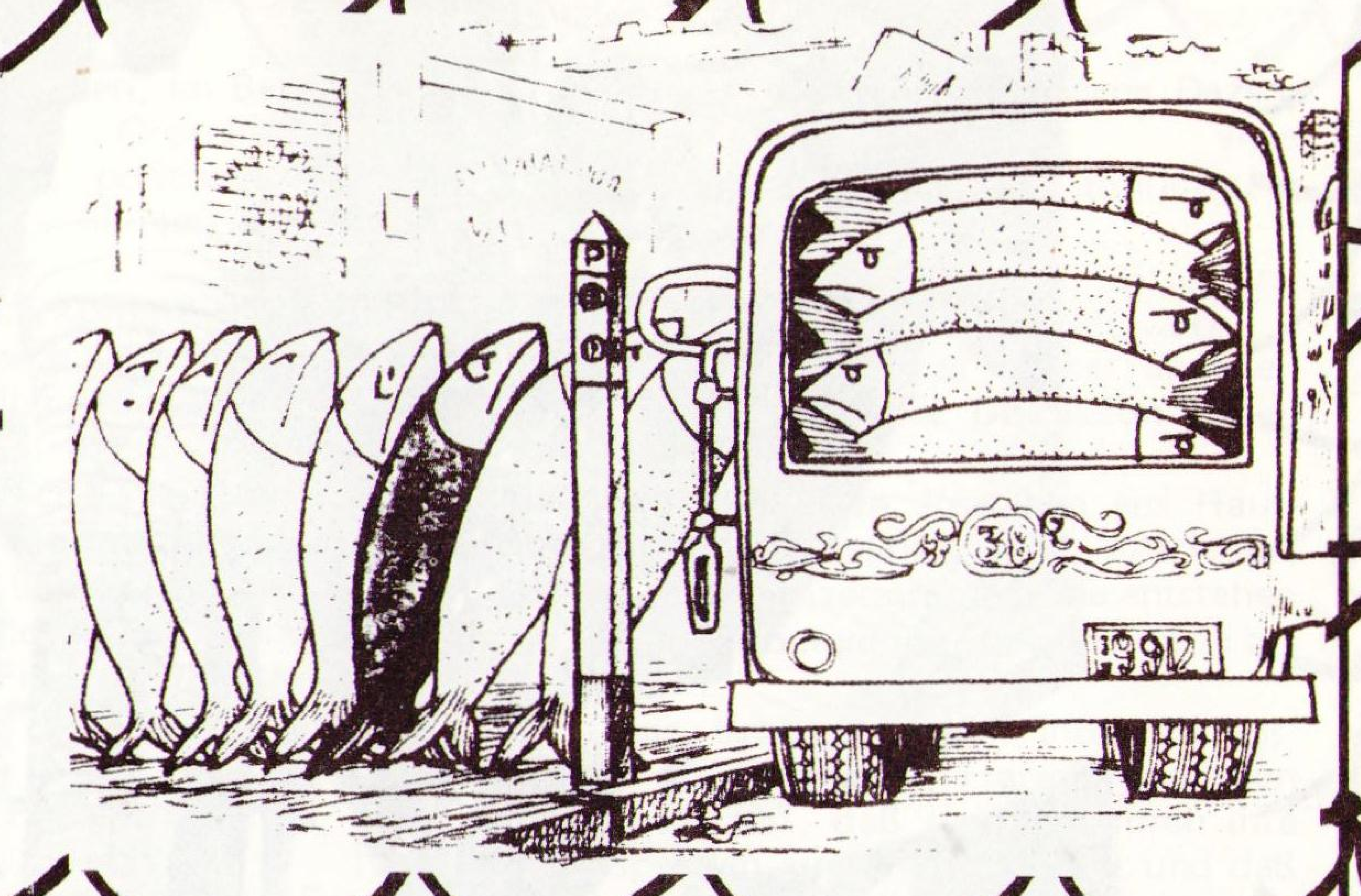
Aber neben dem Geld ist auch die Lust bei der Arbeit sehr wichtig. Der Finanzsenator hatte für den Bau einer Jugendeinrichtung auf dem selben Gelände („schwarzer Platz", Senftenberger Ring 25) 500.000 DM vergeben; obwohl wir schon ein Jahr arbeiten, billiger (!), hat das Geld das Bezirksamt bekommen, um dort aus fertigen Container-Elementen eine Konkurrenzeinrichtung zu schaffen. So etwas fördert nicht gerade die Lust an der Arbeit, es sei denn, man sieht es ironisch: 24.000 DM Netzwerkkredit sind dem Senat 500.000 DM wert.

Die Ablehnung gegenüber der BI Jugenddorf scheint bei allen Institutionen (vielleicht mit Ausnahme des Arbeitsamtes) durchgängig, so z.B. auch bei der senatseigenen „GeSoBau". Diese „gemeinnützige und soziale" Wohnungsbaugesellschaft ist u.a. Besitzer eines ca. 40.000 qm großen Geländedreiecks am Rande des Märkischen Viertels. Bis 1971 war dort eine Kleingartensiedlung („Rabe Horst"); dann wurde das Gelände von der GeSoBau aufgekauft, die Mieter zwangsgeräumt (mit 1000,– DM Abfindung für ihre selbst gebauten oder z.T. für 30.000,– DM erworbenen Lauben-Häuser), die Grundstücke planiert. 1975 haben betroffene Bürger auf dem Ge-

lände, im Rahmen eines städtebaulichen Ideenwettbewerbs, das Jugenddorf geplant. Die Planung hat einen Architektenfachpreis bekommen („Schinkel-Anerkennungspreis"). Seither versuchen wir das Gelände zu bekommen, um dort das Jugenddorf zu bauen, mit Jugendlichen Werkstätten, Freizeit- und Wohnmöglichkeiten zu bauen.

Aber selbst Zelten oder Bäume pflanzen will uns die GeSoBau nicht gestatten, am 4.7.79 hat sie zu diesem Thema geschrieben: „Wir fordern Sie auf, Ihre Aktivitäten auf dem Grundstück einzustellen." Obwohl das Gelände nun schon 8 Jahre brach liegt! Um in einer solchen Situation den Mut nicht zu verlieren, brauchen wir neben eurer finanziellen auch eure politische und moralische Unterstützung.

Vielen Dank und freundliche Grüße
Michael Hunzelmann



FÜR VIELE SACHEN BRAUCHT MAN GELD...

Eine Vorstellung der ASH Frankfurt zum Netzwerk

Wir wollen zwar die Geldgeschichten zu Anfang abklären, aber auch möglichst kurz abhandeln.

Wir finden die Kohlevergabe des Netzwerks unheimlich gut, meinen aber, daß andere Sachen ungleich wichtiger sind.

Für viele Sachen braucht man größere Mengen Geld ziemlich dringend, z.B. für ein alternatives Krankenhaus.

Eine politische Veränderung unserer Situation ist durch Geld allerdings nicht zu erreichen, sondern nur durch eine möglichst breite, effektive Zusammenarbeit von Leuten die sich für ihre Probleme gemeinsame Lösungen ausgedacht haben. Und die diese andiskutierten Lösungen bis zum nächsten gemütlichen Abend nicht etwa wieder vergessen haben, sondern die die Lösungen dann auch in die Tat umsetzen. (Ver-netzung)

Bei der Geldvergabe des Netzwerkes scheint es die meisten Probleme zu geben, was auch an der Diskussion in unserer Gruppe zu sehen war. Am Punkt Kohle ergab sich die gegensätzlichste Diskussion.

Ich denke, wir waren uns am Schluß unserer Diskussion ziemlich einig, daß die Kriterien, die das Netzwerk Berlin für die Geldvergabe aufgestellt hat, eigentlich gar nicht schlecht sind.

Doch selbst die besten Kriterien sind verschieden auslegbar und nützen überhaupt nichts, wenn es mehr förderungsbedürftige Projekte gibt, die unter die aufgestellten Krieterien fallen, als es Kohle zu verteilen gibt.

Wir haben uns deshalb speziell Gedanken gemacht, wie man die Entscheidung, ob ein Projekt gefördert werden soll oder nicht, treffen kann.

Unser Vorschlag:

Sich bei der Beurteilung von Projekten auf keinen Fall nur auf die Darstellung verlassen, die die Projekte von sich selbst geben, oder gar auf Gerüchte. (Gerüchten zufolge sind wir einerseits seit ca. einem Jahr nicht mehr existent, andererseits verdienen wir uns mit unserem Projekt dumm und dusselig, haben jeder ein Nummernkonto in der Schweiz und fahren teure Sportwagen).

Stattdessen lieber anhand von Erfahrungen aus erster Hand beurteilen.

Zum Beispiel, indem einer, mehrere oder alle Mitglieder des Gremiums, das die Entscheidung treffen soll, einige Tage in dem entsprechenden Projekt mitwirken.

Oder indem Netzwerk-Mitglieder, die in dem Projekt gearbeitet haben, über ihre Erfahrungen und Einschätzungen berichten.

Die Ergebnisse daraus sollten dann mit dem entsprechenden Projekt beredet werden, um dann gemeinsam die Entscheidung zu treffen, ob gefördert werden kann und in welcher Form.

Der Kontakt zu vorhandenen Projekten sollte gesucht werden und man sollte ihn auch bei Geldvergabeproblemen nutzen.

Zusätzlich sollten alle Entscheidungen, mit Begründung, veröffentlicht werden.

Auch von den Projekten, und da vielleicht besonders ausführlich, die zwar unter die Kriterien der Geldvergabe fallen, aber aus Geldmangel nicht gefördert werden konnten.

Vielleicht stellt sich aufgrund dieser Veröffentlichungen der eine oder andere Kontakt direkt zwischen Projekten und Geldgebern her.

Man gibt dadurch den Leuten die Möglichkeit, ein Projekt mal am eigenen Leibe zu erfahren, durch Besuch und Mitarbeit und schafft dadurch eine persönliche Betroffenheit, die das Unpersönliche am Netzwerk geeignet ist aufzuheben (Vernetzung).

Das zu den Kohle-Geschichten.

Vernetzung

Die Frankfurter Regional-Netzwerk-Initiative hat sich in drei Unterbereiche gespalten. Einer von den drei Bereichen, wie wir meinen, der interessanteste davon, ist die Gruppe, die sich mit Vernetzung beschäftigt.

Beim ersten Gespräch hat sich ergeben, daß die Teilnehmer der Vernetzungsgruppe zwar eine Vernetzung der Projekte im Sinn haben, sie selber machen wohlbemerkt kein Projekt, daß sie sich selbst, mit ihren Wünschen und Problemen aus der Vernetzungsdiskussion ganz schön raushalten.

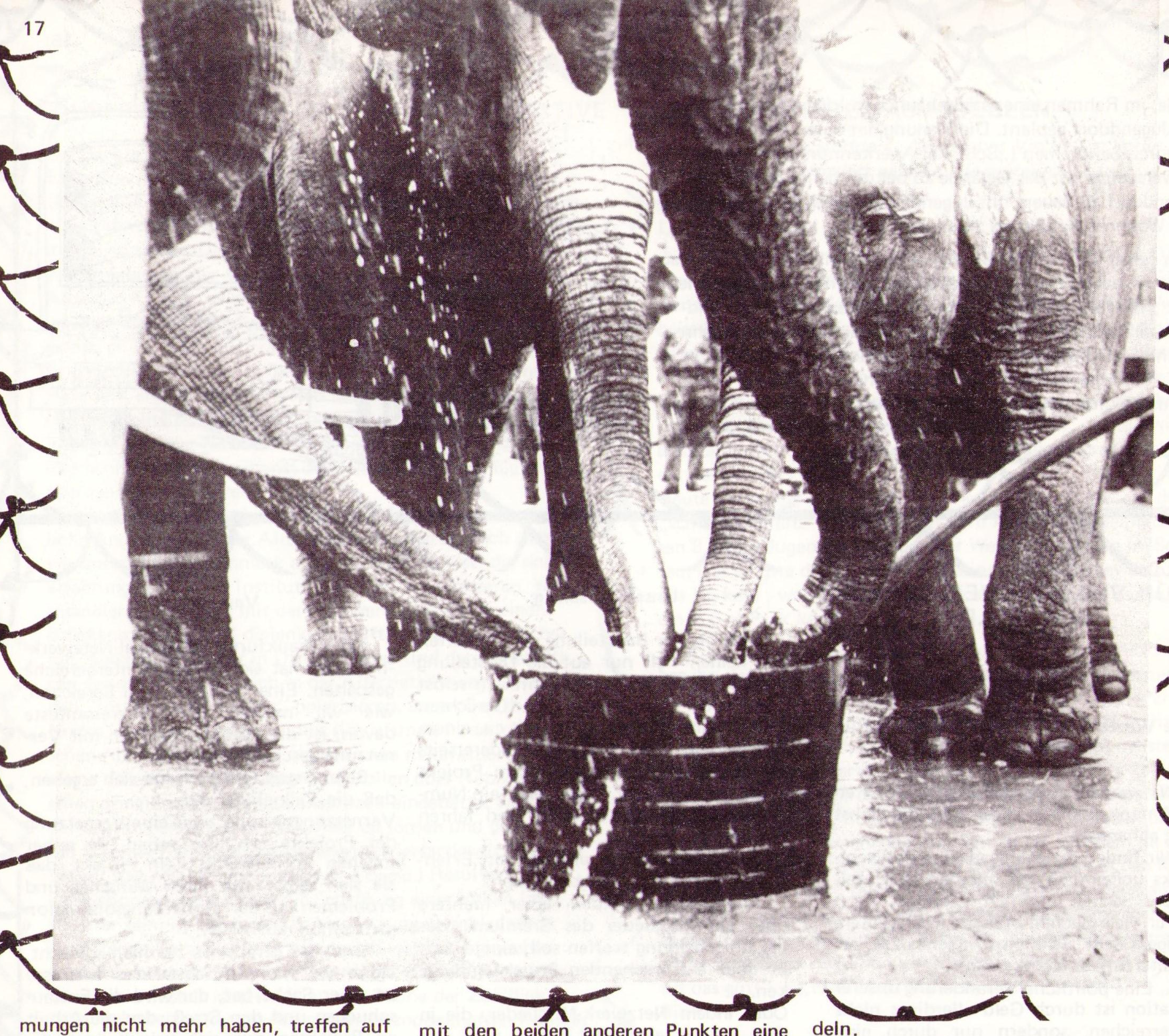
Und das gerade ist ziemlich schlecht. Denn wer nur ein abstraktes Interesse an einer Sache hat, der wird die Enttäuschungen und den Streß, den die Arbeit an Projekten mit sich bringt, auch die Arbeit am Netzwerk, nicht lange durchhalten. Er/sie wird sich bald wieder zurückziehen, wieder inaktiv werden. Ganz anders ist das, wenn man sich mit seiner ganzen Person einbringt und sich auch Vorstellungen, Phantasien erlaubt, die sich auf die ureigenste Wirklichkeit erstrecken.

Dabei werden ungeahnte Energien frei, und die Arbeit an so einer Geschichte kann sehr lustbetont sein.

Wie sieht das Netzwerk Berlin zur Zeit aus?

Es hat die Rechtsform eines Vereins, und die innere Struktur entspricht weitgehend der Rechtsform. Einige Leute machen den organisatorischen Kram und führen den Verein faktisch, die Mitglieder zahlen, wählen bisweilen und kommen vielleicht zu den Mitgliederversammlungen.

Obwohl nur ein kleiner Teil der Mitglieder kommt, zu den Mitgliederversammlungen, sind diese bereits so groß, daß eine Diskussion nicht geführt werden kann. Viele Leute haben Hemmungen, vor einer so großen Versammlung etwas zu sagen, auch noch durchs Mikrophon. Die, die diese Hem-



mungen nicht mehr haben, treffen auf andere Barrieren, Tagesordnungspunkte, Anträge zur Geschäftsordnung, Ende der Rednerliste, Anträge auf Ende der Debatte, das alles in recht rigidem Stil, so daß es für einzelne nahezu unmöglich ist, überhaupt zu Wort zu kommen. Selbst wenn man das anders handhaben könnte, in einer Großgruppe von über 400 Leuten ist Diskussion nicht mehr möglich.

Wir haben das bei der ersten Berliner Mitgliederversammlung selbst so erlebt.

Das Netzwerk Berlin stellt an Projekte, die Förderung erhalten wollen, den Anspruch, demokratische Selbstverwaltung zu betreiben und modellhaft alternative Arbeits- und Lebensformen zu entwikkeln. Dem Anspruch wird es selbst nicht gerecht.

Wir glauben, das Netzwerk Berlin ist den Regionalnetzwerken, mal abgesehen von den Finanzierungserfolgen, mit eher schlechtem Beispiel vorangegangen. Es wurde aus den Schwierigkeiten der Situation heraus und in der verständlichen Hektik eine Organisation geschaffen, die einen eher zentralistischen Charakter hat.

Die Planung war, wie wir hören, anders. Sie bezog sich nicht nur auf die Unterstützung von Projekten mit Geld, sondern man wollte auch einen Austausch von Material, Maschinen und Know-how ermöglichen und gleichwertig mit den beiden anderen Punkten eine Vernetzung zwischen denProjekten, den Netzwerkmitgliedern und anderen Interessenten erreichen.

Wir glauben, es wäre falsch gewesen, in der allerersten Anfangsphase des Netzwerks Berlin den Selbstverwaltungsanspruch und die Vernetzung verwirklichen zu wollen.

Die relativ wenigen Leute, die das Netzwerk organisiert haben, wären überlastet gewesen, die hatten vermutlich auch so schon genug Streß. Den gibts dort vermutlich auch jetzt noch.

Aber an einem bestimmten Punkt ist es notwendig, mal weg zu gehen von den Tagesproblemen und sich zu fragen, wohin solls eigentlich gehen?

Sich selbst bei den eigenen Ansprüchen packen.

Soll das Netzwerk ein x-beliebiger Verein sein, der den Vorteil hat, auf bequeme Art und Weise Geld zu verdienen?

Intern und nach außen organisiert wie jeder beliebige Schützenverein?

Oder ist eine positive Phantasie denkbar, in der Netzwerk ein kleiner Anfang für eine neue Gesellschaft ist?

Beginn einer neuen, anderen Infrastruktur? Eine Struktur, in der Möglichkeiten geschaffen sind, alle Probleme, wirklich alle, auf breitester Front zu diskutieren, und die diskutierten Lösungen auch gemeinsam in Wirklichkeit zu verwandeln.

In eine Wirklichkeit, die nicht nur für „Alternativ"-Gruppen, sondern für eine ganze Gesellschaft gelten kann.

Wir glauben, daß man nach außen, rein formal ruhig einen Verein benutzen kann. Nach innen müßte er aber ganz anders, „alternativ", strukturiert sein. Eine Struktur, die offener ist, die Mitglieder mehr zur Beteiligung fordert, eine Struktur, die es dem Netzwerk im Endeffekt nahezu unmöglich macht, ohne intensive Teilnahme seiner Mitglieder zu existieren.

Eine Struktur, die über formal-demokratische Geschichten hinausgeht, die von Anfang an mehr basisdemokratische Elemente und Möglichkeiten auch bereits ins Vereinsstatut aufnimmt.

Ist eine effektive Organisation der Gesellschaft alternativ denkbar? Alternativ heißt hier für uns Selbstverwaltung in allen Bereichen des Lebens und der Gesellschaft.

Gibt es eine „Alternative" zur Selbstverwaltung?

Ist es nicht so, daß sich zwar eine Gruppe von so um die 20 Leute selbstverwalten kann, daß das aber in größeren Gruppen unmöglich ist? Wenn das so ist, wie kann man sich eine andere, befreite, vielleicht sozialistische Welt vorstellen?

Wird man im Wunsch nach einer alternativen Welt zwangsläufig so oft betrogen und enttäuscht, daß man zum verbitterten, zynischen Kleinbürger werden MUSS?

Was wollen wir vom Netzwerk?

Zum einen ganz klar das Geld. Wir haben vom Netzwerk Berlin eine Bürgschaft über 20.000 DM gekriegt, und haben damit unsere Seminarräume ausgebaut. Das Geld hat uns sehr geholfen, und wir denken, daß wir vielleicht auch in Zukunft Geld für unsere Projekte kriegen könnten.

Zum anderen könnte das Netzwerk ein politischer Partner für uns sein.

Wir versuchen ein Modell für einen selbstverwalteten Betrieb auf die Beine zu stellen, wir arbeiten und leben zusammen und wir versuchen in unseren Arbeits— und Lebensbereichen Hierarchien und andere recht negative Sachen abzubauen.

Unsere politische Richtung ist die Selbstverwaltung auf allen Bereichen in Leben und Gesellschaft.

Selbstverwaltung ist ganz klar nur möglich, wenn jeder Beteiligte einen starken Einfluß auf Entscheidungen hat. Dieser Einfluß ist nur möglich, wenn der Informationsstand aller Beteiligten ziemlich gleich ist und alle die gleiche Möglichkeit haben, an den Diskussionen die zur Entscheidung führen, teilzunehmen.

Wir haben in unserer Gruppe die Erfahrung gemacht, daß Diskussionen in Gruppen über ca. 20 Leuten zu sehr erschwert werden.

Diese Erfahrung sagt aber NICHT, daß Selbstverwaltung in größeren Gruppen nicht möglich ist. Vielmehr muß man wieder lebens- und arbeitsfähige Gruppen erreichen, indem man die Gruppenstärke in zwischen 12 und 20 Personen starke Kleingruppen aufteilt. Hier muß man dafür sorgen, daß die Kleingruppen einen gemeinsamen Diskussionsprozeß haben und der Zusammenhalt gewahrt bleibt.

Das Modell eines selbstverwalteten Betriebs wird eigentlich erst dann relevant, wenn es zeigt, daß auch größere Betriebe, mit mehr als 20 Beschäftigten, sich selbstverwalten können. Das streben wir auch an.

Das ist natürlich sehr verkürzt hier dargestellt, in Stichworten. Für eine vollständige Darstellung brauchte man eine extra Broschüre.

Wir denken nur, wenn sich das Netzwerk selbstverwalten will, dann wird es vor dem gleichen Problem stehen. Seine Mitglieder basisdemokratisch organisieren, für Informationsfluß sorgen, Entscheidungen auf allen Ebenen vorbereiten und treffen, nicht nur auf Vorstandseben.

Alle beteiligen.

Damit würde das Netzwerk zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, zum einen sich selbstverwalten, zum anderen basisdemokratische Institutionen auf regionaler Ebene schaffen; in der Region, im Stadtteil, bei Haus- und Straßengemeinschaften, im Betrieb; diese basisdemokratische Organisation wäre auch für andere, politische Aktionen wertvoll, nicht nur für Netzwerkgeschichten.

Was jetzt noch kommt, soll eine Phantasie sein, wie sich unser Netzwerk, wie wirs uns vorstellen könnnen, entwickeln können.

Wir halten solche Phantasien für sehr wichtig, weil man aus solchen positiven Phantasien, so überzogen sie auch sein mögen, viel Energie für den täglichen Umgang mit Frust und Streß ziehen kann.

Phantasie

Das Regional-Netzwerk Frankfurt gründet sich, zu Anfang entwickelt es sich ähnlich wie Netzwerk Berlin. Enormer kurzfristiger Mitglieder-Zuwachs, zunächst erstmal zentrale Verteilung der Kohle, Organisationsschwierigkeiten.

Dann der Versuch einer weitern regionalen Dezentralisierung. Nach erreichen tragfähiger Mitgliederzahlen teilt sich das Netzwerk Frankfurt in die Netzwerke Marburg, Gießen, Frankfurt, Bad Homburg-Oberursel, Wiesbaden, Mainz, Darmstadt, Heidelberg und Rodgau.

Das Experiment ist erfolgreich, trotz größter Anfangsschwierigkeiten laufen die Regionalnetze gut, Informationsfluß und Zusammenarbeit ist gewährleistet.

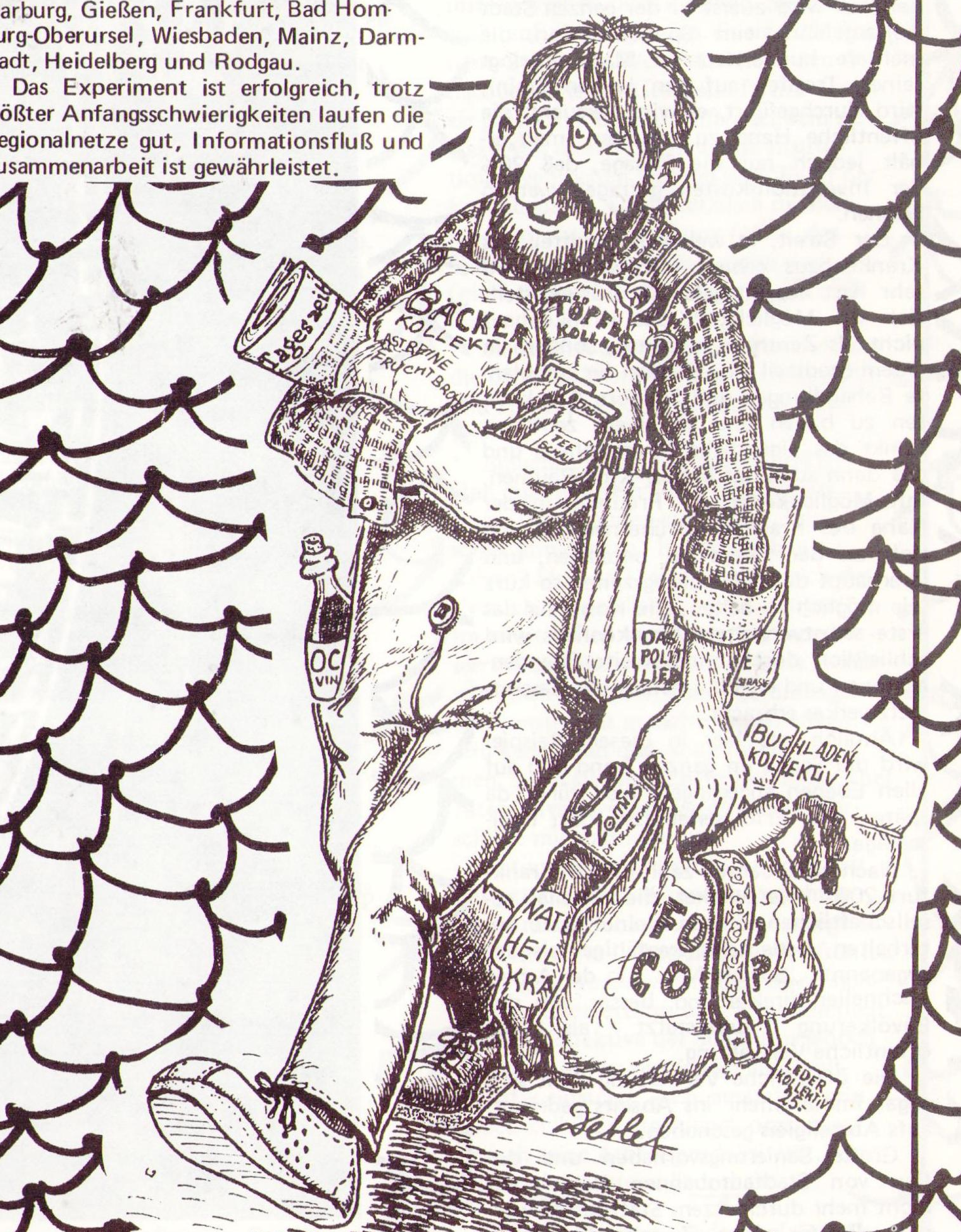
Gestärkt durch die gelungene Dezentralisation beginnen viele Netzwerkmitglieder mit der Einrichtung von Stadtteilnetzwerken.

An vielen Orten bilden sich Gruppen, die unabhängig voneinander Netzwerk diskutieren und immer stärker auch eigene Probleme in die Diskussion einbeziehen.

Solche Gruppen entstehen aus Haus- und Straßengemeinschaften, Betrieben, Sport- und Freizeitgruppen, sie entstehen in Bürgerinitiativen, Kneipen und bei Festen.

Diese Gruppen haben ihren Bezugspunkt im Netzwerk Frankfurt, stellen aber bald fest, daß sich nur durch ihre Geldspenden auch nichts ändert und daß sie selbst etwas an ihrer Situation gemeinsam ändern müssen.

Daraufhin schließen sich als erstes die spontan entstandenen Diskussionsgruppen in Bornheim zum Netz Bornheim zusammen und kaufen aus eigenen Spenden eine alte Fabrik, die zum Kommunikationszentrum ausgebaut wird.



Im Kommunikationszentrum installieren sich ein Cafe (für unterbliebene Kommunikation), ein kleines, selbstverwaltetes Druckzentrum, ein alternatives Gesundheitszentrum und eine ganze Reihe verschiedenartigste Gruppenräume.

In der Diskussion über die Entwicklung des Kommunikationszentrums und die weitere Entwicklung des Stadtteils, kristallisiert sich als wichtigster Punkt heraus, daß man eine alternative Klinik braucht. Das Gesundheitszentrum sei zwar gut und versuche möglichst alle Krankheiten ambulant zu behandeln, aber manchmal müsse man doch ins Krankenhaus und wer wolle schon in ein herkömmliches?

Bei der Diskussion ist auch die Lage der Alten angesprochen worden und es wird so schnell wie möglich noch ein Cafe angemietet, daß auch von alten Leuten benutzt werden kann, weil es nicht nur über Treppen zu erreichen ist, wie das Cafe im Kommunikationszentrum. Im Verbund damit entsteht eine Organisation, die eine Mischung aus Nachbarschaftshilfe und ambulanter Altenhilfe betreibt. Die Diskussion über das Krankenhaus wird zuerst in der ganzen Stadt weitergeführt, eine Spendenaktion, die mehrere hunderttausend Mark erbringt (einen Tropfen auf den heißen Stein), wird durchgeführt, es wird versucht, die öffentliche Hand zu bewegen, man erhält jedoch nur die Zusage, daß 20% der Investitionskosten getragen werden können.


Der Streit, in welchem Stadtteil das Krankenhaus gebaut werden soll, wird sehr hart ausgetragen. Als Lösung stellt sich die Möglichkeit, das Krankenhaus nicht als Zentrum zu bauen, sondern in jedem Stadtteil eine Station für ambulante Behandlungen und kleinere Krankheiten zu bauen und an einem zentralen Punkt das eigentliche Krankenhaus und das dann auch mit Mutter-Kind-Räumen, mit Möglichkeiten für Freunde, in der Nähe des Kranken zu übernachten und sich an der Pflege zu beteiligen, und überhaupt die Behandlungszeiten so kurz wie möglich zu halten. Die Kohle für das erste selbstverwaltete Krankenhaus wird schließlich durch bundesweite Spendenaktionen und eine Bürgschaft des Gesamt-Netzwerkes erbracht.


Ähnlich wie hier in diesem Beispiel wird die Sache im ganzen Land und auf allen Ebenen angegangen, hier früher, da später, hier Erfolgserlebnisse, dort Fehlschläge.

Nach ca. 3 Jahren zählt man in Frankfurt 200 Netzwerker, die auf allen gesellschaftlichen Ebenen kleine Netze unterhalten, bedeutend tragfähiger als das sogenannte „Soziale Netz", in der Arbeit schneller, direkter und besser von der Bevölkerung unterstützt als die öffentliche Verwaltung.

Die öffentliche Verwaltung sieht sich sogar immer mehr ins Abseits gedrängt, aufs Abstellgleis geschoben.

Große Sanierungsvorhaben und der Bau von Stadtautobahnen lassen sich nicht mehr durchsetzen. Stattdessen werden die für diese Zwecke gedachten Baumaterialien benutzt, um bei den





Häusern die abgerissen werden sollen, Einzelsanierungen durchzuführen, ein Frauenhaus wird eröffnet, Fahrradwege werden gebaut und eine Investitionsruine wird abgerissen, um an deren Stelle einen schönen Park anzupflanzen.

Die Kommunikation zwischen den Menschen kommt wirkungsvoll wieder in Gang.

Kulturelle und politische Programme entstehen überall, Kneipen werden wieder Punkte der Kommunikation, der Alkoholkonsum geht zurück, denn wer hat bei den vielen Möglichkeiten und Notwendigkeiten, die sich bieten, noch Zeit und Lust, sich allabendlich den Kanal vollaufen zu lassen?

Hier endet die Phantasie, aber nicht das Leben.

Packen wir es an, es gibt viel zu tun!

Arbeiterselbsthilfe, Krebsmühle, 6370 Oberursel 5, 06171/73 496

MIT HERZLICHEN GRÜSSEN EUER PETER BRÜCKNER

Liebe Freunde,

lasst mich mit einer "Aussen-Ansicht" der gegenwärtigen Netzwerk-Probleme beginnen.

So unvergleichliche Medien wie Radikal und der Spiegel sind sich mit Köpfen wie Glotz oder Altvater darin einig, dass es - vor allem - in Westberlin eine desintegrierte Teilbevölkerung gibt, die mit den kulturellen Definitionen der BRD gebrochen, den Konsens der Generationen verlassen hat - Gegengesellschaft, Subkultur genannt. An dieser "Subkultur" endet die faktische Normalität der bürgerlichen Verhältnisse. Ihr gegenüber neigen Organe und Ideologen des Staats daher zum (latenten?) Ausnahmezustand. Man vermutet, dass die "Subkultur" zumindest an ihren Rändern mit einer kriminellen Teilpopulation verschwimmt - Militante oder Fixer; räumt aber - widerwillig - ein, dass sie, die Subkultur, in den Regionen der Erziehung, Jugendarbeit und Ökologie Initiativen entfaltet, die für die Lösung sozialer und wirtschaftlicher Probleme am Ende wichtig, ja unentbehrlich sein könnten.

Und es gibt - u.a. in Westberlin - das Netzwerk Selbsthilfe e.V., dessen Satzung uns vertraut ist. Ist das Netzwerk Teil dieser Subkultur? Wenn aber nicht, wie könnte es für die Subkultur da sein? Wird das Verhältnis Anderer zur "Gegengesellschaft" nicht nach dem Drehtürprinzip geregelt - man ist entweder (ganz) drin oder (ganz) draussen? Wenn es aber ein Teil der Subkultur wäre, wie könnte es dann Vorstände, Beiräte, Kontrollorgane, zahlende Mitglieder haben? Niemand wird Teil der Subkultur durch eine Beitrittserklärung oder einen Monatsbeitrag: Nur durch einen Bruch, der seine individuelle Geschichte hat. Bei solch einer "Aussen-Ansicht" schlössen sich Netzwerk und Subkultur wechselseitig aus - es sei denn, die Subkultur würde sich als (normale) Gesellschaft in der Gesellschaft organisieren, oder das Netzwerk liesse sich von der Subkultur durchdringen. Ich will diese Ansicht "von aussen" jetzt durch eine etwas genauere Beschreibung ersetzen. Ich finde im Material, dass über das Netzwerk e.V. und den gegenwärtigen Konflikt vorliegt, die Stimme von vier Gruppierungen:

(1) Alternativen vom (reinen) Typus der Gegengesellschaft: in Gegenökonomie, Verkehrsform. Kultur und Kommunikation. Ihre Beziehungen untereinander – bald sehr eng, bald locker, bald stabil, bald wechselnd – folgen einer eigenen, alternativen Geographie. Es sind selbst hergestellte, „direkte" Verbindungen – bei einem Minimum an Verwaltung und Delegation, und die entstandenen (oder gerade sich bildenden) Geflechte, „Netzwerke" bleiben im Kern unmittelbar und dezentral.

Was bringt Leute in die „Subkultur"? Jedenfalls erschien ihnen die bürgerliche Gesellschaft – oft schon in den Institutionen der Schule oder der Kleinfamilie – als ein System gesellschaftlicher Zwänge, dem sie sich nicht mehr subsumieren wollten oder konnten. Sie steigen nicht auf, sie steigen aus. Es sind die Normen, Standards, Werte, Institutionen der nachbürgerlichen Gesellschaft, mit denen sie gebrochen haben – oft, nachdem sie (fast) von diesen Normen und Institutionen gebrochen worden sind. Es ist der kapitalistische Alltag, letztlich die herrschende Warenabstraktion (oder „das Geld"), aus dem sie ausgezogen sind (nicht nur aus den Wohnungen ihrer Eltern).

Sie alle haben ihre Lebensgeschichte, die ohne die Protestbewegung oder APO und ihre Konsequenzen kaum denkbar war.

Brauchen diese Alternativen Hilfe? Man muß in ihrem Falle wohl anders fragen: Wie können sie sich in „kritischen Situationen" helfen? Haben sie Krisen? Sind sie Krisen und zugleich der Versuch, sie produktiv zu bewältigen? Im zweiten Fall wäre eine Hilfe von aussen schwer. Brauchen sie Geld? Ja, wahrscheinlich oft, obwohl der Geldmangel ein Konstituens mancher Alternativen sein kann. Non olet, sollen sie es nehmen, wenn sie Geld kriegen können. Aber Alternativen werden gegen solche Vorschläge mißtrauisch sein.

Mit wachsender Dichte, mit der Zeit, mit entfalteten Außenwelts-Beziehungen wird die Subkultur gewisse geregelte („entfremdete", abstrakte) Außenfronten benötigen: Steuerwesen, Gewerbegenehmigung, Mietverträge usw. Mit Sicherheit werden Kollektive der Subkultur jedoch nie Arbeitgeber: nur indem einer mitmacht, „einsteigt" (d.h. aussteigt), sein Leben kollektiv organisiert, organisiert er auch seine Arbeitsproduktivität, seine Nützlichkeit, seinen Unterhalt.

(2) Alternativen – oder geplante Alternativen – ganz anderer Herkunft. Was sol-



len Lehrer, Stadtgärtner, Universitäts-Assistenten, Sozialarbeiter tun, wenn ihnen das Berufsverbot den Zugang zum erworbenen Beruf versperrt? Wen der Staat als unzuverlässig abweist, findet auch in der Privatindustrie nur sehr schwer einen Job. Sie wollten schon gerne lehren, forschen, helfen, gärtnern, sie könnten es unter den gegebenen institutionellen Bedingungen auch (wenn auch ungern), aber sie dürfen nicht.

Was soll der technische Zeichner tun, der von der Stadt entlassen wird, weil seine Freundin mit einem „Terroristen" verwandt ist?

Es gibt schließlich Physiker, Lehrer für Sozialkunde u.a., die langfristig arbeitslos sind — die Universität hat sie, wie es heißt, am gesellschaftlichen Markt vorbeiproduziert, der Markt kauft ihre Arbeitskraft nicht ein.

Nun sind auch Arbeitslose zu oft Produkt einer letztlich politischen Entscheidung (des Staates, der Gemeinden usw.), und die Teilpopulation, die uns jetzt beschäftigt, ist in der Regel „politisch", links. D.h.: ob nun Berufsverbot oder Arbeitslosigkeit — die Betroffenen haben ihre Traditionen und Ziele. Wer von ihnen die bürgerliche Gesellschaft — revolutionär, reformistisch — verändern will, politisch verändern, steht der Subkultur meist fern, aber wer die Politik in den Industriegesellschaften — revolutionär oder reformistisch — verändern will, steht ihnen nahe. Insofern die Kritik am Alltag des Kapitalismus zur politischen Position der Linken gehört, gibt es überhaupt Beziehungen zur Subkultur. Oft gibt es auch räumlich Kontakte mit „Alternativen" (im Sinne von (1)).

Gleichwohl denkt sich diese 2.Teilpopulation die Organisierung anders als die Subklutur. Das wird manchmal durch äußere Umstände verwischt — arbeitslose Lehrer und Handwerker können ja ein Dienstleistungskollektiv gründen, das muß keine „free school", kein freies Abendgymnasium, das kann eine Reparaturwerkstätte für Autos, kann eine Tischlerei oder Landkommune sein.

(3) Es gibt Chemiker, Physiker und Biologen auf der Suche nach „soft technology", Ärzte, die sich die Versorgung der Bevölkerung anders denken als durch Verteilungsfunktion für die pharmazeutische Industrie; Bürger, die in der Städte- und Schulplanung engagiert sind.

(2) und (3) suchen Projekte zwischen „Supermarkt und Sozialstaat", „Zukunftsmodelle",selbstorganisiert; insofern gewiß „alternativ" und doch nicht zwangsläufig Subkultur, Gegengesellschaft. Sie wissen, daß Freiräume genutzt und geschaffen werden können, und manche von ihnen werden nur dann sozial wirksam, wenn sie den kompletten Bruch mit der bürgerlichen Gesellschaft und ihren Einrichtungen vermeiden.

(4) Es gibt eine vierte Population: demokratische Sozialisten, die wissen, daß ein „socialistic self-managing system" eingeübt, angefangen, vorbereitet werden muß, und wahrscheinlich ist eher das Netzwerk e.V. ihr Projekt, als daß das Netzwerk ihre Projekte förderte.

Mir scheint, dass der "Fond für politische und alternative Projekte" - Selbsthilfe Netzwerk - vorzüglich den Populationen (2) und (3) angemessen ist, dass aber die Altern ativen der Subkultur z.T. quer zu dieser Einrichtung und ihren Prinzipien stehen. Ist es überhaupt sinnvoll, bei Initiativen der Gegengesellschaft nach "Stabilität" zu fragen - wo sollten da die Indikatoren sein? Wenn das Netzwerk Projekte in (2) und (3) unterstützt, so leistet es (von der Gegengesellschaft her gesehen!) auch Eingliederungshilfe (und erscheint der Subkultur fast als Verrat); wenn das Netzwerk Projekte in (1) unterstützt, so kann es damit Ausgliederungshilfe leisten, und das wieder wollen wahrscheinlich manche/viele der Mitglieder des Netzwerks nicht. Denn "Ausgliederungshilfe", das bedeutet ja auch: Hilfe zur weiteren Zerstörung bürgerlicher Stabilität, bedeutet Zerstörung von Kontrollmechanismen, die wir gewohnt

sind, bedeutet: Beihilfe zum Bruch. Zum Bruch auch mit jeglicher Form der Zentralisierung, Verwaltung, Delegation. Bedeutet - vielleicht - einen Selbstwiderspruch: "Hilfe zur Selbsthilfe" wäre hier eigentlich eine Sache der Basis. Das Verhältnis eines geordneten Vereins e.V., der über die Verwendung seiner Mittel rechenschaftspflichtig ist, zur Gegengesellschaft muss kompliziert sein - man ist Teil (Teil der) Gegengesellschaft, oder man bleibt draussen. -

Nun sind glücklicherweise die wirklichen Verhältnisse weniger abstrakt und geordnet, als ich sie gerade skizziert habe. Es gibt zwischen den Populationen (1) bis (3) Übergänge, Beziehungen, Gemeinsames. Und von (4) zu (1) Verständnis, wenn auch seltener von (1) zu (4). Gleichwohl muss es in den gegengesellschaftlichen Alternativen gewisse Tendenzen geben, die gegenwärtige Konstruktion des Netzwerks e.V. aufzulösen. Und im Netzwerk mag die Gefahr bestehen, die Tiefe des Bruchs zu verkennen, der zur Lebensgeschichte der Subkultur gehört.

Was tun? Ich weiss es nicht. Das Netzwerk darf sich m.E. nicht auflösen lassen und muss die Heftigkeit der Konflikte ertragen. Ob "die" Subkultur eine notwendig abgehobene Einrichtung wie das Netzwerk akzeptieren, mit ihm nach Netzwerk-Kriterien verkehren kann, bleibt abzuwarten. Es kann, so weit ich sehe, keine Identität von Netzwerk Selbsthilfe und gegengesellschaftlichen Alternativen geben, also auch keine Transkription des Vereins in ein Organ der alternativen Basis.

Ich habe seinerzeit beim Gründungsaufruf für das Netzwerk Selbsthilfe wohl von den Populationen (2) und (3) her gedacht. Und obwohl ich - vage aber herzlich - radikale, subkulturelle Projekte mit einschloss, erwarte ich mir von Netzwerk doch so etwas wie eine linke Institution,

, eine Gegeninstitution, gewiss, aber doch eine, die - um Brecht zu zitieren - mit der Entfremdung spielt. Zwar ist die Gegengesellschaft vielgestaltig, ein Prozess eher als ein demographisch fassbares Gebilde, und da ich mit ihnen verkehren konnte, warum nicht auch die Gegeninstitution Netzwerk e.V.? Weil gegengesellschaftliche Alternativen anti-institutionell sind? Weil ihre Kritik, soweit sie radikal formuliert wird, dem an überdauernden Funktionszusammenhängen, an Effektivität, an sozialem Ertrag, an Nutzen orientierten Denken der (Gegen)Institution als "Kaputtmachen" erscheint? Wenn sich das Netzwerk Selbsthilfe hier als Brücke versteht, gerät es - zumindest zeitweise - in den typischen Konflikt, den wir doch alle schon kennen: Wer von der "eingliedernden" Organisation nach drüben geht, wird mit Misstrauen, Aufruhr rechnen müssen, wer von drüben kommt, "hier" mit dem Vorwurf des Zerstörens.

Ergo? Wenn überhaupt etwas die Lösung solcher Probleme nahebringt, dann die Zeit. Man muss weitermachen und an der organisierenden Idee des Netzwerks Selbsthilfe festhalten. Und wenn Teile der (radikalen) Alternativen sich zunächst vom Netzwerk lösen sollten, so - verlieren sie nicht viel . . .

Mit herzlichen Grüssen

Euer Peter Brückner

„Es gibt eben sone und solche" war für mich das Ergebnis von Peter Brückners Beitrag nach dem ersten Lesen. Vor allem die Einteilung der vier Arten von „Populationen" erinnerte mich an ein Modell der Volkswirtschaftslehre. Darin sieht ein Marsmensch auf die Erde und findet zwei Arten von Haushalten, die der Unternehmer und die der Privaten. Dieser Marsmensch hat ein sehr selektives Wahrnehmungsvermögen: zwar sieht er keine Menschen wohl aber die Waren- und Geldströme zwischen den Haushalten. Die Schablonen, nach denen die vier „Populationen" eingeteilt sind, kommen mir allzu handelsüblich vor, als daß sie ernst genommen werden könnten. Wahrscheinlich nicht von ungefähr fällt Peter Brückner zu den „sanften Technologen" so gut wie gar nichts ein. Kein Wort über den Zusammenhang von sozialen Strukturen und Technologie, obwohl doch gerade dieser Zusammenhang die „sanften Technologen" erst zu solchen gemacht haben.

Als Beweis dafür, wie hanebüchen die Einteilung ist, fiel mir ein Freund ein: ehemals studentenbewegter Berliner Student (also Sozialist der 4. Art), dann ausgestiegener Ausbildungsleiter einer Lebensmittelfilialkette (Aussteiger der 2. Art); jetzt macht er eine Lebensmittel-Genossenschaft der Food-coop(Alternative der 1. Art). Gesunde Nahrungsmittel haben aber eine ganze Menge mit einer anderen Art von Landwirtschaft zu tun, also auch mit Landtechnik (sanfter Technologe der 3. Art).

Beim zweiten Lesen von Peter Brückners Artikel gabs dann aber doch ein paar Haken. Es stimmt ja leider, daß es nicht nur Unterschiede, sondern auch Abgenzungsbemühungen gibt; daß es die Anstrengungen gibt, die jeweils eigene Tätigkeit zur einzig bedeutsamen und konsequenten zu erklären; daß der Stolz der „Praktiker" den „Nicht-Praktikern" gegenüber nicht selten als Arroganz daherkommt; daß den Spezialisten für das Allgemeine und Zusammenhänge (Familienname: Politiker) nichts besseres einfällt, als „Rückzug" zurückzuschimpfen; daß die ständige gegenseitige Bestätigung des „Ganz- anders -sein" nicht gerade dazu beiträgt, mit anderem und anderen umgehen zu können. Ich habe mir erzählen lassen, daß es in der Vorbereitung des Umweltfestivals in Berlin 1978 Knatsch gegeben hat zwischen den „Alternativen" und den Bürgerinitiativen: die einen, die ihren Platz und ihre Umgebung schon gefunden haben, und die anderen, die noch von Entwürfen leben und von politisch gar nicht so eindeutigen Auseinandersetzungen. Vielleicht gings bei dem Knatsch aber auch nur darum, wer wann wo den Hammer schwingt.

Von den vier Brücknerschen Populationen hat erst eine ihr Verhältnis zu den anderen eindeutig bestimmt. Der Arbeitsausschuß des Sozialistischen Büros hat im Sommer 78, als es um Wahlbeteiligung ging, in einem Rundbrief geschrieben: „Sozialisten aber muß daran liegen, den Politisierungsansatz der Bürgerinitiativen zu unterstützen. Sozialisten hätten den Bürgerinitiativen zu helfen, ihre Arbeit von der aufschäumenden Bewegung in eine zielgerichtete Kontinuität überzuleiten. Sozialisten müßten versuchen, analytisch und strategisch Probleme alternativer Technologie, Probleme einer nicht- produktivkraftfixierten Wirtschaft, Fragen nach alternativen Lebensformen angehen zu helfen." Helfen, unterstützen, überleiten. „Sozialisten" fällt nichts Neues ein.

Karl Sandra

KEIN NETZWERK OHNE KNOTEN

Antwort auf Peter Brückner

Peter Brückner baut auf einer längst fälligen und richtigen Analyse eine falsche Schlußfolgerung auf. Er weiß nicht, daß der von ihm als erstes beschriebene radikale alternative Ansatz einen großen Teil der Projektarbeit in Berlin ausmacht, längst kein Ghetto mehr ist und sich mehr und mehr verbreitet. Er läßt außer acht, daß alle 3 oder 4 von ihm beschriebenen Ansätze eine große Gemeinsamkeit haben: sie sind gleichermaßen oder in ähnlicher Weise betroffen von politischer Unterdrückung und ökonomischer Austrocknung. Er vergißt, daß nur die gegenseitige Unterstützung aller Betroffenen in der Lage ist, sich langfristig gegen politische, ökonomische und ökologische Unterdrückung wehren zu können.



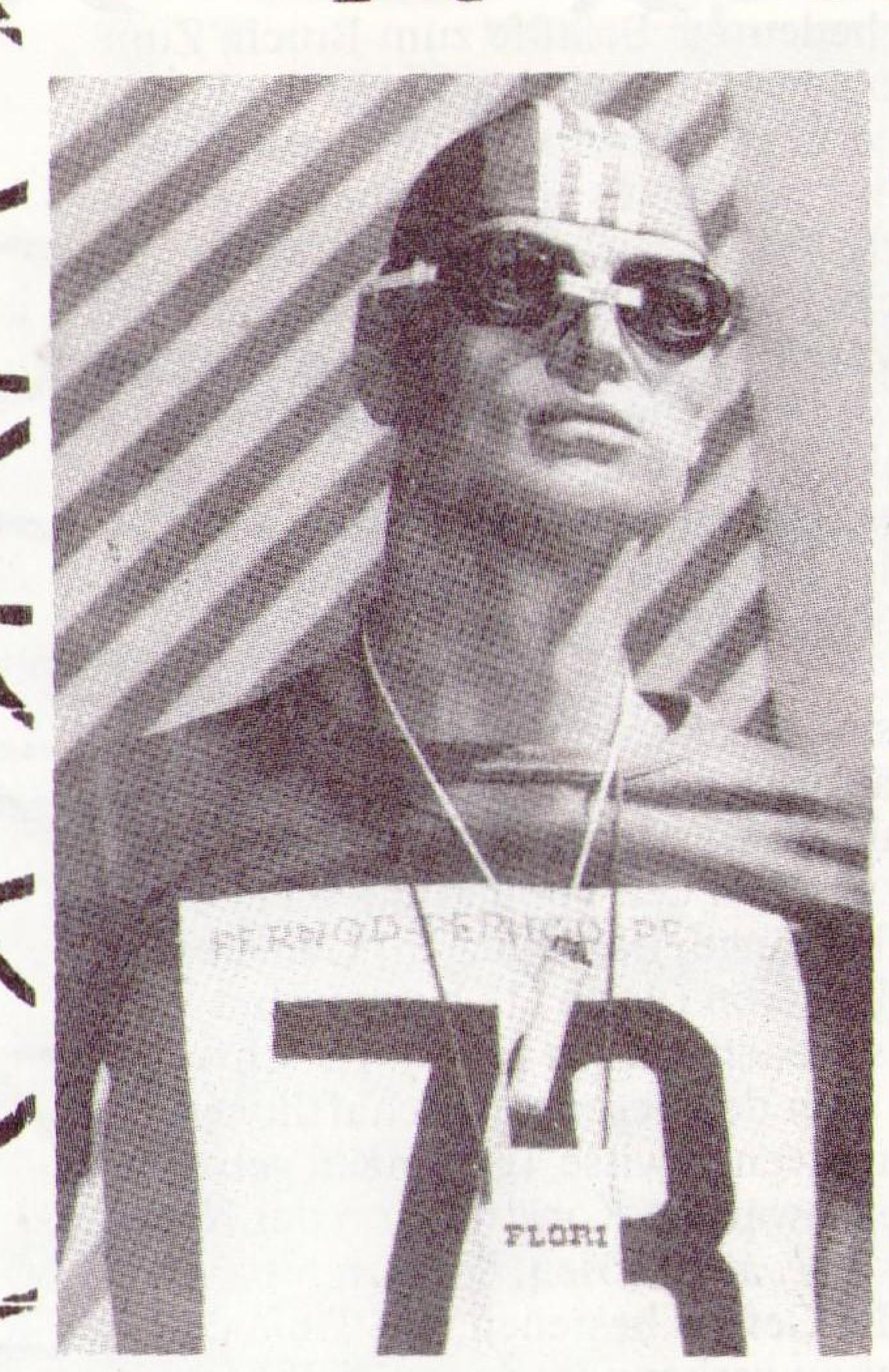

Popul.

Es ist wahr, daß die Fäden alternativer Projektarbeit (noch) etwas „quer" zueinander verlaufen; aber gerade ein Netz hat sich querende Fäden. Wir brauchen dieses Netz der gemeinschaftlichen Hilfe um besser bestehen und eine befriedigendere und sinnvollere Zukunft einfangen zu können.
Und ein Netz hat eben — Knoten.
Wir brauchen diese Knotenpunkte der Zusammenarbeit von Projekten - gerade aus den verschiedenen Bereichen - um unsere gemeinsamen Probleme besser lösen und unsere Zukunftsmodelle besser entwickeln zu können.




Popul. 2

Popul. 3



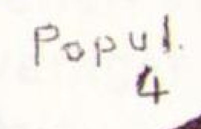
Wir lassen uns nicht so galant beiseite drängen - „liebäugelnd" und doch distanziert - und vertrösten auf die Zeit, die keine Wunden heilen kann, wenn sie die Wunden etabliert. Wir wissen, daß im Schatten der immer größer werdenden Fassade des Netzwerk—Selbsthilfe e.V. kein anderes breites „alternatives Netzwerk" aufzubauen ist obwohl wir im selben Maße dringend auf Zusammenarbeit, Vermittlung und finanzielle Unterstützung angewiesen sind. Den Vorschlag von Peter Brückner zu realisieren bedeutet unweigerlich eine Spaltung der alternativen Bewegung in zwei Lager: die Eingeschlossenen und die Ausgeschlossenen - eine Welle von Konkurrenz und Mißtrauen und die Gefahr einer Vereinzelung und Atomisierung der Projektarbeit. Oder aber der Verein schraubt seinen bisherigen Anspruch radikal zurück auf sein zuerst gedachtes Konzept einer Berufsverbote- und alternativen Arbeitslosenversicherung und gibt einem weiteren Netzwerk zur Unterstützung alternativer Projektarbeit die notwendige solidarische Starthilfe. Dies wäre eine Möglichkeit, zugleich aber ein Akt der Resignation vor der Notwendigkeit eines gemeinsamen Handelns und auch Humbug angesichts der Grundidee des Netzwerks.

Wir lehnen diese Bequemlichkeit ab, sich in der Arbeit nicht mit den Umgangs- und Lebensformen des anderen auseinandersetzen zu wollen, nur auf die veräußerlichte große Politik zu starren und große Apparate aufzubauen. Es ist ohnehin wieder einmal höchste Zeit, gemeinsam unsere Formen des Zusammenlebens zu überdenken und unsere Phantasien und Träume über die Zukunft auszutragen. So gesehen ist die Feststellung von Brückner, die radikalen Alternativen seien weniger in der Lage mit den anderen etwas zu tun zu haben als umgekehrt rein theoretisch und entspricht nicht den Tatsachen. Im Gegenteil - gerade die radikalen Alternativen haben ein großes Interesse daran, ihre Erfahrungen und Vorstellungen von einer besseren Zusammenarbeit und einem besseren Zusammenleben nach zu tragen, zu diskutieren - vor allem auch um das ihnen ständig angedichtete und auferlegte „Ghetto" zu durchbrechen. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß gerade dann die etablierten Alternativen mit Scheu und Angst vor dem scheinbar Unbekannten und Neuen reagieren. (Siehe Netzwerk und auch anderswo.)

Wir meinen, daß ein solidarisches Austragen von Konflikten möglich ist. Die bisherige Unmöglichkeit der Zusammenarbeit war weniger eine tragische psychosoziale Verstrickung, sondern eher die konkrete Unfähigkeit einiger weniger formaljuristisch Verantwortlicher, die gelähmt wurden von dem Bumerang ihrer eigenen Initiative.

Wir bleiben nach wie vor bei der Forderung, daß Leute aus diesen verschiedenen Bereichen alternativer Arbeit an den verantwortlichen Stellen im Verein sein müssen. Gerade die beiden ersten Beiratssitzungen haben gezeigt, daß dies nur eine Gerechtigkeit bei der Verteilung von Mitteln und „Vernetzungshilfen" dringend notwendig ist, ebenso für eine sachverständige Beurteilung. Wir brauchen keinen Ausschuß, sondern einen Ausgleich von Interessen! Abgrenzungen sind hier fehl am Platze! Wir bleiben bei unserer Forderung nach Dezentralisierung bei größtmöglicher Zusammenarbeit gegen jede undurchdachte Wachstumsideologie des Vereins.

Wir hoffen, daß auch die Mitglieder ein Vertrauen haben werden in die Zusammenarbeit der Projekte verschiedener Bereiche, bzw. der jeweiligen Delegierten. Die Mitglieder des Vereins werden sich letztendlich auf der MV entscheiden müssen, ob sie ein lebendiges Netzwerk haben wollen mit sorgfältig geknüpften Knoten oder ein Herumgehänge von Fäden - eben ein Netzwerk ohne Knoten.





Lieber Peter! Es freut uns, daß Du mit der Population Nr.1 so liebäugelst: es wäre schön, wenn Du dich möglicherweise auch einmal darin zu verlieben würdest. Wenn dies noch mehr täten, wären wir alle ein großes Stück weiter. Unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen ist Aussteigen wohl besser als Aufsteigen.

Herzlichst
aus Trägerkreisen

DER LEHRER UND DER FREAK

Mainz-Gonzenheim Zum Thema "was 31.November habe ich mit dem zu tun?" — das wird ja auch vom Brückner angerissen — haben wir die folgenden drei Betroffenenberichte erhalten. Sie sind — für uns jedenfalls — ein Beweis dafür, daß Satire auch im Betroffenenstil möglich ist.

I.

Ich bin Freak und wohne mit einem Lehrer zusammen. Bei uns zuhause hat die Vernetzung stets bestens geklappt: er schiebt mir die Kohle rüber, und ich biete ihm dafür den Flair vom ganz anderen Leben, dem alternativen sozusagen, aber d a s Wort mag er nicht. Dafür ist er zu nüchtern.

II.

Ich bin Freak und wohne mit einem Lehrer zusammen. Neuerdings gibts ganz schön Stunk bei uns zuhause, rein Konkurrenzgeschichten, ist uns schon klar. Aber er gönnt mir das Geld nicht, das ich vom Netzwerk bekommen habe, und ich lache ihn aus, weil er sich an der Schule so abrackert. Bis zum Berufsverbot schafft er's ohnehin nicht. Und wie soll er sonst an Netzwerk-Geld rankommen?

III.

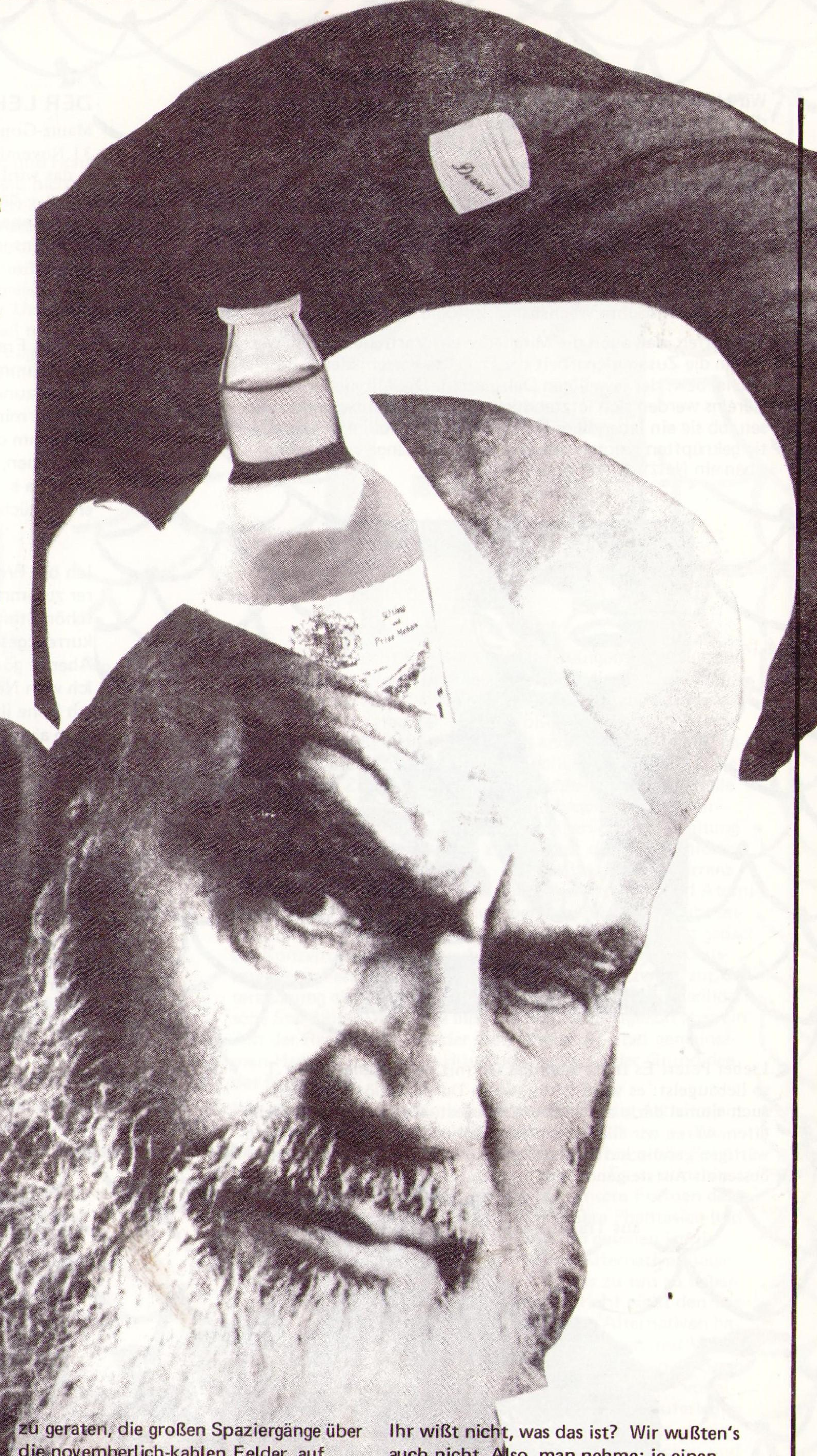
Ich bin Freak und wohne in einer Männer-WG. Mit Erich, der kurz vor seiner Verbeamtung, Sek(undarstufe) II, steht, verstehe ich mich ganz gut, aber da ist noch Heinz. Mit dem habe ich echte Schwierigkeiten. Er ist Hochschullehrer und im SB organisiert. In letzter Zeit wirbelt er nur noch für's Netzwerk. Wie früher die Parteien. Dauernd will er mich und Erich vernetzen. Dabei hatten wir bislang eine dufte Beziehung, sogar ein bißchen schwul. Aber der verdirbt einem noch alles mit seiner Vernetzung.

Alternative Gartenzwerge
Jetzt im Verbund erhältlich
— als Netzzwerge

Treffen der Alternativzeitungen in Westerburg (16.-18. November) (Westerburg liegt im Norden, dicht bei Oldenburg)

KRISE IN DER KHOMEINI–BAR

Die Khomeini-Bar



Vier, fünf Sechzehnjährige kommen in die Kneipe herein und setzen ihre Motorradhelme ab. „Was sind denn das für welche?" fragen sie mit einem Blick zu uns herüber den Typ hinter der Theke. „Ne Hochzeit, sieht man doch!" flachsen wir zurück. Aber die fünf denken sich schon ihr Teil.

Viel Leute kommen nicht mehr in die Dorfkneipe südlich von Oldenburg, seit sie einige Freaks/Genossen übernommen haben. Außer den Jugendlichen kommt gerade noch der Gesangsverein. Sonst werden die neuen Besitzer geschnitten. Aber sie machen sich auch keine falschen Hoffnungen, ins dörfliche Leben integriert zu werden. Rainer, ein 68'er Genosse, der aus Berlin ins Oldenburgische gekommen ist und jetzt neben der Kneipe auch noch beim „Nordwind" mitmacht: Unser Kneipenvorgänger war auch nicht aus dem Dorf, und 40 Jahre lang hat er versucht, von den Leuten hier anerkennt und voll ins Dorfleben aufgenommen zu werden. Geschafft hat er's nicht. Warum soll es dann bei uns leichter sein? Außerdem hab ich zu so einer Form von „integrieren" auch keine große Lust. Heute z.B. am Totensonntag, müßte ich eigentlich als Kneipenwirt an der Kranzniederlegung am Kriegerdenkmal teilnehmen - aber ich hab damit nichts zu tun." Kann ich verstehen.

Die „Kommunisten aus der Khomeini-Bar" heißen die Genossen, die uns zum Alternativzeitungstreffen eingeladen hatten, bei den Einheimischen. Aber mehr als Aggressivität drückt das schlicht Unverständnis, Fremdheit aus. Die lila Mütze, die langen Haare, die freakigen jungen Leute, von denen einige - wie man weiß - studiert haben - was wollen sie auf dem Land? Gemeinsame Berührungspunkte gibt es kaum. Die Leute aus dem Dorf schauen sich schon einmal die Gorleben-Informationen im Schaufenster der Kneipe an - aber das ist vorläufig alles. Nicht ganz alles: ab und zu ist das Gartentürchen ausgehängt. Das erste Mal fehlte es einen Monat, das nächste Mal waren es drei Monate, dann war die Welt wieder in Ordnung und Gartentürchen wieder da. Ob es in der Zwischenzeit in einer Scheune geschlummert hatte? Jedes Dorf hat so seine Traditionen, die die Zugereisten zu spüren bekommen.

Für uns war die Kneipe, wo jetzt einige Nordwindler wohnen, ein herrlicher Treffpunkt. Die Ruhe auf dem Land, die dazu einlud, gar nicht erst in Hektik zu geraten, die großen Spaziergänge über die novemberlich-kahlen Felder, auf denen die ewigen Lichter der Erdgastürme leuchteten, die Geräumigkeit „unseres" Hauses, in dem wir uns ausbreiten konnten, die gemeinsamen Essen (niemand mußte schnell mal weg zum Essengehen), die Flasche Korn, die die Runde machte - liebe „Blatt"-Läuse, vielen Dank für das Telegramm, auf euch haben wir eine extra Flasche geleert. Nur zum „Prusseln" kamen wir nicht mehr. Ihr wißt nicht, was das ist? Wir wußten's auch nicht. Also, man nehme; je einen Eierbecher, an einem Bändel um den Hals gehängt, dann flache, schnurgerade norddeutsche Straßen, und ein paar Kugeln, die werden dann möglichst weit oder kurz geworfen, jedesmal ein Grund, das Eicherbecherchen mit einem Korn zu füllen. Und so geht das dann weiter. Dann man tou!

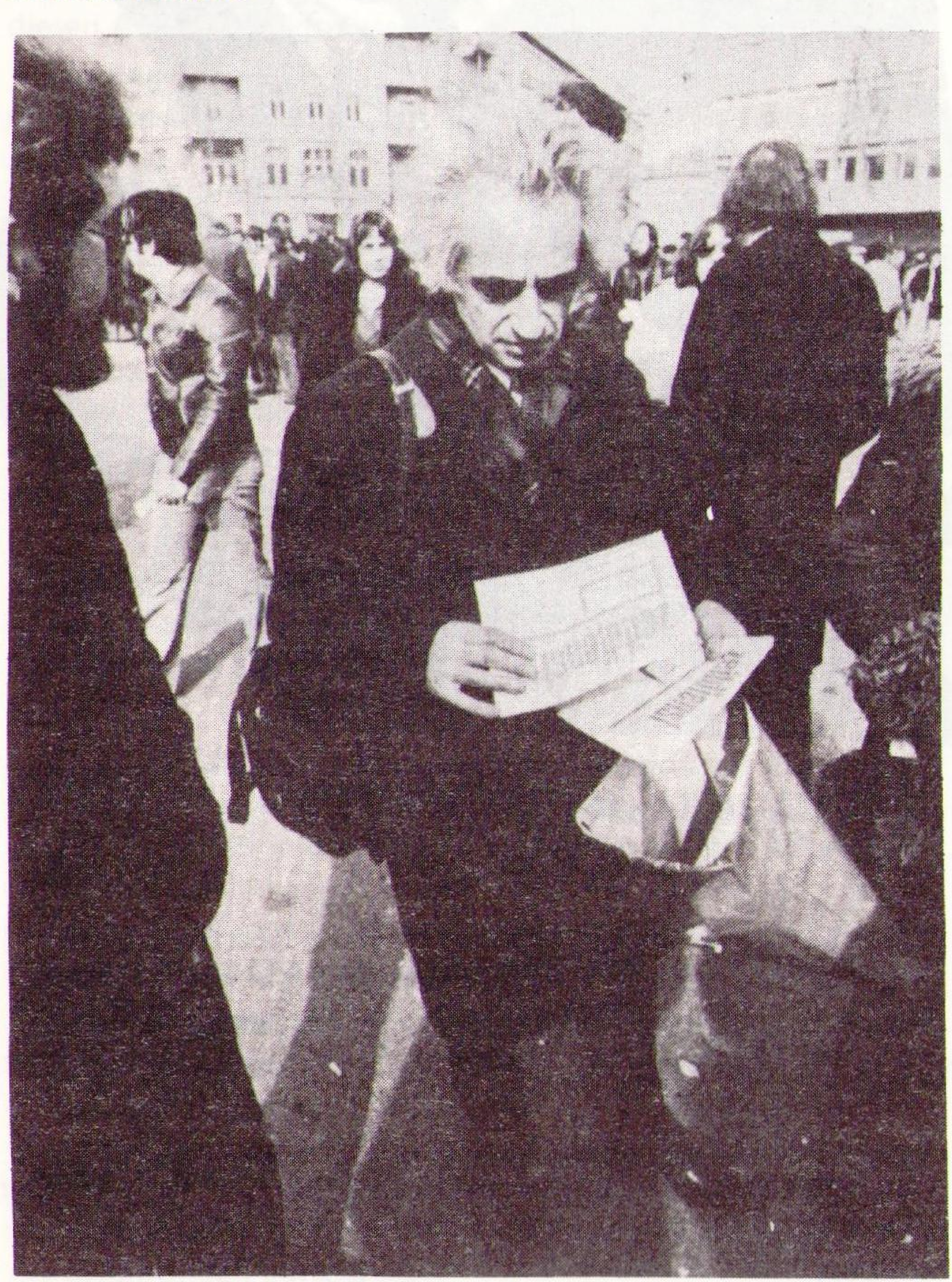
Conrad

DIE KRISE DER ALLTAG UND MACHER

Die Krise gleißt und glitzert. Sie hat die verschiedensten Facetten. Stellt euch vor, 60 Leute der verschiedensten Zeitungen sitzen in einem Raum. Die Vorstellung beginnt. ' Guten Tag, wir heißen..., wir kommen vom... blatt/zeitung. Ja und, bei uns gibt es auch eine Krise!

Spätestens nach der fünften Wiederholung dieser Szene geht der Krisensatz im Gelächter der Anwesenden unter. Der Witz liegt in der Wiederholung.
Und worum geht es bei der Krise? Vor allem um Menschen,Mäuse, Manuskripte.
Die Äußerlichkeiten sind bekannt. Bei der Id-Krise geht's um Mäuse (Geldmangel,Auflagenschwund), Menschen (Fluktuation des Personals, mangelnde feste Mitarbeiter, die möglichst auch noch anderswo her ihr Geld kriegen, schwindende freie Mitarbeiter), Manuskripte (Diskussion um den Inhalt, wenig gute Berichte, viel vorgestanzte Presseerklärungen). Und darum geht's auch bei den anderen zeitungen - bei denen vor allem gut situierten Stadtzeitungen - nur weniger ums Geld und mehr um Mitarbeiter und Inhalt.

Das hat der Rainer vom "Nordwind" (Oldenburg) kurz und knapp gesagt: Von Nr. zu Nr. sieht der "Nordwind" nach außen besser aus, nur wir werden immer unzufriedener damit. Kurz und gut, den Zeitungsmachern gefallen ihre Blätter nicht mehr. Mangelnde Diskussion, wachsende Routine, wenig Anregungen von außen, steigende Auflagen bei den Stadtzeitungen.



Theo Pinkus ist seit 30 Jahren im alternativen Zeitungsgeschäft. Er macht und verkauft den schweizer Zeitdienst.

Den Münchner blatt-Läusen gefällt ihr blatt nicht mehr (haben sie gesagt, als sie jüngst beim ID zu Besuch waren), die Freiburger mögen ihre "Stadtzeitung" nicht mehr, der "Nordwind" fragt sich, ob steigende Auflage wirklich ein Grund ist, weiterzumachen, den "radikal"-Leuten aus Berlin ist das Selbstverständnis abgehauen, der ID kriselt und kracht. Einzig die ganz "Kleinen" und ganz neuen Blattmacher haben noch gute Laune. Die Saarbrückener streiken, beim "Motzer" (wo wart ihr eigentlich?) hats schon vor Wochen gekracht.

Na, da kommt einem doch das kalte Kotzen. Zumachen, sollte man denken.

Aber mitnichten: das Treffen hatte seine Überraschungen. Ergebnis war nicht etwa ein geschlossenes Einstellen aller alternativblätter. Beileibe nicht. Das Treffen hatte eine psychologische Wirkung. Die Erfahrung, daß es auch anderen dreckig geht,daß man mit seinem Blättchen nicht allein im eigenen Krisensaft schmort, ließ die Erkenntnis dämmern, daß es auch für das Zeitungsmachen objektive Bedingungen gibt.

Deren erste: Die Zeiten und die Zeitungen haben sich geändert. Provokation und Bürger-Schock sind nicht mehr so leicht zu haben wie dunnemals Anfang der 70er . Skandal macht kaum noch eine unseerer Zeitungen. Eine neue Biederkeit macht sich breit. Die Alternativzeitungen werden sich, wie sehr richtig einer der Vielleser bemerkte, immer ähnlicher. Eine gewisse Langeweile verduftet sich durch die Redaktionsräume.
Wie sagte doch der blonde Mensch aus Freiburg? Wir nehmen Entwicklungen nicht mehr wahr. Realitäten, die sich außerhalb der eigenen begrenzten Szene abspielen, liegen außerhalb unseres Gesichtsfelds. Realitäten, Subkulturen (z.B. die Disco-Szene). Die radikal-Leute stellen fest, daß ihnen eine Öffnung nach außen" nicht befriedigend gelungen ist, "Nur-Szene-Zeitung" wollen sie aber auch nicht sein.

Auffällig, daß sich Beispiele einer "Öffnung nach außen" allzu oft auf "Gewerkschaften" und " Arbeiter" beschränken.

Weiter: Wir haben uns „linke" Tabus aufgebaut und klammern unsere eigene Realität aus. Vor der eigenen Türe kehren. Experimente sind nicht zugelassen. Über „bestimmte" Themen spricht/schreibt man halt nicht in der Szene. Dabei haben wir wahrhaft Skandale genug. Was ist mit den Eltern, die aus Arbeitsüberlastung und Mangel auf ihren schönen alternativen Bauernhöfen Kinder und Vieh verprügeln? Was ist aus der sexuellen Revolte von 68 geworden? Verstümmelt ist sie bis zur Unkenntlichkeit. Und die Aggressionen? Nicht zugelassen! Wie daheim bei Muttern und Vattern. Wer schreibt darüber? Wer schreibt über den Alkoholismus in unserer ach so heimeligen kleinen Sub-Welt, über die Genossen, die durchknallten, weil sie den unausgesprochenen Leistungsansprüchen in der Szene nicht gerecht wurden. Wer schreibt darüber, daß wir zwar nicht mit älteren Leuten leben, aber brav zu Weihnachten oder am Wochenende zu den Eltern fahren, weil Blut eben doch dicker als Wasser ist.

Ach ja, Skandale gibts genug. (Ich will nicht vom ID reden!)

Aber eben, viele Tabus gibts auch. Ich möchte einmal mit Schneiderkostüm und Kapotthut in einer linken Redaktion auftauchen (Anzug und Krawatte für den Herrn). Meint ihr, wir könnten uns dann auf Anhieb locker verhalten. Dabei habt ihr noch gar nicht bemerkt, daß das die Kluft der ganz Jungen ist. Diese Anzüge der 60er Jahre, mit den entsprechenden Hüten, den kurzen geölten Haaren. Die Kluft, um uns zu verunsichern. Guten Morgen, wir können unsere Jeans einpacken, die sind out. Der Revoluzzer trägt Bügelfalten.

Ah ja, und noch was hat sich geändert: die bürgerlichen Medien. Die sind ja nicht doof, die haben dazugelernt. Betroffenenberichte, mit denen wir vor Jahren noch stolz herumschwenken konnten, gibt es allenthalben. Im „Stern" die „Kinder vom Bahnhof Zoo", die „Rundschau" hat eine bessere Ökologie-Abteilung als alle Alternativblätter zusammen, Funk - vor allem Funk - und Fernsehen wimmeln nur so davon.

Ja, und unsere Leser von vor zehn/sechs Jahren haben wir auch nicht mehr. Wurde seinerzeit noch jedes subversiv, auch noch

so schlecht gedruckte Wort auf Flugblättern verschlungen, so siehts doch heute so aus, daß weitaus mehr Papier bedruckt wird als auch Dezehnien von Lesern in sich reinstopfen könnten.

Und dann die Leser und die Macher mit ihrer - zweifelsohne hochstehenden Moral und Wahrheitsliebe: sie erwarten von uns die Wahrheit/ und nichts als die reine Wahrheit. Und merken nicht, daß nichts langweiliger ist, als die ständige Wiederholung von Wahrheit. Die Blattmacher sind - haben mindestens einige gesagt - unzufrieden mit ihren Lesern. Sie wollen lügen, experimentieren, nicht hinter ihren Redaktionstischen einschlafen. Und was passiert: „Das versteh ich nicht", „Mit sowas scherzt man nicht", „sowas tut man nicht" mault der verschreckte Leser. Wie aber läßt sich das müde Grinsen deuten, das die Runde einheitlich befiel, als vom Bericht über die 585. Hausbesetzung des Jahres die Rede war? Ihr wißt schon: „Da haben die Bullen die Tür eingetreten, und die hatten alle entsicherte Maschinen umhängen, und...." Wer hätte schon erwartet, daß die im Bananenröckchen kommen.

Vor lauter Betroffenen-Wahrheit geht die Subversivität flöten. Das, was die guten Betroffenen mitteilen wollten, geht durch die ständige Wiederholung unter, wird nicht mehr wahrgenommen. Das Konzept der Leserzeitung ist in der Krise. Andere Formen der Darstellung/Übermittlung werden diskutiert. Aber bedeutet das nicht, daß es einigen Menschen überlassen bleibt, Zeitungen zu „machen"? Ändert sich dadurch das Verhältnis von Machern und Lesern? Werden von Spezialisten gemachte Zeitungen wieder konsumiert?

Noch ein Fazit: In vielen Redaktionen tobt die Diskussion um die „Professionalisierung". Das heißt: ein paar Leute machen die Zeitung, und zwar ständig und kontinuierlich. Sie häufen dadurch Wissen und Durchblick an. Wissen ist Macht. Aus Machern werden Macker. Ziemlich einhelliger Konsens: Die Professionalisierung läßt sich dennoch nicht vermeiden, macht den Tag angenehmer und die Arbeitsüberlastung geringer. Und zwar schon deshalb, weil der Ströme der Freiwilligen früherer Jahre versiegt sind. Leute aus früheren Zusammenhängen haben ihr Studium beendet und gehen schaffen, haben also keine Zeit mehr für die Zeitung. Die Betriebe sind wegen der gestiegenen Auflage expandiert. Was heißt: weniger Leute und mehr Arbeit. Also: Wir brauchen einen Stamm fester Mitarbeiter, der die sporadischen Helfer einarbeitet und Wissen weitergibt. Wer auf seinem Wissen sitzenbleibt oder es ausspielt, kriegt einen auf die Nuß.

Und nun zum Leid der „Profis": die neuen Leute, die nicht fest mitmachen wollen oder sich das später wieder anders überlegen, sind heißbegehrt. Nur wie geht es dem, der ein paar Jahre die Verantwortung für das Blatt übernimmt und der immer wieder erklären muß, Wissen weitergeben, Diskussionen gleichen Inhalts periodisch immer wieder führen muß und dann doch sieht, daß das für die Katz war, weil nach einem Vierteljahr wieder eine völlig andere Besetzung durch die Räume tummelt. Da ist die Wiederholung dann gar nicht mehr so witzig.

Wie dem auch sei: Zum Ende der Tagung kam uns die glänzende Idee. Zum nächsten Zeitungstreffen bitten wir zu einer Tombola. Verlost werden die Namen von Zeitungen. Jede Redaktion darf ein Los ziehen und weiß dann, wessen Blatt sie in dem entsprechenden Monat einmal machen darf. Also: Die IDler machen den Nordwind, die radikal-Leute den ID, das Blatt macht den Motzer, die Freiburger den Klenkes, usw. use.

Das hättet ihr mal sehen sollen: „Also, wenn wir bei euch sind, dann können wir endlich mal so richtig....". Ja, da kann man so richtig loslegen. Und diese Woche? Der Alltag hat uns wieder.

Heide



ROCK'N ROLL IST BESSER ALS PAPIER

Diesmal wars anders als sonst. In Freiburg (letztes Treffen) ging die Post ab, in Oldenburg gings unter die Haut. Keine Hektik, viel weniger Leute, eine leichter Schwermut lies erst gar keine Fetenstimmung aufkommen. Die Abgeschlossenheit des Hauses, der überschaubare Rahmen und der innere Druck der Teilnehmer haben so was wie Intimität erzeugt. Dadurch konnten ein paar Sachen rausgelassen werden, die sonst hinter einem Wust von 'theoretischen Einschätzungen' verborgen bleiben.

Warum machen wir eigentlich eine Zeitung? Was hab ich eigentlich davon, daß jede Woche oder Monat so ein Blatt rauskommt, in dem mich kaum noch was betroffen macht. Die meisten Macher können ihre eigene Zeitung nicht mehr lesen, sind total angeödet, aber klammern sich wie wild daran. Reproduzieren wir nicht einfach linke Normen mit unserem



Papier. Ändern tun wir eh nichts mehr, höchstens verfestigen und Langeweile übertünchen. Blockiert nicht gerade unsere Ausrede Zeitung = Vermittlung eine wirkliche Veränderung? Gibts nichts wichtigeres zu TUN für dich, als zum Beispiel diesen Artikel fertigzulesen?

Recht ungewöhnliche Fragen auf einem Treffen von Leuten, die wissen wollen, wie.s mit ihren Zeitungen weitergeht. Einhelliger Konsens: so wie bisher jedenfalls nicht. Das heißt Bruch. Viele haben ihn bereits individuell für sich vollzogen; sie sind aus den Zeitungen ausgestiegen.

Diese Aussteiger konnten dann auch leicht Quertreiber spielen und die gewohnten Beruhigungspillen wie "mehr technische Zusammenarbeit", "gemeinsame Anti-Strauß-Kampagne" vergiften. Viel weiter kommen sie auch nicht. Die Macher wollen praktische Orientierung. Unmöglich. Zuerst muß gesprengt werden.

Unsere Zeitungen sind fad. Kein Wunder, die ganze Bewegung ist fad. Was heißt hier Bewegung? Es tut sich doch nichts mehr, alle haben sich doch auf ihre Beziehungen zurückgezogen. Geh doch mal in 'ne Kneipe. Da gehts doch nur noch um Beziehungen, totaler Rückzug ins Private.

Aber das ist doch eine verständliche Reaktion auf die vielen Enttäuschungen unserer Massenbewegungen. Werden nicht unsere Genossen in den Knästen hängengelassen? Haben sich nicht in unseren eigenen Projekten Strukturen eingeschlichen, die jede Befreiung und Emanzipation verhindern? Haben viele Aktionen nicht nur eine größere Repression bewirkt?

Auf der Ebene der militanten Aktionen haben wir verloren. Eine neue Bewegung muß andere Widerstansformen entwickeln. PUNK vielleicht, oder ROCK'N'ROLL. Unsere Alternativzeitungen müssen dafür sensibler werden. Von der platten offiziellen Ebene a la Grüne Liste—Wahltaktierereien heruntersteigen und das Private aufreißen. Das subersive finden. Subtile Erfahrungen aufspüren.

Aber vielleicht können wir das nicht, weil wir selbst nicht mehr subversiv sind oder weil das Medium selbst nicht mehr subversiv ist? Früher war Alternativzeitungmachen an sich schon ein Angriff oder Widerstand. Wie kann man mit so etablierten Projekten Subversivität ausdrücken? Vielleicht ist schreien, rülpsen und den neben dir beißen (oder küssen) zu Zeit wichtiger als eine Protestresolution zu unterschreiben? Aber soll man deshalb bekanntgeben: Nach dem Alternativpressetreffen in Odenburg wurde mehrheitlich beschlossen, das Erscheinen einzustellen! Auflösung aller Zeitungen, aller fester Arbeitsstrukturen, aller Kollektive? Die Zeitungen sind zumindest noch feste Bezugspunkte über den sich ein Zusammenhalt herstellt.

Also die Macher "im Dienste des Volkes bzw. der Scene". Sicher nicht. Einer hats offen rausgelassen: Zeitungmachen, um Anerkennung in der Scene zu bekommen. Kommst in die Kneipe rein, ja da biste kein unbekannter Genosse zweiter Ordnung, sondern vom Stadtblatt, ein Funktionsträger der Scene. Ich denk, auch bei den Frauen hat mans damit leichter, auf jeden Fall gibts kein Problem wegen der Anmache: hochpolitisch ists. Wie doof! Wer? Ich oder die Normen in der Scene?

Warum eigentlich nicht: Beziehungen innerhalb des Kollektivs. "Im Rahmen der Zeitungsgruppe hat es in den 3 Jahren 35 Beziehungen gegeben, der Schnitt bei den Frauen ist 2,8 bei den Männern 2,2 ----- also was persönliche Kontakte betrifft ist die Zeitung ziemlich effektiv"(aus einer Selbstdarstellung). Ohne die Beziehungen gäbs die Zeitung wahrscheinlich schon längst nicht mehr.

Ja aber grad deswegen stagnierts auch: eingefahrene Beziehungen Rollen. Jeder hat sich sein Eckchen im Kollektiv abgesichert. Natürlich ist man überlastet, aber jeder Neue ist erst mal eine Bedrohung für meine Rolle. Doch Zeitungmachen lebt vom Kontakt nach außen. Wenn eingefahrene Rollen nichtmehr aufgebrochen werden können, dann stimmt doch im Kollektiv was nicht.

Ich weiß nicht mehr weiter. Es geht aber weiter: Oldenburg hats gezeigt. Viele sind nachdenklich geworden. Wir haben tolle Sachen erlebt und plötzlich sprudelten die flippigsten Ideen. Mal sehen was umgesetzt wird.

Scheiß ausgewogenes Ende. Lieben Gruß an Mecki, Burkhard und Johannes.

Winnie

Und nun unser kleines Fragespiel:

Ist dies

- die Mensa in der Eberhard-Karls-Universität zu Tübingen?
- oder die Malocher-Kantine der Thyssen-Hütte in Duisburg Hamborn?
- Oder der Leichenschmaus der Großsippe von zu Kerstendorff an der Plöner Seenplatte?
- oder das Fortbildungsseminar für fortgeschrittene Kader des DGB in St.Moritz?
- oder das zweite Sektfrühstück des Stadtzeitungstreffens '81 in Westerburg?



Frau Krise auf dem Treffen der anderen Blattmacher in Westerburg *1979*



WÜNSCHE,

unterbliebenenes betreffend

Ich wünsche mir, daß der ID nicht einfach nach einem Zwischenspiel, nach einem Flirt mit dem kulturell-ausgeflippten Magazinteil, in eine unbefriedigende Vergangenheit zurücksinkt. Ich wünsche mir, daß er mehr, sorgfältiger und bewußter „unterbliebene" Nachrichten bringt (und die sogenannte Kultur dabei nicht rausläßt).

„UNTERPRIVILEGIERTE GRUPPEN"

Man kann Bereiche angeben, aus denen Nachrichten unterbleiben: Kinder und Zigeuner, Arbeitsimmigranten und Asylsuchende, Altersheiminsassen und Psychiatrisierte, Knastler, Fixer und Jobber und und und. Nachrichten von nicht-prominenten Leuten und von nicht-spektakulären Ereignissen. Das Gemeinsame des Unterbleibens solcher Nachrichten ist die Ausgrenzung von Menschen wegen Krankheit, Fremdheit, Behinderung undsoweiter; sie wird von den bürgerlichen Medien unterstützt und von den großen linken Medien nur in dem Maße aufgebrochen, wie sich diese Gruppen selbst bereits ein Stück weit offiziell organisieren.

Ich wünsche mir, daß sich im Frankfurter Raum Gruppen bilden, die sich im ID-Zusammenhang mit einzelnen solcher Bereiche beschäftigen (für Ökologie, Betrieb, Ausland gibt's schon Gruppen, allerdings mit viel zu wenig Leuten). Eine Psychiatriegruppe zu machen, zeichnet sich schon ab; da gibt es einige Interessenten.

„INOFFIZIELLE AUSDRUCKSFORMEN"

Solche „unterbliebenen Bereiche" anzugeben ist nicht falsch, aber es reicht nicht. Denn „Unterbliebenes" bedeutet darüberhinaus noch eine ganze Ebene von Inoffiziellem, Querulantentum, Kohlhaasiaden, Unanständigem: die ganze Ebene von Meinungen, die nicht als politisch gelten, die nicht zu kollektiven Aktionen führen, mit der aber die Betroffenen ihre Interessen durchsetzen, ihre Bedürfnisse ausdrücken und vielleicht verwirklichen. Der frischgeprüfte Doktorand der Volkswirtschaft, der seinen Professoren erklärt, er gehe jetzt als Hirt auf die Alm: warum, das könnten sie in seinen Argumenten zur Ökologie nachlesen. Oder der Türke in Abschiebehaft, der sein Radio durchsetzt: der Schriftwechsel füllt zwei Ordner. Oder der Lehrer, der schon jetzt die Arbeitszeitverkürzung, die seine Gewerkschaft fordert, durch Kuren und Nachkuren und andere Beamtentricks ganz locker überbietet.

Ich wünsche mir, daß der ID für diejenigen, die ihn benutzen, mehr zum Forum wird anstatt zum Briefkasten: daß nicht nur Texte, und sowieso nicht nur Nachrichten, sondern auch Bilder und Graphik und Gedichte gebracht werden. Schluß mit der unseligen Praxis, daß erst der Redakteur (und zwar ausgerechnet derjenige, der gerade keinen Stellvertreter-Journalismus betreiben will) versucht, dem Bericht so etwas wie Sinnlichkeit zu verleihen. Ich wünsche mir, daß die Besetzer der Brüsseler Straße in Köln (ID 300) zwei komplette Seiten geschickt hätten (nach Absprache mit dem ID,bittschön), wo Text, Graphik, Fotos zusammen ihrer Aktion nach ihren eigenen Vorstellungen gerecht werden.

VER-STÄRKT DEN ID!

Der ID will nicht nur die großen zentralen Kommunikations-Apparate unterhöhlen, unterlaufen, ob sie dpa oder NDR ('tschuldigung, Albrecht steht trotzdem nicht hinter uns!) oder auch TAZ heißen. Der ID will auch den Pressereferenten bekämpfen, der jedem von uns im Kopf hockt und „Allgemeingültiges" verlauten läßt.

Praktische Konsequenzen? Einen wirklichen ID für unterbliebene Nachrichten zu machen, heißt unterprivilegierte Gruppen aufsuchen und auch inoffizielle Ausdrucksformen aufwühlen. (Manche Leute nennen das einen ökologischen Ansatz, weil nicht nur die industrielle, sondern auch die gesellschaftliche und politische Großtechnologie angegriffen wird; schließlich heißt Ökologie mehr als „Umwelt".)

Der ID ist für seine Aufgaben fürchterlich unterbesetzt. Wir brauchen neue Arbeitsgruppen — hier ein paar Vorschläge:

Wer eine Geburten/Kinder/Eltern-Gruppe mitmachen will, melde sich beim Richard im ID —

wer Arbeitsemigranten/immigranten und Asylsuchende zu Wort (und Bild) kommen lassen will, melde sich bei Detlef im ID —

wer Jobber zum Schreiben/Reden aufhetzen will: ebenfalls bei Detlef im ID —

wer eine Psychiatrie-Berichterstattung anfangen (weiterführen, verbessern)will, melde sich bei Waldemar im ID. —

Und dann brauchen wir natürlich noch ganz viele Ausländer/Auslandsinteressierte/Halbemigrierte/Nicht-Daheimgebliebene für unsere liebe, nette Auslandsgruppe. Seriöse Angebote bitte an Conrad.

Richard





Diskussion über alternative Entwicklungsmöglichkeiten im Wendland

Marleben, 26. November 1979

Am 8. Dezember soll es entweder in Cartow (Kreis Lüchow-Dannenberg) im Haus des Castes oder in Trebel in den Bauernstuben um 20 Uhr mit *Ivan Illich* eine Diskussion über alternative Entwicklungsmöglichkeiten geben. Unter allem möglichen anderen soll es auch um Alternativen zur gängigen Entwicklungsplanung "für strukturschwache Räume" gehen.



London – KAMPAGNE GEGEN ATOM-MÜLLTRANSPORT

Seit einigen Monaten läuft in London eine Kampagne gegen den Transport von Atommüll per Bahn mitten durch die Stadt. Der hochaktive Müll kommt aus den AKWs Bradwell, Sizewell und Dungeness und wird zur Wiederaufbereitungsanlage Windscale transportiert. Ende Januar wird in London eine Demonstration entlang der Bahnlinie stattfinden. Tatsächlich dürfte es relativ einfach sein, den Atomzug wenigstens für ein paar Stunden zu blockieren, denn es ist bekannt, auf welchen Bahnhöfen der Zug Station macht.

Uns interessiert, ob es Gruppen in Deutschland gibt, die sich mit Atommülltransport beschäftigt haben, und wenn ja, welche Erkenntnisse und Erfahrungen ihr gesammelt habt.

Wer nähere Informationen haben will, wende sich an:

Sun Power Ecology Centre, 83 Blackstock RD, London N4 2JW

IRANERN DROHT AUSWEISUNG

Frankfurt
24. November

In vervielfältigten Schreiben mit Datum vom 14. November 1979 hat die Ausländerbehörde der Stadt Frankfurt elf Iranern mitgeteilt, daß beabsichtigt sei, sie auszuweisen. Begründet wird diese Androhung der Ausweisung mit den „Vorfällen im Juli dieses Jahres". Gemeint ist damit, daß im Juli iranische Studenten Agenten der Folterorganisation des Schah-Regimes, des SAVAK, zur Rede stellten. Die Anwälte der elf Angeklagten erklären dazu:

Die Staatsanwaltschaft hat wegen dieser „Vorfälle" Anklage beim Landgericht erhoben. Das Landgericht hat über die Zulassung der Anklage noch nicht entschieden. Die Strafverfolgungsbehörden befinden sich in diesem Strafverfahren in der für sie unerfreulichen Situation, daß sie sich stützen müssen auf die Aussagen der Agenten, deren Beruf die Bespitzelung und Verfolgung der studentischen Opposition gegen den Schah war. A Außerdem ist die Staatsanwaltschaft aufgrund der Agententätigkeit dieser Zeugen gezwungen, gegen sie wegen Freiheitsberaubung, Verschleppung u.a. zu ermitteln. Diese Agenten in einer öffentlichen Hauptverhandlung als Zeugen gegen diejenigen auftreten zu lassen, denen jetzt die Ausweisung angedroht ist, und dabei gewärtigen zu müssen, daß über die Methoden des SAVAK in der Bundesrepublik weitere Enthüllungen drohen und auch die Zusammenarbeit des SAVAK mit deutschen Behörde

Geheimdiensten weiter offengelegt ird, können die Strafverfolgungsbehörden nicht wünschen. Die jetzt angedrohte Ausweisung würde die Behörden dieser unerfreulichen Situation entheben.

Die Ausweisung iranischer Studenten durch die Behörden der USA, die offene Interventionsdrohung gegen den Iran und die Versuche, den Iran gänzlich zu isolieren, haben offenbar die Frankfurter Behörden ermutigt, jetzt die Ausweisung durchzuführen.

Die Verteidiger der iranischen Studenten sind der Ansicht, daß diesen Versuchen der Frankfurter Ausländerbehörde entgegengetreten werden muß. Wir fordern, daß die Ausweisungsandrohungen zurückgenommen werden.

Kontakt: RAe Eberhard Kempf, Birgit Laubach, Mainzer Landstr. 147/III, 6000 Frankfurt 19



SPENDET DRUCKFARBE FÜR DIE SANDINISTAS

DIE ZEITSCHRIFT FÜR INTERNATIONALEN KULTURAUSTAUSCH SCHICKTE FOLGENDEN BRIEF AN DIE MITGLIEDER DER IG DRUCK UND PAPIER, AN DIE ALTERNATIVE PRESSE UND DIE FORTSCHRITTLICHEN DRUKKEREIEN IN DER BRD.

Die Kolleginnen und Kollegen der ehemaligen Somoza-Druckerei in Managua/Nicaragua haben sich mit einer dringenden Bitte an uns gewandt. Der Betrieb mit einer Belegschaft von

30 Personen befand sich bis zu seiner Vertreibung in Besitz des Diktators und wurde nach der Befreiung von der Frente Sandinista übernommen. Heute werden dort Plakate, Broschüren und andere Publikationen der FSNL gedruckt, die dringend für die Alphabetisierung, die politische und medizinische Aufklärungsarbeit benötigt werden. Um einen erheblichen Materialmangel möglichst schnell zu beheben, brauchen wir Geld und Sachspenden für folgende Dinge: - Druckfarbe für eine „Heidelberg-Offset" – Offset Druckplatten Marke Waypont 21 5/8 und 25 5/8 und Chemikalien – Buchdruckfabe – Entwicklerflüssigkeit RT 1286277 replanisher part A Kodalit, RT 1286319 part B für 30 Galonen – Typomaßstäbe – Rubber und Verdünnung – Anti UV Schürzen und Handschuhe · sowie Staubmasken – verschiedene Ersatzteile für eine Heidelberg Offset.

Zur Unterstützung dieser Aktion haben wir eine Mappe mit Grafiken produziert, die der heutige Leiter der Druckerei, Mauricio Mejia, 1977 zur sozialen Lage der Bevölkerung Nicaraguas zeichnete: 8 Blätter, 35x45 cm, einige 2-farbig, Auflage 500, Offset Preis DM 40,- plus Porto. Bestellt die Mappe, spendet auf das unten angegebene Konto und gebt diesen Aufruf bitte weiter!

4 Motive auch als Postkarten erhältlich. Je Satz DM 2,-- incl. Porto

Vielen Dank und herzlidhe Grüße
die IKA Redaktion

Kontakt: IKA Lerchenstr. 84, 7000 Stuttgart 1
Tel. 0711-296613
PSchA Stuttgart, Konto 16238-7-8



Das ist eines der Postkartenmotive

Studentenbewegung im Iran

HINTERGRÜNDE DER BOTSCHAFTSBESETZUNG

Teheran 10.November Die Besetzung der US-Botschaft in Teheran wurde in der bundesrepublikanischen Presse – auch in der linken – als eine Aktion der Leute um Khomeini dargestellt. Die studentischen Besetzer erscheinen in dieser Sichtweise als Marionetten des Imam, eine selbständige politische Handlungsmöglichkeit wird ihnen nicht zugebilligt.

Der folgende Artiel, der von einer Gruppe deutscher Studenten stammt, geht demgegenüber von einer gewissen Eigenständigkeit der studentischen Aktionen aus, er sieht sie im Rahmen einer persischen Studentenbewegung und den aktuellen sozialen Problemen, etwa der Wohnungsnot. Die Autoren des Artikels sind erst vor wenigen Tagen aus Teheran zurückgekommen. In einer Übersicht über die Aktionen der persischen Studenten in den letzten Tagen vor der Botschaftsbesetzung versuchen sie, die persische Studentenbewegung vor deren Eintritt in die Weltpolitik (und ihrer Funktionalisierung) nachzuzeichnen.

"Einer der innenpolitischen Anlässe, die zu dieser Botschaftsbesetzung geführt haben, blieb bis heute, auch in der Taz, unerwähnt. Mit Beginn des ersten "nachrevolutionären" Schuljahres im Oktober'79 entstand eine immer größer werdende Schüler- und Studentenbewegung im Iran. Sie begann mit dem Protest der Schüler gegen die Wiedereinführung des Schulgeldes und führte zu Demonstrationen, Besetzungen, Sit-ins und politischen Seminaren. Hier ein Auszug aus persischen Tageszeitungen, die trotz aller Zensurbestimmungen die Inhalte und die Größe dieser Bewegung erkennen läßt:

25.Oktober

Studenten der Natur- und Industriewissenschaften der Teheraner Universität besetzen 600 Zimmer des "International Hotels". Ihre Gründe: "Nach monatelangen Verhandlungen mit der Uni und anderen Behörden wegen Wohngebäuden kamen wir zu dem Ergebnis, daß die Verantwortlichen nur Versprechungen machen. Von den 7 000 Studenten der Teheraner Universität kommen 60% aus den verschiedenen Provinzen und bekommen nur 6 500 Rials (ca. 150.-) für Mietkosten, was nur für einen sehr kleinen Raum ausreicht." Sie wollten deshalb zum einen das Vermögen der Kapitalisten enteignen und zum anderen ein vernünftiges Wohngebäude beschaffen.

Während diese Besetzung noch ohne Zwischenfälle verlief, kam es im "Royal Garden Hotel" zu Auseinandersetzungen mit den Pastaren, den "Wächtern der Revolution". Über 1 000 Studenten der Nationaluniversität nahmen an dieser Besetzung teil. Obwohl sie vorher das offizielle Komitee über ihre Absichten informiert hatten, provozierte der Hotelbesitzer, schlug einige Scheiben ein und rief die Pastaren, die das Gebäude räumten. Gegen 5 Uhr nachmittags zogen erneut etwa 1 000 Studenten vor das Hotel und besetzen es mit den Rufen: "Wir haben ein Recht auf Wohnungen", Inzwischen hatten die letzten 120 Gäste dieses Hotel verlassen.

An diesem Tag wurden noch das "Imperial Hotel" und das "Waldorf Hotel" besetzt, letzteres von den Studenten der Erziehungswissenschaften. Sie erklärten: "Wir haben das Hotel besetzt, weil es mitten im Stadtzentrum liegt und die Besitzer mit den internationalen räuberischen Kapitalisten und Zionisten verbunden sind. Sie versuchen die Angestellten gegen uns aufzubringen, aber die Bewußten unter ihnen arbeiten mit uns zusammen. Wir haben während des ganzen Tages erklärt, wenn die Verantwortlichen nicht mit uns in Verhandlungen treten, werden wir nachmittags Räume dieses Hotels besetzen."



Irrationalismus im Westen:
Ku Klux Klan-Jugendliche
beim Waffentraining

Studenten des Lehrer-Seminars begannen am Tag zuvor mit einem Sit-in, um gegen Veränderungen innerhalb der Universität und gegen zu schwierige Übungen zu protestieren. Sie hinderten Fakultätsmitglieder am Verlassen des Gebäudes bis zwei Uhr nachts. Dann erschien der verantwortliche Direktor im Erziehungsministerium. Das Lehrer-Seminar wurde geschlossen, die am Sit-in beteiligten Studenten sollen ausgeschlossen werden.

In den letzten Tagen fanden in Teheran Schülerdemonstrationen statt, die gegen die Wiedereinführung der Schulgebühren protestierten. Sie versammelten sich vor dem Sitz des Erziehungsministeriums und verlangten den verantwortlichen Direktor zu sprechen. Die Schüler, vorwiegend Frauen, forderten: Recht auf politische Freiheiten; Recht auf Streiks und Sit-ins; Tod der kolonialistischen Kultur; Privatschulen und kapitalistische Unternehmen müssen zerstört werden.
Als sie versuchten, das Gebäude zu betreten, erschien vor dem Gebäude eine andere Gruppe, die ihnen entgegenrief: "SAVAK-Kinder, SAVAK-Kinder müssen exekutiert werden."

SCHLAGZEILEN AN DIESEN TAG BEI UNS:
Schah reist in die USA, Khomeini: "Allah sei Dank, der Schah hat Krebs!"

27.Oktober

Ein "provisorischer Rat der Studenten" veröffentlichte eine Resolution: " Es wurde und wird von der islamischen Revolution unseres unterdrückten Volkes gegen den Welt-Imperialismus, der von den USA angeführt wird, erwartet, daß sie bedeutende Schritte zur Lösung der Probleme des ausgebeuteten Volkes unternimmt, im Hinblick darauf, daß jeder Mensch ein Grundrecht auf einen angemessenen Wohnraum hat. Wir meinen, eine kurzfristige Lösung läge in der Enteignung leerstehender Gebäude, deren Besitzer Agenten des Pahlavi-Regimes waren und große Kapitalisten sind. Eines unserer Rechte ist es, ein Studentenwohnheim zu haben. Aber die Aktivitäten der Verantwortlichen gingen nicht über Briefeschreiben hinaus. Der Druck, der aus dem Bedarf an Wohnraum resultiert, veranlaßte uns, unseren Protest zu artikulieren und damit die Verantwortlichen und die Massen zu erreichen. Deshalb mußten wir einige Gebäude und Hotels besetzen. Wir berücksichtigen aber, daß unser Wohnproblem nicht getrennt werden kann von dem Wohnproblem der Massen. Unsere Forderungen sind aber 100% studentische Forderungen und nicht die einer bestimmten Gruppe. Wir verlangen eine vernünftige und annehmbare Lösung und sind zu Verhandlungen mit den Verantwortlichen bereit. Wir erwarten von Regierung und Revolutionsrat, dieses Problem dementsprechend durch Enteignung der großen Gebäude zu lösen."

150 Studenten der metereologischen Fakultät besetzen einen von fünf leerstehenden Hochhausblocks im Norden Teherans. Studentische Sympathisanten der Islamisch-Republikanischen Partei (Mulla-Partei) unterstützen zwar die Forderungen der Studenten, fordern sie aber auf, "nicht in einer Art und Weise zu handeln, die der Konterrevolution nützt".

28.Oktober

Mittlerweile mischen auch religiöse Gruppen bei den Hotelbesetzungen mit, so in Sari in Nordpersien, wo 100 Mitglieder der islamischen Studentengemeinschaft das "Mazanderan Hotel" besetzten.
Andererseits wird die Regierung langsam ungeduldig. Innenminister Sabeghian verkündet im Radio: Wenn politische Gruppen die Hotelbesetzungen als Ausgangsbasis benützen, wird das die Regierung keinesfalls tolerieren.
Und zu den Forderungen der Schüler findet der Erziehungsminister folgende, auch für unsere Ohren vertraute, klärende Worte: "Wir haben erklärt, daß in der Schule jeder frei ist, jede politische Frage ohne Einschränkungen einzubringen, ausgenommen politische Propaganda, die eine Gruppe vorbringt; das ist verboten."

In Uromieh(Westiran) besetzen Medizinstudenten das "Arian-Hotel", um dort eine Klinik einzurichten. "Wir hatten hier noch nie eine Klinik für praktischen Unterricht, unsere Uni-Ausbildung ist deshalb unsinnig."

29.Oktober

Demonstrationszug in Teheran. Verschiedene Gruppen aus dem Norden und aus dem Süden der Stadt treffen sich an der Universität. Sie tragen Plakate für politische Freiheiten in der Schule und für die Abschaffung der Schulgebühren. In der Avenue Hafez (ca. 600 Meter von der Uni) wird ein Teil der



Demonstranten mit Messer und Dolchen angegriffen, ein Student wird dabei verletzt.

Alle Vertreter von den Hausbesetzern und studentischen Gruppen versammeln sich, um über weitere Schritte zu beraten. Dabei treten auch Studenten auf, die die entstehende Bewegung in eine andere Richtung abdrängeln wollen. Mittlerweile weiß man, wo das landen sollte:
"Wir sind in einer Phase des Kampfes, in der wir uns ganz auf den Imperialismus konzentrieren sollten. Die Regierung hat derzeit keine Möglichkeit, die aktuellen Probleme zu bewältigen. Wenn wir sie weiter unter Druck setzen, wird sich ein verstärkter Sicherheitsapparat und eine autoritäre Regierung entwickeln. Deshalb sollten wir unseren Druck mehr auf Enthüllungen und Aufdeckungen verlegen, sodaß die Regierung nicht unter Druck kommt und der Imperialismus nicht in den

Iran eindringen kann. Wir legen unsere Forderungen nach Wohnungen nicht auf die Seite, aber wir sollten nicht zulassen, daß diese nicht zum Anlaß für Reaktion und Faschismus dienen können."

Weitere Besetzungen finden jetzt überall im Land statt: Frauen besetzen das Semiran-Hotel in Mobarzan und werden von Leuten der islamischen Studentengemeinde angegriffen: das Gebäude der Atomenergieorganisation in Teheran wird von Studenten der Techn. Hochschule besetzt; in Maschad (Ostpersien) wird das „International-Hotel" besetzt; in Uromieh ein Gästehaus einer Reisegesellschaft.

30. Oktober

Zwischenfall in der Technischen Fakultät der Teheraner Uni. Ca. 20 Leute, die religiöse Slogans riefen, betraten die technische Fakultät und rissen einige Plakate von den Wänden und attakierten anschließend die Büchertische. Als Studenten gegen diese Gruppe vorgehen wollten, zog einer von diesen ein Messer und verletzte zwei Studenten. Daraufhin wurden sechs Leute von den Studenten überwältigt und festgehalten. Es wird mit ihnen ein öffentliches „hearing" veranstaltet. Ein Student: Solche Sachen waren im früheren Regime üblich. Klar, daß sie bezahlt worden sind, um Unruhe in der Uni zu stiften.... Die Hintergründe sollten aufgeklärt werden. Die Univerwaltung nimmt diese Vorfälle zu leicht. Wir verlangen, daß Vorkehrungen für die Sicherheit in der Uni getroffen werden.

Nach einem neun-tägigen Sit-In von Studenten der technischen Hochschule in Tabriz (Nordwestpersien) kam es zu einer grossen Demonstration wegen der Verhaftung von vier Teilnehmern dieses Sit-Ins. Auch diese Demonstration ist von einer Gruppe angegriffen worden, die mit Ketten und Stöcken bewaffnet waren. Daraus entwickelte sich eine schwere Straßenschlacht, die von den Pastaren durch Schüsse in die Luft aufgelöst wurde. Viele wurden verletzt.

Ebenfalls Zusammenstöße in Maschad, zwischen Schülergruppen und Lehrern wegen der Geschlechtertrennung in den Schulen.
Weitere Besetzungen von Hotels und anderen Gebäuden in Teheran, Hamedan, Uromieh und Tabriz (das beste und größte Hotel ist besetzt worden, um es in eine Klinik umzuwandeln.)

In Uromieh wurde die Uni geschlossen; 400 Lehrer besetzten in Buschehr, persischer Golf, das Gebäude der Schulbehörde wegen Einstellungsstop.

Die „Organisation der demokratischen Jugend und Studenten im Iran" (der Tudehpartei nahestehend) warnt ebenfalls mit bekannten Tönen:
„Einige ultralinke Gruppen und pseudolinke Grüppchen, die immer bereit sind, jedes Mittel zur Erreichung ihrer Absichten einzusetzen, wollen mit Tumulten das Problem der Studenten in eine Richtung treiben, die als Vorwand für den rechten Flügel dient, die Jugendbewegung anzugreifen."

Überall im Land finden jetzt Demonstrationen und Sit-Ins statt.

31. Oktober

In zwölf großen Städten finden heute wieder Demonstrationen und Sit-Ins statt. Lehrer, die seit 14 Tagen auf ihre Gehälter warten, haben sich mit den Schülern solidarisch erklärt, die die Schulbehörde besetzt halten.

In Teheran bildet sich ein „provisorischer Rat" aller besetzten Hotels und Gebäude:

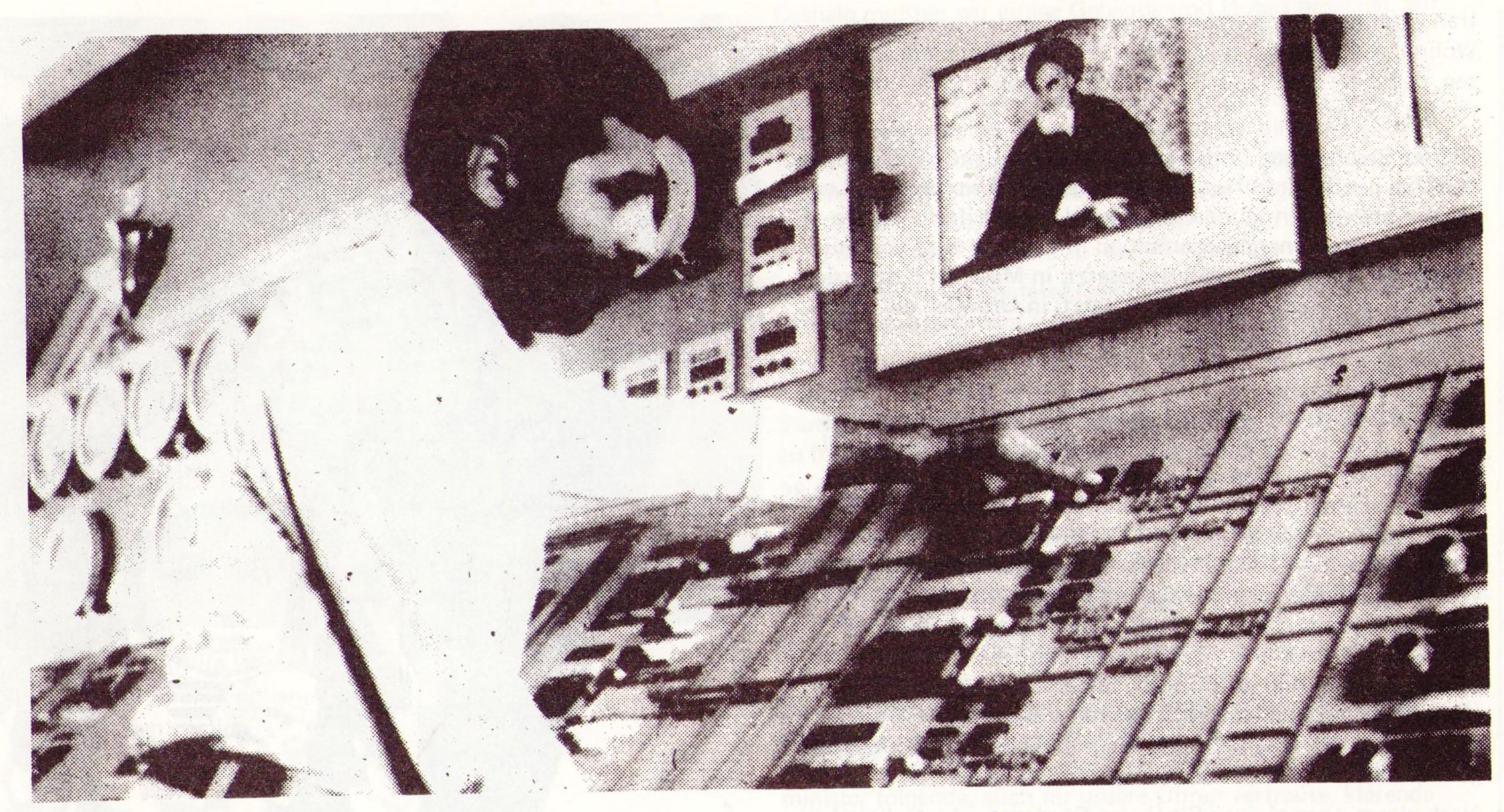
„1. Lösung des Wohnproblems unter Berücksichtigung der arbeitenden Massen,
2. Enteignung von Hotels und Gebäuden, deren Besitzer zu den großen Kapitalisten gehören,
3. Hotels und Gebäude sollen zum Wohl der Ausgebeuteten in Krankenhäuser, Wohnungen für Obdachlose und Slumbewohner oder gemeinnützige Einrichtungen umgewandelt werden.
4. Bereitstellung von Schlafmöglichkeiten für alle Studenten
5. Diese Aktion ist an keine Gruppe oder Organisation gebunden.
6. Jeder Versuch, diese Aktion vor den Massen in ein schlechtes Licht zu rücken ist zu verurteilen.
7. Der Rat verurteilt jede unverantwortliche Aktionen, die Opportunisten ausnützen könnten.
8. Wir sind nicht die Sorte von Leuten, die in Hotels wohnen oder wohnen wollen. Aber solange die Regierung und die Behörden uns keine offizielle Antwort auf unsere Forderungen über die Massenmedien geben, werden wir in den Hotels bleiben."



Vor der US-Botschaft in Teheran: das Kind eines Khomeini-Anhängers wird von den wartenden Demonstranten den Fotographen vorgestellt.

3. November

130 islamische Schüler- und Studentengemeinschaften kündigen eine große Demonstration und ein großes gemeinsames Gebet für den darauffolgenden Tag an. Es ist der Jahrestag



Der Kontrollsaal im Hafen der Insel Kharg: von hier aus wird der Hauptteil des iranischen Öls in westliche Schiffe gepumpt - oder auch nicht.

des Angriffes der Teheraner Uni durch das Militär. Dies unterstützen: die Mujahedin des Islam (keinesfalls mit den Volksmujahedin verwechseln) und die Studentenorganisation der Islamisch-Republikanischen Partei. Einige ihrer Forderungen und Slogans: Erziehung auf islamischer Basis!
Schulgeld auf islamischer Basis muß bezahlt werden!
Politische Erziehung auf islamischer Basis!
Unruhen in Schulen-Intrigen der Ausländer!
Verschwörungen in Schulen müssen vernichtet werden!
Gestern „Kurdistan" - heute „Schulgeld"!
Schulgeld ist ein Vorwand - Verschwörung der Ausländer!
Stimmungsmäßig wird der darauffolgende Feiertag durch eine Rede von Imam Khomeini unterstützt:
„Die Schüler, Studenten und theologischen Studenten müssen ihre Attacken auf die USA, Israel ausdehnen und die USA drängen, den Schah auszuliefern und diese extensive Verschwörung verdammen. Sie müssen ihre Einheit wiederherstellen und ihre islamische Revolution unterstützen.
Das Volks muß sie dabei mit ganzer Kraft unterstützen.
Möge Gott mit euch sein..."

Am 5. November, vormittags, war es dann soweit, die US-Botschaft wurde gestürmt, die Studenten und Schüler sind aus den Nachrichtensendungen und aus den Zeitungsberichten verschwunden.

In diesem Zusammenhang weisen wir auf eine Iran-Veranstaltung am Freitag, den 7. Dez. 1979 um 20.00 Uhr im Multizentrum, Ludwigstraße 12, Neu-Isenburg.

ES GÄBE WEDER DEN ELSASS NOCH DIE BRETAGNE

Das folgende Gespräch zwischen den französischen Liedermachern Alan Stivell und Roger Siffer erschien in der 'Le Monde de la Musique' Nr. 13/14–79. Aus Paris bekamen wir eine Übersetzung zugeschickt.

Stivell und Siffer sind Vertreter ihrer jeweiligen traditionellen Musik, zugleich auch Repräsentanten der Regionalistenbewegung in Frankreich. Ihnen ist es zu danken, daß die bretonische und elsässische Folklore und insbesondere die Elemente der Freiheit und des Widerstandes, die in ihr stecken, in Frankreich bekannt wurde und auch über die Grenzen Frankreichs heraus immer mehr Freunde gefunden hat. Obwohl sie sich aufs 'Traditionelle' beziehen, sind beide offen für musikalische Experimente, die keltische Harfe zum Beispiel läßt sich sehr gut mit Elementen des Rockjazz verbinden. Diese Experimentierfreudigkeit stößt — besonders in den Regionen selbst — oft auf Unverständnis. Wer nur die bekannten Platten von Stivell kennt, sollte sich mal die 'Before Landing' anhören, hier versucht Stivell die Geschichte der Bretagne musikalisch darzustellen, die Vergangenheit und die Gegenwart. Noch weiter als Stivell im Rahmen des musikalischen Experiments geht sein ehemaliger Gitarrist, der sich inzwischen von Stivell getrennt hat und selber Platten produziert, Dan Ar Bras. Hört euch mal seine Platte 'Allez dire a la ville' an.

In den letzten 10 Jahren haben die französischen Regionalisten viel gekämpft. Alan Stivell und Roger Siffer waren immer vorne dabei; vor kurzem haben beide Bücher veröffentlicht, in denen sie Bilanz ziehen. Wir (Le Monde de la Musique) haben sie zusammengesetzt, um sie darüber debattieren zu lassen, wie es um den Regionalismus heute steht. Siegesfreude oder Lamentieren im 'Wellental'? Sich weiter in der Tradition verankern oder sich allen Strömungen des 20.Jahrhunderts öffnen?

Stivell: Wir mußten alle bei Null anfangen, tiefgehenden Rassismus über den Haufen werfen. Ein bretonisches Lied zu singen, das bedeutete noch vor wenigen Jahren, sofortige und fast physische Ablehnung zu provozieren. Das bedeutete, sich der Lächerlichkeit auszusetzen.
Dann ist es durch die Musik gelungen, diese Sperre beiseite zu räumen. Das ist schon ein enormer Fortschritt. Aber der Rest ist nicht gefolgt, d.h. die kulturelle Revolution fand nicht statt. Es hätte eine Explosion geben müssen, auf allen Gebieten der kreativen Kunst: Theater, Malerei, Tanz, Film... es hätte unglaublich brodeln müssen. Aber nichts ist passiert! Ein paar Theatergruppen, ein paar Gedichtbändchen auf bretonisch, aber Musik und Chanson bleiben Vorposten.
Die Musiker tragen einen Teil der Verantwortung. Sie hätten ihre Möglichkeiten besser nutzen können, um die Bewegung weiterzubringen. Während der Welle der Fest Noz (traditionelle bretonische Feste) z.B. wäre es zu arrangieren gewesen, daß



andere Formen der Darstellung beteiligt werden. Zu Beginn, bevor alle zu trinken oder zu tanzen beginnen, könnte man Cabaret oder Chansons bringen, aber niemand hat es versucht.

Siffer: Ich habe jahrelang versucht, meine Lieder auf allen Dorffesten im Elsaß zu singen, aber ich habe es aufgegeben. Es ist zu schwierig: nach einem fröhlichen Tag bis Mitternacht im Zelt bleiben, wo alle besoffen sind.
Wir sind z.Zt. auch in einem Wellental. Natürlich , 20 Gruppen, die elsässisch singen, das ist nach allem ein großer Fortschritt. Aber die Gruppen bekommen Schwierigkeiten, rund zu kommen. Der Elsaß ist ein kleines Land, und dann ist da ein neues Phänomen: die engagierten Sänger haben Angst. Sie bemerken, daß ihr Publikum, zufriedene Elsässer, auch gut französisch leben will; dieses Publikum kann sich nicht einfach sagen lassen, es ließe sich vom französischen Imperialismus einpacken und verarschen. Im Allgemeinen ziehen sie es vor, die Augen zu schließen.

Stivell: Stimmt, aber gleichzeitig sind wir da ein Stück weiter gekommen. Zum Beispiel die Benutzung des Regionalismus durch die französischen politischen Parteien. Heute sind die Linksparteien Regionalregierung und –parlamenten nicht abgeneigt ; das war noch vor ein paar Jahren des Programm der Autonomisten!
Wir haben immerhin einen Punkt erreicht, wo es keine Umkehr mehr gibt: es ist heute unmöglich, sich über die Regionalkulturen lustig zu machen. Jeder, der einmal einen bretonischen Tanz getanzt hat, kann nicht mehr sagen, bretonischer Kram sei für Hinterwäldler, Man kann das nicht mehr mißachten. Und von dem Moment an, wo Respekt da ist, ist schon ein Stück gewonnen. Respektiert sein – und sich selbst respektieren – mehr ist schließlich nicht verlangt. Dann muß man nur zusehen, wie man diesen Respekt in technische, politische und verwaltungsmäßige Formen übersetzt.

SIFFER: Vor ein paar Jahren sind wir alle in einer Periode von Euphorie gewesen, als die Bewegung endlich ans offene Tageslicht kam. In dieser Zeit war der Erfolg der Musik überhaupt nicht von der Qualität abhängig. Man konnte sehr schlecht auftreten, egal. Die Leute waren dabei, etwas von sich selbst wiederzufinden, es entsprach einem unbewußten Bedürfnis.
Dann ist das Kind groß geworden, man begann es zu kritisieren. Heute hat das Publikum die Auswahl, die Gruppen entwikkeln sich. Wir werden bald erwachsen sein. Vielleicht der Beginn einer neuen Epoche. Wir müssen jetzt die Musikpalette erweitern. Wir müssen Disco-Sound auf bretonisch oder elsässisch bringen... Ich werde bald eine Platte mit elsässischem Rock'n' Roll produzieren.

STIVELL: Einverstanden. Wir müssen alle Musikformen erreichen. Es fehlen z.B. Platten für Kinder. Wir haben ihnen nichts anzubieten, müssen ihnen französische Dinger geben. Vor ein paar Jahren hat Phillips eine Platte mit keltischen Legenden gemacht und meine Musik benutzt. Mein Sohn will das jeden Abend zum Einschlafen hören. Aber es gibt nichts Vergleichbares auf bretonisch.

SIFFER: Ja, und meine Tochter hört meine Platten, nichts als meine Platten! Ein Kreuzweg – von 9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends, volle Lautstärke, unerträglich. Meine Strafe.

STIVELL: Die Kinder scheinen nicht das bevorzugte Thema der Regionalistenbewegung zu sein. Heute müßten die bretonischen Lehrbücher und Sprachkurse einer praktischen, präzisen Situation angepaßt sein. Und die erste, die mir einfällt, ist eine Mutter mit ihrem Kind: sie müßte Worte finden können, die man einem Kind sagt. Solche Bücher gibt's aber nicht.
Im Gegensatz dazu fand ich in bestimmten Wörterbüchern Übersetzungen von französischen Worten, die ich einfach vergessen hatte.

SIFFER: Im Elsaß ist das ein bißchen anders. Es gibt fast keinen Unterricht oder Lehrbücher für elsässisch – höchstens für versetzte Geschäftsführer.
Laut offiziellen Statistiken sprechen noch 70% der Bevölkerung ihre Sprache, es müssen also keine Kurse veranstaltet werden. Aber bei unseren Kindern wird der Einschnitt fürchterlich sein. Die Eltern, die noch elsässisch sprechen, ziehen es vor, ihren Kindern französisch und deutsch beizubringen. Das ist rentabler, sie denken an den gesellschaftlichen Aufstieg.

STIVELL: Sowie man die Nationalsprachen anspricht, kommen die französischen Nationalisten auf einfach infantile Gedankengänge. Sie stopfen sich Ohren und Augen zu. Sie gehen davon aus, daß die Regionalsprachen in der mordernen Welt 'überflüssig: sind, sie wollen, daß man sie mit Argumenten der Nützlichkeit verteidigt. Das Problem liegt aber nicht hier. Eine Sprache ist von dem Moment an notwendig, wo sie existiert, und ihr Ver-

schwinden wäre ein irreparabler Schaden für das geistige Allgemeingut. Man sollte das nicht immer wiederholen müssen, das ist ein Grundprinzip. Und es hängt nicht von der Zahl derer ab, die die Sprache sprechen. Bretonisch sprechen vielleicht 800 000. Aber die Isländer sind nur 200 000, wer will ihnen das Recht bestreiten, ihre Sprache zu sprechen?

SIFFER: Das Elsässische und das Flämische sind Sprachen, die vom französischen Staat nicht als Dialekte, sondern als Fremdsprachen verstanden werden. Das heißt, daß sie nicht an der Schule gelernt werden können (wie seit einigen Jahren bretonisch und okzitanisch) und nicht als Wahlsprache beim Abitur genommen werden können. Du kannst an der Schule bretonisch oder baskisch machen, aber nicht elsässisch, man begreift das als deutsche Sprache. Aber deutsch ist keine richtige Sprache, es ist eine künstliche Synthese vieler Dialekte, die im 16. Jh. von den Protestanten zusammengebracht wurde. Das Elsässische dagegen läßt sich bis ins 3. oder 4. Jh. zurückverfolgen, wenn nicht noch weiter.

Die Regionalismusbewegung in Deutschland ist dabei, unglaubliche Ausmaße anzunehmen: man wir von einer Seite überrascht, von der man es nicht erwartet hätte. Mundart-Feste werden dort immer häufiger, und wie immer da drüben geht alles sehr schnell und sie haben die Mittel. Die Plattenfirmen nehmen schon alles auf, was Dialekt singt, das ist Sitte geworden.

Und Stivell verkauft sich gut in Deutschland, es gibt dort sogar bretonische Festivals und Gruppen, die keltische Musik besser spielen als die Bretonen! Die Deutschen sind vom keltischen fasziniert, ebenso von den Kartharere (Alt-okzitanische Kultur). Man weiß nicht so recht wieso.

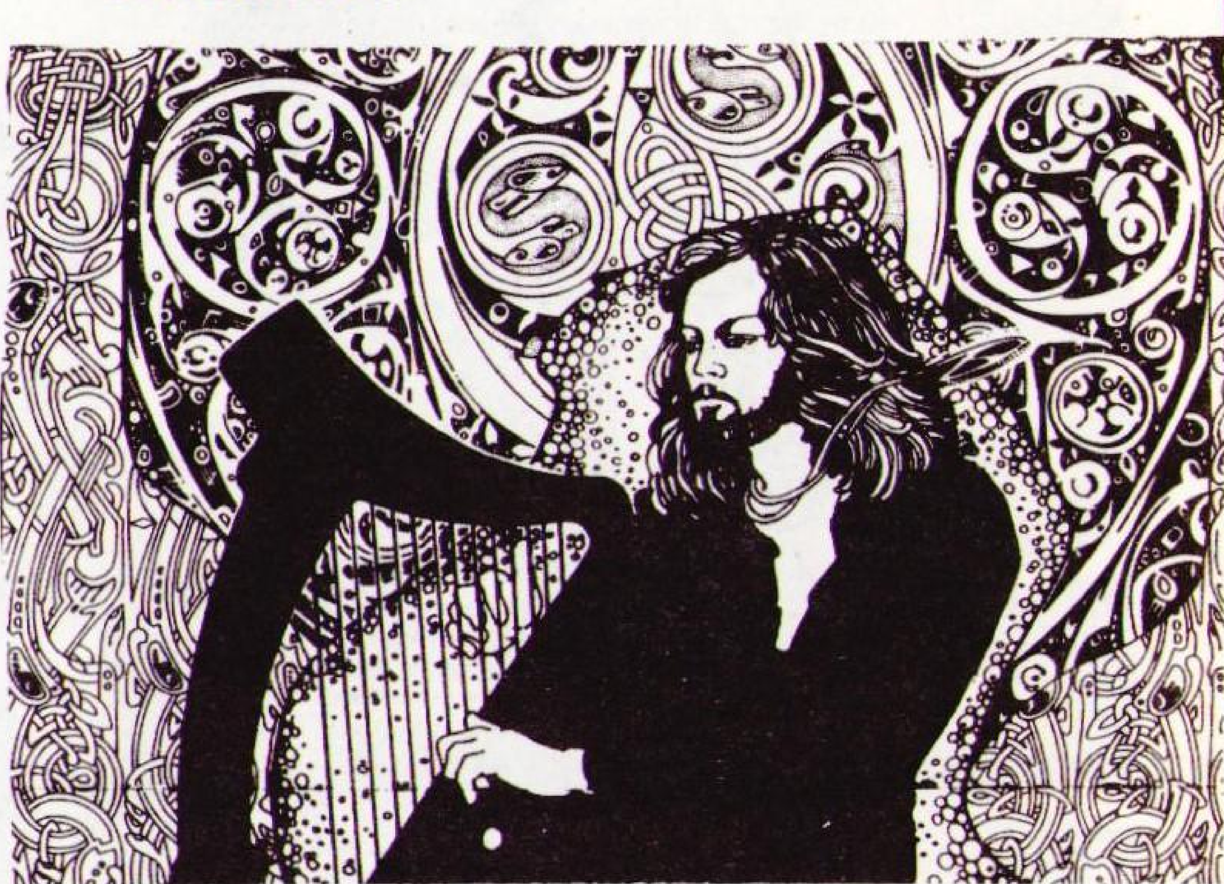
NINE BRETONS IN JAIL
(Naw Breton 'Ba 'Prizon)

Naw Breton 'so ba'prizon c'h wec'h mis 'so tremenet
Ba'n toull-bac'h e rhoteant him boud bet amprenet
Nine Bretons wehre thrown in prison over half a year ago
For six months they wait for trial and the charge we do not know.
N'eo ket deit c'hoazh o frosez, netra wez kawet'nemde'
Nemend un nebeud trakted, na pesa'skouer fall'wez
Police found papers in their homes calling for liberation
It's not a crime to read and write but they are jailed for so long.
'Ane' traou'el keotalded, breudeuriezh ha frankiz
Trawalc'h skriwo Brezhoneh, 'wid checho bras malis
They spoke of fraternity, equality and freedom
Such words become an insult if in the tongue of Bretons.
Ba'Paris memes a-gleiz a so 'Bern traou all d'ober
Kudennou so bet a-leiz, kaoc'h wez lar' d'ar Vretoned
They left Paris cannot help and we must work on our own
No time for minorities who live so far from their home.
Ma ga'it ma c'hanaouenn him bleunieu barzheg tener
Sonjet bar're 'so ba'prizon, a so c'hotoz newarnser
You may think these words of mine are nothing like a poem
But green outside the prison walls, spring is waiting for them.
Newamser ebed ba'Breizh gwelloc'h ba'bro ell' bet
'Raog' Ziwano sossialouriezh ha frankiz dre an holl bed
Spring won't be for Brittany or other countries even
Until we see the victory of liberty for all men.

STIVELL: Das ist, weil das alles vor-romanisch und vor-staatlich ist, und die Leute fühlen darin undeutlich eine Alternative zum jetzigen System. Alles, was an die Welt vor der römischen Eroberung erinnert, vorm Totalitarismus und vor der Staatenbildung, alles, was den Akzent auf das Mystische legt, das Verrückte, die individuelle Freiheit, das alles scheint ein Gegenschlag zu sein gegen die überzivilisierte Welt, wie wir sie kennen. Das erklärt, glaube ich, wieso Amerikaner oder Deutsche keltische Musik lieben, als wäre es die ihre. Es ist ein verborgener Aspekt ihrer selbst.

SIFFER: Um auf Deutschland zurückzukommen: ich arbeite dort immer häufiger. Die Hälfte meiner Konzerte sind dort. Musikalisch sind die weniger sektiererisch als die Franzosen. Auf jedem Festival findet man Rock, Folk, Chanson und Jazz, ohne daß das Publikum sich entrüstet. In Frankreich hingegen habe ich schlechte Erinnerungen an Folk-Festivals vor 4 oder 5 Jahren: Wir sind wie die Hunde abgegangen, die Leute haben uns als Pop-Stars behandelt, weil wir einen E-Bass dabei hatten...
Im Elsaß habe isch auch einige Probleme, elsässische Musik besteht nicht nur aus Sauerkrautmusik mit Blech und Akkordeon. Dabei gibt es Blechblasinstrumente bei uns erst seit 1870. Der Elsaß war immer ein Gebiet von Reisenden, wurde tausendmal überflutet, sodaß es keine traditionelle elsässische Musik gibt, sondern eine Reihe von Scheiben, geschnitten wie bei einer Wurst, die den verschiedenen Epochen entsprechen. Man findet alle Sorten von Instrumenten wieder: Dudelsack, Drehleier, Tympanon. Das ist durch alte Drucke dokumentiert, aber die Elsässer können es kaum glauben. Für sie gehört der Dudelsack in die Bretagne und die Drehleier in die Auvergne.

STIVELL: Der musikalische Purismus ist eine der größten Verwirrungen dabei. Ich erinnere mich, daß nach dem Erscheinen meiner Platte „Une journee a la maison" in der bretonischen Presse einige fassungslose Stellungnahmen erschienen, die wörtlich sagten: „Es gibt Stellen, wo das nicht mal keltisch ist!" Als wäre das schon eine Schande. Ich habe doch wohl das Recht, wenn ich dazu Lust habe, auch nicht-keltische Musik zu machen und damit zufrieden zu sein!



SIFFER: Wenn man sich mit traditioneller Musik beschäftigt, findet man schließlich fast alle Instrumente in allen Ländern. Heute fühle ich mich auf diesem Gebiet völlig frei. Wenn ich Lust habe, ein Balafon oder eine Kalimba zu benutzen, um bestimmte Klänge zu erhalten, sehe ich keinen Grund, es bleiben zu lassen. Aber man muß kämpfen, um es zu dürfen. Man hat mich dermaßen angemacht im Elsaß, weil ich ‚Negermusik' spiele. Das hat mich bestärkt auf diesem Weg. Es ist eine Möglichkeit zu sagen: Schaut, es gibt andere Instrumente, andere Völker, andere Leute, von denen wir allerhand zu lernen haben. Und trotzdem, die nerven, die rassistischen Nationalisten. Unter 1000 Blödköppen ist vielleicht einer, der nachdenkt, nachdem er mich gehört hat. Um optimistisch zu sein. Sagen wir lieber, einer unter 2000 ...

aufgeschrieben von
Jean-Pierre Lentin

Bei der Edition J.C. Lattes sind vier Bücher über vier französische Regionen erschienen, bei denen Musiker und ihre Texte im Mittelpunkt stehen, aber die Geschichte des Landes und die aktuelle Situation ausführlich dargestellt werden. Teilweise amüsant zu lesen, aber genauso informativ wie trockene Politwälzer.

- **Racine Interdites/Gwerizid difennet (Alain Stivell)**
- **Elsaß/Alsace, ou a chaque fou sa casquette et a moi mon chapeau (Roger Siffer)**
- **Nous sommes pas poetes mais nous le savons (die Gruppe Mont-Joia aus Occitanien)**
- **demnächst: Luis Llach aus Katalonien**
- **ebenfalls neu: eine Nummer der Revue ‚Autrement' über die Bretagne — von der Harfe bis zur Ökonomie.**

Inhaltsverzeichnis



EIGENTUMSVORBEHALT:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zurhabenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6 Frankfurt 90, Tel.:0611/704352
Verantwortlicher Redakteur: Richard Herding

Redaktionsschluß: Mittwoch, 16.00 Uhr
ID-Bilderdienst: 0611 / 70 20 96

ABONNEMENTSBEDINGUNGEN:

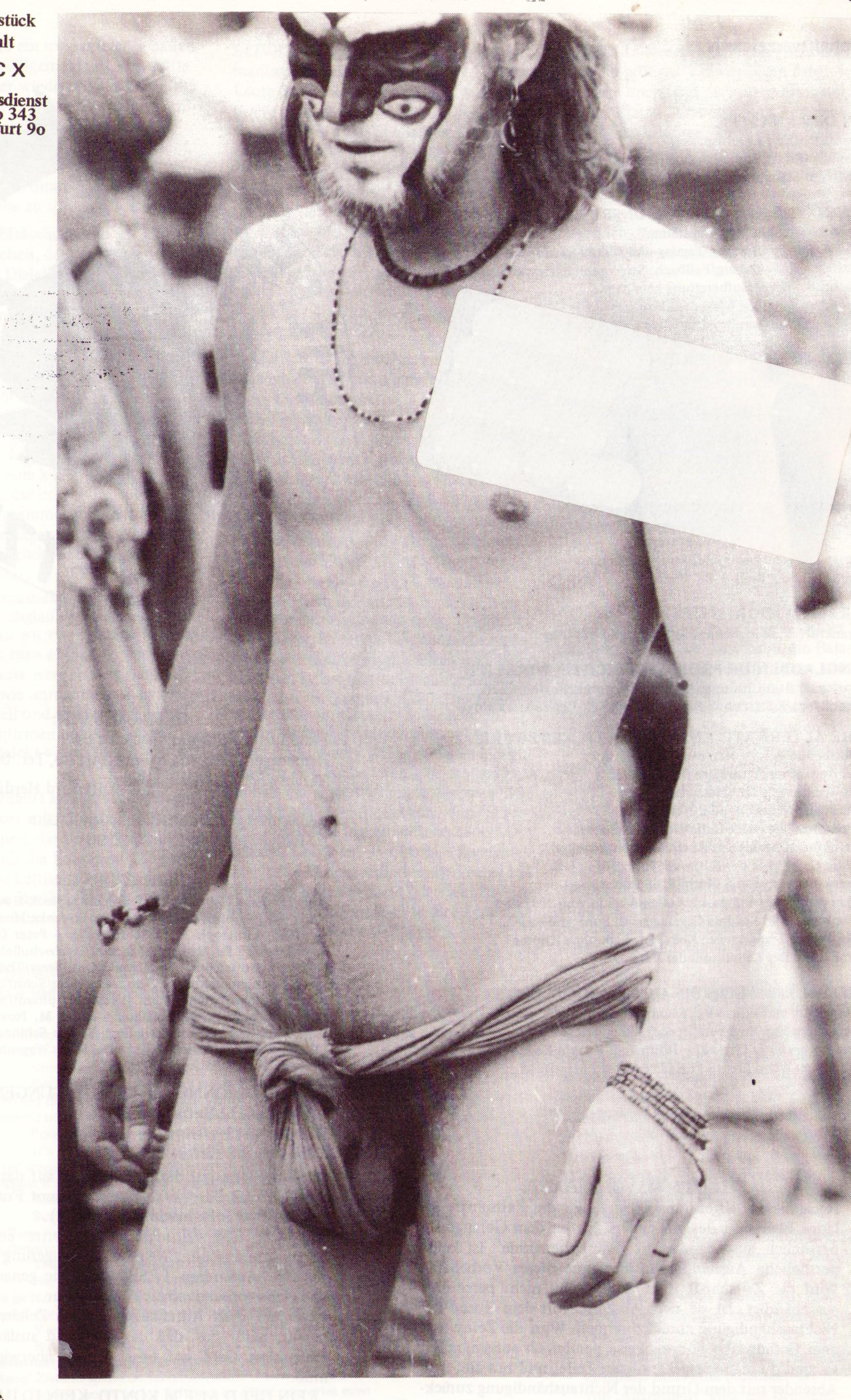
Vierteljahr (12 Hefte) :	**30.– DM**
Halbjahr (24 Heftte) :	**60.– DM**
Jahresabo (48 Hefte) :	**120.– DM**

Als Bestellung gilt die Überweisung auf das **Postscheckkonto 52 52 28 – 602, Postscheckamt Frankfurt/Main (Frankfurter Informationsdienst e.V.).**
Auf dem Überweisungsabschnitt bitte entsprechende Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adreßwechsel. Außerdem LESERLICH die genaue Anschrift und (falls vorhanden) die Abonummer.
Wenn auf dem Adreßaufkleber das Zeichen !?! auftaucht, heißt das, daß das Abo bald ausläuft und daß schleunigst Geld auf unser Konto überwiesen werden muß.
KEIN GELD AUF'M KONTO, KEIN ID IM KASTEN!

Nr. 31o Nummer des Abos bez. bis D Nr. Exempl.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 187o C X

Informationsdienst
Postfach 9oo 343
6ooo Frankfurt 9o



Nr. 31o
bitte bis Ende Dezember
remittieren